

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

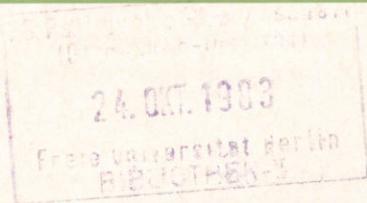
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Oktober 1983

Einzelpreis 4,- DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E



Bonn und andere Städte der Bundesrepublik erleben in diesen Wochen eindrucksvolle Manifestationen des sozialen und politischen Protestes der Arbeiterschaft, ihrer Gewerkschaften und aller friedliebenden Bürger unseres Landes. Am 18. September demonstrierten 30 000 Gewerkschafterinnen gegen den Sozialabbau; rund 130 000 Stahl- und Werftarbeiter protestierten gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung in diesen beiden Wirtschaftsbranchen. Bei allen diesen Protesten wurde mit Nachdruck die Forderung nach Verwirklichung der 35-Stunden-Arbeitswoche vorgetragen.

Am 22. Oktober werden Hunderttausende Bürger aller sozialen Schichten auf die Straße gehen – so in Hamburg, Stuttgart und wiederum Bonn –, um gegen Hochrüstung in Ost und West, die Stationierung amerikanischer Erstschlag-Atomraketen in der Bundesrepublik und gegen eine Regierungspolitik zu demonstrieren, die den Kurs der Kriegsvorbereitung Ronald Reagans stützt und forciert. In dem Maße, wie sich die arbeitenden Menschen und ihre Gewerkschaften zunehmend gegen die Bedrohung ihres Lebens durch Rüstungswahnsinn wehren (und die fünf „Mahnminuten für den Frieden“ am 5. Oktober unterstrichen das ebenso), zeigen sie ihre Entschlossenheit, durch einen hartnäckigen Kampf für die 35-Stunden-Woche der Bedrohung ihrer Arbeitsplätze und damit der sozialen Existenz entgegenzuwirken. Wenngleich diese beiden Hauptströme der gegenwärtigen politischen und sozialen Bewegung unterschiedliche Ziele verfolgen, so ist doch ein innerer Zusammenhang nicht zu übersehen: Ein Nutzen verkürzter Arbeitszeit und gewachsener Humanität der Arbeitswelt ist nur bei gesichertem Frieden gegeben. Aber noch

ein anderer Aspekt ist bedeutsam: Die Träger und wichtigsten Triebkräfte des Kampfes gegen Raketenstationierung und für die 35-Stunden-Woche sind im wesentlichen identisch. Es sind die „einfachen“ Menschen, die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften. Aber auch ihre Gegner sind ein und dieselben: Regierung und Führungskräfte der Unternehmerschaft ziehen sowohl bei der Rüstungspolitik als auch bei der Gegenwehr gegen kürzere Arbeitszeiten an einem Strang. Dabei haben sie sich gerade erst wieder die Rollen aufgeteilt. Die Bundesregierung startete eine „Aufklärungskampagne“ über die „Notwendigkeit“ von US-Atomraketen in unserem Land, und der Unternehmerverband Gesamtmetall bringt in diesen Wochen Millionen Pamphlete mit „Argumenten“ gegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter die Leute. Parallel zur zunehmenden Fadenscheinigkeit und Erbärmlichkeit ihrer Argumente entwickelt sich der rüde Ton gegen Gewerkschafts- und Friedensbewegung. Von Zerstörung des Staates und der Wirtschaft und von „Moskaus fünfter Kolonne“ ist die Rede.

Da wird deutlich, daß die Herrschenden Demokratie offensichtlich nur zu praktizieren gedenken, solange die Mehrheit der Bevölkerung freiwillig nach ihrer Pfeife tanzt. Folgt sie nicht mehr und entwickelt Widerstand, kommt sofort der Polizeistaat mit verschärftem Demonstrationsrecht und Berufsverboten. Es liegt auf der Hand, daß angesichts dieses rigorosen Gegners nur die Zusammenführung der Bewegung für Frieden und Arbeitszeitverkürzung den Erfolg bei jedem dieser Ziele wahrscheinlicher macht, die Impulse für den Kampf verstärkt.

gs

10/83

Aus dem Inhalt:

Proteste gegen Berufsverbote	3
Sinkende Realeinkommen nicht länger hinnehmen!	4
Werktage müssen besser werden – Arbeit darf nicht krank machen	6
Werftarbeiter setzten Signal gegen Arbeitsplatzvernichtung	8
„Regelrechter Schlamkrieg“ gegen die Gewerkschaften Interview mit Leonhard Mahlein, Erster Vorsitzender der IG Druck und Papier	10
130 000 Stahl- und Werftarbeiter gegen Raub ihrer Arbeitsplätze	12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

GHK gegen Sozialabbau – für 35-Stunden-Woche	
So entstand das Buch über Willi Bleicher	
Mit Sozialdemontage in die Massenarbeitslosigkeit	13–24
Erziehung zum Frieden muß handlungsorientiert sein	25
Dickes Lob vom Bundeskanzler für die IG Bergbau und Energie	26
Protest, Reden, Disteln und ein paar Stiefmütterchen	28
Wohnzimmer drohen durch BTX Büroräume zu werden	31
Ein Jahr Rechtskoalition in Bonn – ein Jahr sozialer Kahlschlag	32
In der DDR: Jeder, der will, bekommt eine Lehrstelle	34

Betriebliche Friedensinitiativen: „Stationierern in den Arm fallen!“

75 Prozent der Bevölkerung unseres Landes lehnen die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles ab. SPD-Landesverbände stimmen geschlossen gegen den NATO-Beschluß, der einst auf Drängen eines sozialdemokratischen Kanzlers zustande kam. Die Bewegung in kirchlichen Kreisen gegen einen atomaren Holocaust wächst. Gewerkschaften sind bereit, statt papierernen Protesten wirksamere Mittel einzusetzen. Und auch um Betriebe und Verwaltungen macht die Bewegung für das Leben keinen Bogen.

Ein Zeichen dafür ist das fast explosionsartige Anwachsen betrieblicher Friedensinitiativen (FI). Von den ersten hörte man vor wenigen Monaten. Inzwischen liegt ihre Zahl bei weit über 200. Täglich werden es mehr. Sie arbeiten in allen Bereichen: bei den von Massenarbeitslosigkeit stark gebeutelten Stahlwerken und Werften, bei Banken, Druckereien, Bundesbahn und -post ebenso wie in Automobilkonzernen und anderen metallverarbeitenden Betrieben. Getragen werden sie von Betriebsräten, Vertrauensleuten und aktiven Gewerkschaftern, die mit Kolleginnen und Kollegen zusammengehen, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht den Weg zur Gewerkschaft gefunden haben.

Zu einem Erfahrungsaustausch waren nun am 11. September in Dortmund über 1500 Vertreter betrieblicher Friedensinitiativen gekommen. Angeregt wurde dieses erste bundesweite Treffen von den Dortmunder Hoesch-Arbeitern. Es stand unter dem Motto: „Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unserem Land!“

Zahlreiche Groß- und Solidaritätsschreiben lagen der Tagungsleitung vor. Zustimmung hatten u. a. der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, Bernt Engelmann, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes (VS) in der IG Druck und Papier, der nordrhein-westfälische Landesvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Gewerkschaftsjugendgruppen sowie Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute signalisiert.

Uli Schmitz von der Hoesch-Friedensinitiative sprach in seiner Eröffnungsrede von „einem neuen Schub“, den Stationierern in den Arm zu fallen, wenn „Arbeiter und Friedensbewegung zusammengehen“. Er wies auf den engen Zusammenhang zwischen Sozialdemontage und Hochrüstung hin. Schließlich könne man eine Mark nur einmal ausgeben. Diesen Kampf gegen Raketen und Sozialdemontage bezeichnete

der Sprecher der FI von MAN Salzgitter als die zwei Stränge, an denen gezogen werden müsse. Gegenwärtig baut MAN Zugmaschinen für Pershing II und Cruise-Missiles. Die Arbeitsplätze seien aber nicht sicherer geworden. Zur Zeit bereite die dortige FI ein Hearing vor, um anhand der konkreten Situation nachzuweisen, daß Rüstung keine Arbeitsplätze schafft.

Nicht als Privatmann, sondern als Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, die im letzten Krieg schwer gelitten hatte, stellte sich Günter Samtlebe (SPD) hinter das Anliegen der Konferenz. Er warnte davor, Meinungsmanipulatoren, die die Friedensbewegung spalten wollten, auf den Leim zu gehen. Das Strickmuster sei immer das gleiche und auch die Hintermänner, die beispielsweise vor zehn Jahren in Chile den Putsch inszenierten und nun Nicaragua das gleiche Schicksal zgedacht hätten.

Solidarisch erklärten sich die 1500 Teilnehmer mit den Hapag-Lloyd-Betriebsräten, die wegen ihres Friedensengagements gemäßigert wurden. Der Kapitän der „Alemania Express“ sowie zwei See-Betriebsräte sollen fristlos entlassen werden, weil sie während ihrer Freizeit an Bord eine Friedensentschließung formuliert und unterzeichnet hatten. Einer der Betroffenen, Jürgen Söncksen, war in Dortmund dabei. Unter Beifall erklärte er, daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr voll hinter den Betroffenen stünde.

Im Mittelpunkt der 13 Arbeitsgruppen und Foren standen die bevorstehenden Herbstaktionen. Wertvolle Anregungen für neue Kampf- und Aktionsformen wurden gegeben und dabei an Erfahrungen angeknüpft, die Arbeiter und Angestellte im Kampf gegen Reallohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung gemacht haben. Die Hochrüstungspolitik müsse bekämpft werden, wenn man das Erreichte auf sozialem Gebiet erhalten und ausbauen will. Zur Diskussion stand auch die alternative Ferti-

gung. Am Beispiel der Werftarbeiter wurde hautnah bewiesen, daß der Bau von Kriegsschiffen z. B. für die Türkei die Arbeitsplätze nicht sicherer macht.

Der Konferenzinhalt findet seinen Niederschlag in dem Appell dieses ersten bundesweiten Treffens betrieblicher Friedensinitiativen. Darin heißt es: „Die tägliche Erfahrung lehrt uns, Vertrauen in die Regierenden ist unangebracht. Sie geben Milliarden an die Konzerne, damit noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Sie geben Milliarden für die Rüstung und streichen bei den sozialen Leistungen, bei den Renten und bei den Kindern. Sie geben Milliarden für die totale Überwachung der Bürger und wollen den Gewerkschaften ein Lohndiktat aufzwingen. Wir sagen nein!“ (Der Wortlaut des Appells der betrieblichen Friedensinitiativen ist im Einhefter dieser Ausgabe enthalten.) G. M.

GLOSSE

Vorübergehend

Bei dem amerikanischen Manöver „Confident Enterprise“ in Hessen wurden mit Hilfe von Bulldozern lange Gräben geschoben. Sie sollten Massengräber darstellen. Als Übung für den Ernstfall, versteht sich. Schließlich muß dann ja alles klappen, auch das Verscharrten von Leichenmassen.

Völlig überrascht zeigten sich die Amis über die kritische und empörte Reaktion der Öffentlichkeit über dieses makabre Schauspiel. Der Sprecher des V. US-Korps lehnte dabei den von der Bevölkerung benutzten Begriff „Massenbegegnis“ entschieden ab. Es habe sich schließlich nur um die Erprobung einer „vorübergehenden Bestattung“ gehandelt. Gefallene US-Soldaten würden selbstverständlich stets in ihre Heimat überführt. Falls dies nicht sofort möglich sei, würden sie vorübergehend an Ort und Stelle beigesetzt.

Die potentiellen Massenopter können also ganz beruhigt sein, alles wird seine Ordnung haben und jeder registriert werden. Aber auch die Bundesbürger sollten sich nicht aufregen. Pietätvoll, wie die Amis nun einmal sind, versprechen sie, bei künftigen Manövern keine „vorübergehenden Bestattungen“ mehr vorzunehmen.

Auch daß aus Bonn nichts zu hören ist, sollte niemand erregen. Dort verhält man sich völlig normal. Denn sollte im Ergebnis der Nachrüstung ein atomares Inferno über unser Land brausen, würde wohl niemand mehr Massengräber ausheben können. Jeder bliebe dort liegen, wo ihn der Atomschlag oder -blitz treffen würde, und dies dann nicht nur vorübergehend. okulus

Proteste gegen Berufsverbote

Zu einer großen Solidaritätsveranstaltung für den Postbeamten Herbert Bastian hatten die Deutsche Postgewerkschaft, Ortsverwaltung Marburg, und der DGB-Kreis Marburg-Biedenkopf eingeladen. Rund 600 Teilnehmer diskutierten Ende September in der Marburger Stadthalle mit der DGB-Kreisvorsitzenden Käthe Dinnebiel, dem Bezirksvorsitzenden der DPG Hessen, Josef Stark, dem Bezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier Hessen, Ernst Kersting, und dem Bezirksvorsitzenden der GEW Hessen, Klaus Müller. Im Vordergrund dieser Veranstaltung stand natürlich, Herbert Bastian und alle anderen von Berufsverbot bedrohten Postler vor der drohenden Entlassung aus dem Dienst zu schützen. Denn mittlerweile wurden einzelnen Betroffenen Anklageschriften zugesandt und darauf verwiesen, daß die Berufsverbotsverfahren ohne ausführliche Prüfung des Einzelfalls, also beschleunigt durchgezogen werden sollen.

Thema dieses Abends war darüber hinaus aber auch, daß der Versuch, für politisch Andersdenkende grundlegende Menschenrechte auszusetzen, auch an den Nerv der gewerkschaftlichen Interessenvertretung geht. Die Berufsverbote sind Wegbereiter für ein politisches Klima, in dem Sozialdemokraten als 5. Kolonne Moskaus und die Grünen als Faschisten beschimpft werden. Die Berufsverbote sind Wegbereiter eines Duckmäsertums, das den notwendigen Widerstand gegen den Abbau sozialer und gewerkschaftlicher Errungenschaften lähmt. Und wie weit sich der Schnüffelstaat bereits vorwagt, machte Dr. Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt, deutlich. Wegen seiner Teilnahme an dieser gewerkschaftlichen Veranstaltung gegen Berufsverbote war bereits seine vorgesetzte Behörde zu Gegenmaßnahmen aufgefordert worden.

Mit internationaler Beteiligung fand zwei Tage nach der großen Marburger Veranstaltung in Frankfurt die 16. Aktionskonferenz gegen die Berufsverbote statt. Ingrid Kurz, Sprecherin der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, bezeichnete vor 150 Teilnehmern den sogenannten Radikalenerlaß als gefährliches Instrumentarium in den Händen eines Innenministers Zimmermann. Und Olaf Scholz, stellvertretender Vorsitzender der Jungsozialisten, wies anhand konkreter Fakten nach, daß von Berufsverboten nicht nur Mitglieder der DKP betroffen und bedroht sind, sondern alle demokratischen Organisationen und Gruppen. Ergo sei auch der gemeinsame Kampf aller Demokraten notwendig.

In der Diskussion wurden die Aussagen Scholz durch die Schilderung konkreter Berufsverbotsfälle ergänzt. Aber

auch auf 16 Verfahren wurde verwiesen, die bis Dezember vor Gerichten verhandelt werden. Angeregt wurden neue Kampfformen, z. B. die Bildung einer Menschenkette um das entsprechende Gericht, in dem gerade ein Berufsverbotsfall verhandelt wird.

In seinen Schlußworten rief Horst Bethge, der die Arbeit der Berufsverbotekomitees koordiniert, dazu auf, den Kampf gegen die rechtswidrige Praxis mit dem Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu verbinden. Denn beides seien die gleichen Seiten einer Medaille. Als Hauptaufgabe für die kommenden Wochen nannte Bethge u. a. die Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung für den Stuttgarter Postbeamten Hans Meister. In diesem Fall findet am 24. und 25. Januar die Berufungsverhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Westberlin statt. Bekanntlich war Hans Meister in erster Instanz durch die 3. Kammer des Bundesdisziplinargerichts mit der Begründung freigesprochen, daß dessen Engagement in der DKP der Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, nicht widerspreche. Um die Arbeit in der Bundesrepublik und international noch effektiver zu machen, beschloß die Konferenz die Einberufung einer internationalen Tagung gegen die Berufsverbote für den 4. und 5. Februar 1984 nach Böblingen. R. B./G. M.

Wahlschlappe

Bei den Landtagswahlen in Hessen und den Bürgerschaftswahlen in Bremen hat die CDU am 25. September eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. In Hessen sackte sie unter die 40-Prozent-Grenze, während die SPD erstmals seit 1970 wieder stärkste Partei wurde. In Bremen konnte die SPD ihre absolute Mehrheit noch ausbauen. Mit dem Votum der Wählermehrheit gegen die in Bonn regierende CDU erteilte sie eine Absage an den sozialreaktionären Kurs und den Abbau demokratischer Rechte. Andererseits honorierten große Teile der Wählerschaft, daß immer mehr Landes- und Bezirksverbände der SPD vom NATO-Doppelbeschluß abrückten.

Um gegen eine Politik steigender Arbeitslosenzahlen und des Rotstifts sowie einer zunehmenden Kriegsgefahr vorzugehen, reicht der Stimmzettel jedoch nicht aus, zumal die Weichen für Sozialabbau und wachsende Rüstung bereits unter der sozial-liberalen Regierung gestellt worden waren. Parlamentsentscheidungen im Interesse der Gewerkschaften wird es nur dann geben, wenn im außerparlamentarischen Raum die Bewegungen verstärkt werden. Schritte in dieser Richtung waren zweifellos die fünf Minuten Arbeitsruhe gegen die Raketen am 5. Oktober und die großen Demonstrationen am 18. September von 30 000 Frauen, sowie von 130 000 Stahl- und Werftarbeitern am 29. September in Bonn. W. P.

7. NACHRICHTEN-Seminar

Am 19./20. November findet im Haus der Jugend, Frankfurt/Main, Deutschherrn- ufer 12, Haltestelle Frankensteiner Platz, Linie 16, Richtung Offenbach, Beginn 19. November, 10 Uhr, Ende 20. November, 14 Uhr, das 7. NACHRICHTEN-Seminar statt.

Thema: Tarifpolitik unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Krise und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit.

Schwerpunkte: Lohnpolitik, 35-Stunden-Woche, Arbeitsbedingungen, betriebliche Durchsetzungsstrategien sowie politische und ökonomische Kampfbedingungen. Referenten: Mantred Balder, Gerhard Gerlach, Peeter Raane, Walter Riester, Heinz Schäfer.

Diskussion in drei Arbeitskreisen: Lohnpolitik, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsbedingungen.

Am Sonnabend-Abend – Podiumsdiskussion

Teilnehmerbeitrag 25 DM

Anmeldungen an Nachrichten-Verlag, Postfach 180372, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon (06 11) 59 97 91. Bestätigung und Konferenzunterlagen erhält jeder Teilnehmer.

Der Druck der Unternehmer sowie des Staates auf den sozialen Besitzstand der Arbeiterklasse verstärkt sich. Die Reallohne sinken. Betriebliche, gesetzliche und auch tarifliche Leistungen werden abgebaut. In der gegenwärtigen politischen Lage ist nicht damit zu rechnen, daß auf gesetzlichem Wege wesentliche soziale Verbesserungen durchgesetzt werden können. Wengleich sich auch die Bedingungen für tarifliche Verbesserungen verschlechterten, bestehen jedoch hier für die Gewerkschaften Handlungsmöglichkeiten.

Wir wollen analysieren, welche Waffe die Tarifpolitik unter den ungünstiger gewordenen Bedingungen sein kann.

Sinkende Realeinkommen nicht länger hinnehmen!

Die Arbeiter und Angestellten müssen 1983, nunmehr das vierte Jahr hintereinander, Senkungen ihrer realen Nettolöhne und -gehälter hinnehmen. Selbst nach den mehr als unzulänglichen offiziellen Statistiken werden die Realeinkommen der Beschäftigten Ende 1983 schon mehr als 6 Prozent unter denen von 1979 liegen und damit auf jenes Niveau hinuntergedrückt worden sein, das bereits im Jahre 1978 erreicht war. Es wäre allerdings unzureichend, den Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Beamten allein an der Reallohnentwicklung zu messen.

Durch die schrittweise Demontage sozialer Leistungen, die, und dies sollte kein Gewerkschafter vergessen, von der sozial-liberalen Koalition eingeleitet und von der jetzigen Rechtsregierung in verstärktem Maße fortgesetzt wurde, hat sich die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung weitaus schneller verschlechtert, als dies in den sinkenden Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

Ganz anders sieht es bei den Unternehmern aus. In den „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ Nr. 3/1983 wird nachgewiesen, daß schon im zweiten Halbjahr 1982 die Unternehmergewinne kräftig stiegen. Die Frankfurter BHF-Bank gelangte Mitte September zu dem Schluß, daß die Erträge der Unternehmer 1983 durchschnittlich um 20 Prozent steigen werden. Sie rechnet für 1984 mit einem weiteren Zuwachs von 10 bis 15 Prozent.

Wenn es nach den Plänen der Unternehmer und ihrer Rechtsregierung ginge, würde die Talfahrt der Löhne und der Sozialleistungen noch lange nicht zu Ende sein. Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Der des Kapitals ist aber riesengroß. Im Hinblick auf den Profit ist er schier unersättlich. Und nachdem es ihm schon zum vierten Mal seit 1980 gelang, einen immer größeren Happen des gesellschaftlichen Kuchens zu verschlingen, ohne, von Ausnahmen abgesehen, auf ernsthaften gewerkschaftlichen Widerstand zu stoßen, wähnt es nun, daß die Zeit gekommen ist, die Arbeiter, Angestellten und Beamten verstärkt zur Kasse zu bitten.

Nachdem schon im Vorjahr Graf Lambsdorff mit seinem Papier die politische Wende einläutete, die Unternehmerverbände immer neue Pläne produzieren, meldete sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Haimo George aus dem Hause Siemens und ehemaliger Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates zu Wort. Nach ihm soll das Reallohniveau um weitere 10 bis 15 Prozent gesenkt werden. Der vormalige Bahlsen-Direktor und jetzige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Al-

brecht will die „Arbeitskosten“ um 20 Prozent vermindern. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, er war früher Krupp-Direktor, drückte das Unternehmerbegehren zwar komplizierter, aber nicht weniger deutlich aus. Er sagte im Bundestag, „daß die Relation von Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat neu adjustiert werden“ müsse.

Die CDU-Politiker George, Albrecht und Stoltenberg richten ihren Stoß vor allem gegen die sogenannten Lohnne-



(Aus Druck und Papier, Nr. 18/83)

benkosten, also gegen die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, den Urlaub, das zusätzliche Urlaubsgeld, die Weihnachtsgartifikation, das 13. Monatsgehalt, die betriebliche Altersversorgung und die Vergütung für Auszubildende.

Sie folgen damit genau der Linie, die die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vorgaben. Siegfried Mann, Hauptgeschäftsführer des BDI, pflichtete Albrechts Thesen bei und meinte,

daß der Faktor Arbeit „zu teuer geworden“ sei, und zwar vor allem „wegen der ins Kraut geschossenen Lohnnebenkosten“. Er verwies insbesondere auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Sozialpläne sowie angeblich überzogene Kündigungs- und andere Schutzbestimmungen.

Schon gibt es Tarifverhandlungen, in denen nicht die Gewerkschaften Forderungen auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen stellen, sondern sich massiven Senkungsabsichten der Unternehmer gegenübersehen. Diese setzen auf ihre in der Krise und durch die Massenarbeitslosigkeit vorteilhafter gewordene Position. Aus einem verstärkten Konkurrenzkampf zwischen den Beschäftigten und Arbeitslosen wollen sie Nutzen ziehen.

Den Gewerkschaften erwächst hier eine ganz besondere Aufgabe. Sie müssen die Unternehmerstrategie durchkreuzen. Dazu wird es allerdings nicht genügen, allein nur die in den letzten Jahren praktizierten Methoden anzuwenden. Der Druck muß verstärkt werden und ganz neue Dimensionen erreichen, wenn akzeptable Ergebnisse erzielt, das in Jahrzehnten Erreichte verteidigt und neue Verbesserungen durchgesetzt werden sollen.

solche können die Unternehmer und ihre Regierung beeindrucken. Auch in der unmittelbaren Tarifpolitik, sei es im Ringen um die Verteidigung und Erhöhung der Reallohne oder die 35-Stunden-Woche, gilt, daß ökonomischer und politischer Druck auf Unternehmer und Regierung gepaart werden müssen.

Die Demonstrationen der Frauen sowie der Stahl- und Werftarbeiter in Bonn und die betrieblichen Widerstandsaktionen auf den Werften zeigen eine Richtung, die, wenn die Gewerkschaften in ihr weitergehen, Erfolg versprechen. Nur wenn diejenigen, die Wind säen, Sturm ernten, kann der Sozial- und Reallohnabbau gestoppt und wieder der Kurs auf eine allseitige Verbesserung des Lebensstandards genommen werden.

An der gewerkschaftlichen Basis beginnt jetzt die Diskussion der neuen Tarifrunde. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall, der in wenigen Tagen beginnt, liegt die Entschliebung 12 „Tarifpolitik“ vor. Sie bekennt sich zu einer aktiven Tarifpolitik, die die Lage der Arbeitnehmer und ihrer Familien sichern und verbessern soll. Sie zielt gleichzeitig darauf ab, den Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen zu erhöhen.

Wenn die Preissteigerungen 1983 um die 3 Prozent betragen und zudem die Arbeitsproduktivität in einer ähnlichen Größenordnung wachsen wird, so ist, unter Einbeziehung der erheblichen sozialen Verschlechterungen durch den Staat, unschwer zu errechnen, welche Erhöhung der Löhne und Gehälter notwendig sein würde, um die Nettoeinkommen zu sichern und zugleich die Verteilungsrelationen nicht weiter zuungunsten der Beschäftigten verschlechtern zu lassen.

Um eine solche Forderung stellen und für ihre Durchsetzung kämpfen zu können, wird sicherlich in weiten Kreisen der Gewerkschaften ein Umdenken vonnöten sein. Wenn es im Entschliebungsentwurf zur Vertrauensleutearbeit (E 14) der IG Metall heißt, daß den Mitgliedern verdeutlicht werden müsse, „daß wir die für Arbeitnehmer negativen politischen Entscheidungen nicht durch unsere Tarifpolitik ausgleichen können“, so ist dies keine Position, die mobilisieren, sondern tarifpolitisch in eine Sackgasse führen kann.

Wie in der Vergangenheit die Gewerkschaften mit ihrer Tarifpolitik Unternehmern und Parlamenten Nachhilfeunterricht erteilten — es sei nur an den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik erinnert, der die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchsetzte —, so ist die Tarifpolitik auch heute eine Waffe, um vom Staat eingeleiteten Verschlechterungen entgegenzuwirken. Man muß sie aber anwenden.

Heinz Schäfer

Blüm will mit Tarifrentengesetz die Gewerkschaften spalten

Im Bundesarbeitsministerium wird schon seit Wochen fieberhaft daran gearbeitet, ein Rahmengesetz für die Einführung der Tarifrente vorzubereiten. Der Gesetzentwurf soll noch in diesem Herbst dem Bundeskabinett vorgelegt und vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Vorgesehen ist, daß die „Tarifpartner“ Vereinbarungen treffen können, die allen über 58 Jahre alten Arbeitern und Angestellten freiwillig eine vorzeitige Pensionierung anbietet, verbunden mit einer entsprechenden Rentenminderung. Einige DGB-Gewerkschaften lehnen Arbeitsminister Blüms Vorschlag ab. Andere begrüßen ihn.

Über die Motive dieser Gesetzesinitiative sagte Blüms Staatssekretär Wolfgang Vogt gegenüber der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung bereits am 10. August 1983: „Wir wollen jenen Gewerkschaften, die sich der Kampagne der IG Metall zur Einführung der 35-Stunden-Woche nicht anschließen, eine Alternative bieten.“ Da nach Vogt die Hauptvorstände der IG Chemie-Papier-Keramik, der Gewerkschaften Textil — Bekleidung und Nahrung — Genuß — Gaststätten kein Interesse an der 35-Stunden-Woche hätten, verfolgt das IG-Metall-Mitglied Blüm jetzt offenbar das Ziel, die Gewerkschaftsfront zu spalten, was nach der FAZ so umschrieben wird: „Wenn die Bundesregierung diesen Gewerkschaften nun einen praktikablen Vorschlag zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit anbietet, komme die von der IG Metall gewünschte ‚Einheitsfront‘ zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche nicht zustande.“

Diese Begründung unterstreicht, daß es der Bonner Rechtskoalition nicht, wie vorgegeben, in erster Linie um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht. Sie verfolgt das Ziel, die Gewerkschaften zu spalten und die einstimmig gefaßten Empfehlungen des DGB-Bundesvorstandes in Sachen Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen. Bekanntlich hatte der DGB bereits Anfang Juni beschlossen, daß die zentrale Aufgabe der Mitgliedsgewerkschaften die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei. Mittlerweile haben die IG Metall, die IG Druck und Papier und drei weitere Gewerkschaften diese Forderungen konkretisiert und mit einer großen Kampagne zur Aufklärung der Mitgliedschaft für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche begonnen.

Tarifverträge über eine sogenannte „Tarifrente“ oder auch „Vorruhestandsregelung“ genannt, lehnt die IG Metall ab, wie das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen bei einer Arbeitstagung Ende August in Sprockhövel ohne Wenn und Aber erklärte: „Von Gesetzgebungsplänen, die die Frage der Lebensarbeitszeit in ir-

gendwelchen Modellen wieder den Tarifvertragsparteien zuspielen, aber den Eindruck erwecken, der Gesetzgeber habe etwas getan, halten wir nichts.“ Außerdem wären die Pläne des Bundesarbeitsministeriums „sozial höchst problematisch, weil sie einen sehr niedrigen Rentenanspruch zur Folge haben“ würden. „Sie sind beschäftigungspolitisch weitgehend wirkungslos, weil eine Wiederbesetzungsgarantie von dieser Bundesregierung sicherlich weder gewollt noch durchgesetzt werden wird.“

Auch der Plan der SPD — Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion und der hessischen Landesregierung über den Bundesrat — findet nicht die Zustimmung der IG Metall. Vielmehr verlangt die größte Gewerkschaft im DGB vom Gesetzgeber, wie auch entsprechende Anträge an den Gewerkschaftstag unterstreichen, daß die flexible Altersgrenze auf 60 bzw. 58 Jahre für Männer und auf 55 Jahre für Frauen herabgesetzt wird, ohne daß eine Rentenminderung eintritt.

Im Unterschied zur IG Metall und der erwähnten einstimmig angenommenen DGB-Empfehlung haben die Hauptvorstände der Gewerkschaften Textil — Bekleidung und Nahrung — Genuß — Gaststätten auf einer gemeinsamen Sitzung am 8. September 1983 in Düsseldorf die geplante Gesetzesinitiative nicht nur begrüßt, sondern festgelegt, daß sie „von der Bundesregierung erwarten, umgehend einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der den Gewerkschaften den Abschluß geeigneter Tarifverträge über Vorruhestandsregelungen ermöglicht“. An einer anderen Stelle heißt es, „sie (die beiden Hauptvorstände) begrüßen zugleich die gesetzlichen Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion und des Landes Hessen zur Vorruhestandsregelung sowie die ausdrückliche Bereitschaft von Arbeitgebern und mehreren Arbeitgeberverbänden im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zum Abschluß von entsprechenden Tarifverträgen“.

Werner Petschick

Werktag müssen besser werden - Arbeit darf nicht krank machen

Der IG-Metall-Bezirk Stuttgart veranstaltete am 21. September in der Stadthalle Balingen eine Konferenz zur Arbeitssicherheit. Sie stand unter dem Motto: „Werktag müssen besser werden - Arbeit darf nicht krank machen.“ Die Unternehmer wüteten gegen diese Konferenz. Sie sei, so schrieb der Verband der Metallindustrie Baden-Württembergs (VMI) am 7. September an seine Mitglieder, „Teil einer großangelegten Kampagne, mit der die IG Metall ihre Mitglieder für die kommende Auseinandersetzung kampfbereit machen will“. Deshalb fände Paragraph 37 Abs. 6 und 7 BetrVG keine Anwendung. Im Klartext: Lohnausfall, Fahrgeld und Spesen seien nicht zu erstatten.

Der Schuß der Unternehmer ging nach hinten los. Die IG Metall hatte zur Konferenz 410 Teilnehmer eingeladen. Angemeldet hatten sich 472 Interessenten, gekommen waren 530 Betriebsräte, Sicherheitsfachkräfte, befreundete Wissenschaftler und Arbeitsmediziner.

Die Unternehmer reagierten deshalb so nervös und versuchten, über Pressionen die Gewerkschaftsfunktionäre von einer Teilnahme abzuhalten, weil diese Konferenz die erste ihrer Art war, in der nicht die Verhütung von Arbeitsunfällen und von Berufskrankheiten im engeren Sinne im Mittelpunkt standen, sondern die arbeitsbedingten Erkrankungen. Damit saßen die Unternehmer auf der Anklagebank.

Der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall und designierte 2. Vorsitzende seiner Gewerkschaft, Franz Steinkühler, stellte in seinem Einleitungsreferat fest, daß Arbeitsschutz leider immer noch in erster Linie als Verhütung von Arbeitsunfällen und der Entschädigung rechtlich anerkannter Berufskrankheiten verstanden werde. Dieser Ansatz greife jedoch viel zu kurz. Es gebe krankmachende Arbeitsbedingungen und arbeitsbedingte Krankheiten in einem Ausmaß, daß heute von einem neuen Typ von Krankheiten gesprochen werden müsse. Sie seien das Ergebnis länger dauernder Prozesse und entstünden zu einem großen Teil während und durch die Arbeit, oft über jahrelange Zeiträume, ohne wahrgenommen oder erkannt zu werden.

Krank mache die Arbeitshetze, die Monotonie, die Umweltbelastung, der Streß, die Länge und Lage der Arbeitszeit, die unendliche Zerstückelung der Arbeit, die Angst um den Arbeitsplatz, die soziale Isolation und Sinnentleertheit der Arbeit. Über die Hälfte aller Rentenneuzugänge im vergangenen Jahr seien Fälle von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit.

Steinkühler fragte in diesem Zusammenhang: „Was ist das für ein Staat, der zuläßt, daß die Hälfte aller Arbeitnehmer körperlich und oft auch see-

lisch ruiniert wird? Was sind das für Arbeitsbedingungen, unter denen sieben von zehn Akkordarbeiterinnen Frührentnerinnen werden, weil ihre Gesundheit im wahrsten Sinne des Wortes am laufenden Band zerschossen wird?“

Der IG-Metall-Funktionär erinnerte daran, daß der Kampf der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nie nur um

Aufstehen und anklagen

„Jeder einzelne Frührentner müßte aufstehen und diese Unternehmer, diesen Staat anklagen... Durch diese Republik müßte eigentlich ein Aufschrei gehen, ein Sturm der Empörung.“

(Franz Steinkühler in Balingen)

den Lohn ging, sondern zugleich auch immer um die Verbesserung der Bedingungen, unter denen Leistung erbracht werden mußte, um damit die Gesundheit zu schützen. Deshalb dokumentiere sich in der Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen auch immer der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhe, fände immer ihre Widerspiegelung in einem Staat, der von Interessengegensätzen gekennzeichnet sei. Die neue Bundesregierung wolle mit der zynischen Begrifflichkeit, „arbeitshemmende oder ausbildungshemmende Vorschriften“ beseitigen zu wollen, auch die „Wende“ auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes einleiten. Dies sei ein Frontalangriff auf die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten.

Die Gewerkschaften, meinte Steinkühler, benötigten ein neues Gesundheitsbewußtsein. Es müßten die gleichen

Anstrengungen und Energien darauf verwandt werden, den Zerstörungsprozeß von Menschen aufzuhalten wie die auf den Zerstörungsprozeß der Umwelt.

Walter Riester von der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart entwickelte Strategien zum vorbeugenden Gesundheitsschutz. Er vertrat die Auffassung, daß die Einwirkung auf Arbeits- und Leistungsbedingungen Kernansatz einer gewerkschaftlichen Tarifpolitik sein müsse. Wenngleich der Gesetzgeber nicht aus seiner politischen Verpflichtung entlassen und auch keine Illusionen in die tarifpolitischen Möglichkeiten gesetzt werden dürften, die die tatsächlichen Kräfteverhältnisse nicht in Betracht ziehe, so gelte es jedoch, die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten stärker zum Ansatz zu bringen, und diese lägen nun einmal ganz wesentlich im tarifpolitischen Bereich.

Es sei inzwischen Allgemeinut in der IG Metall, daß gesundheitsgefährdende Belastungen nicht durch zusätzliches Entgelt gemindert werden könnten, sondern Entlastung erfolgen müsse. Wo dies nicht möglich sei, müßten sie durch zusätzliche Erholzeiten ausgeglichen werden. Nicht ganz so eindeutig sei jedoch die Meinungsbildung in der Frage der Leistungs- und Lohngestaltung.

Zum Streit über Formen der Arbeitszeitverkürzung, Wochen- oder Lebensarbeitszeitverkürzung, meinte Riester, daß auch die Einführung der 35-Stunden-Woche, wenn sie isoliert erfolge, ohne zugleich auf die Arbeits- und Lebensbedingungen einzuwirken, nur einen bescheidenen Beitrag zum vorbeugenden Gesundheitsschutz leisten würde. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit könne dies aber mit Sicherheit überhaupt nicht. Durch sie würden nur im Arbeitsprozeß zerschlossene und ausgepowerte Arbeitskräfte früher aus dem Arbeitsleben ausgegliedert.

In der Diskussion zur 35-Stunden-Woche stoße man im Kern auf zwei Bedenken: zum einen, daß kein voller Lohnausgleich erfolge, und zum anderen, daß insbesondere Zeittöner und Angestellte in 35 Stunden das Leistungsspensum von 40 Stunden erbringen müßten. Es sei daher sicherzustellen, daß Arbeitszeitverkürzung nicht zur zusätzlichen Leistungsverdichtung führe.

Im Bezirk Stuttgart wurden in der Tarifkommission Vorstellungen diskutiert, wie Arbeitszeitverkürzung ohne Leistungsdruck und mit optimaler Chance der Arbeitsplatzsicherung und der Arbeitsplatzschaffung verwirklicht werden kann. Bekanntlich ist der Vorstand in Frankfurt noch gegen diesen tarifpolitischen Ansatz. Er will die 35-Stunden-Woche ohne diese Verbindung angehen. Der Verlauf des Gewerkschaftstages kann sicherlich mehr Klarheit schaffen, welchen Weg die IG Metall zu beschreiten gedenkt.

Heinz Schäfer

Bei der Bundespost Tarifrunde beendet

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) hat am 17. September ein neues Tarifangebot der Post - das dem Stufenplan für den öffentlichen Dienst entspricht - angenommen. Damit können die Löhne und Vergütungen für die über 200 000 Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden rückwirkend ab 1. März wie im übrigen öffentlichen Dienst erhöht werden. Alle Tarifbeschäftigten, die bislang noch keinen sechswöchigen Urlaub haben, erhalten zusätzlich einen Urlaubstag. Bekanntlich beträgt die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen vom 1. März bis 30. Juni 2 Prozent, für die Zeit vom 1. Juli bis 29. Februar des nächsten Jahres 2,5 Prozent und für die Zeit vom 1. März 1984 bis 31. August 1984 3 Prozent.

ÖTV: Arbeitskampf unvermeidlich

Für unvermeidlich hält die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) einen Arbeitskampf im Güterfernverkehr. In einer am 9. September in Stuttgart verbreiteten Erklärung unterstrich die Gewerkschaft die feste Entschlossenheit, die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, kürzeren Fahrzeiten sowie einem Be- und Entladeverbot für die 50 000 Fernfahrer durchzusetzen. Dafür sollen alle gewerkschaftlichen Kampfmittel eingesetzt werden.

Niedersachsens Kfz-Arbeiter im Streik

In zahlreichen Betrieben des niedersächsischen Kfz-Handwerks streiken die Arbeiter. Sie und ihre Gewerkschaft, die IG Metall, verlangen die Absicherung der übertariflichen Lohnbestandteile sowie den seit dem Frühjahr ausstehenden Abschluß des neuen Tarifvertrages. Vorausgegangen war dem Arbeitskampf eine Streikurabstimmung, in der sich 91,56 Prozent für Kampfmaßnahmen entschieden hatten.

Der Streik begann am 19. September in sieben hannoverschen und sechs Braunschweiger Betrieben. Er wurde am 26. und 28. September auf weitere Betriebe, u. a. in Goslar, Lüneburg, Celle und Hildesheim ausgedehnt. Nach Angaben der IG-Metall-Bezirksleitung ist die Streikmoral ungebrochen und die Solidarität auch aus anderen Bereichen sehr groß. Da es sich überwiegend um

kleinere Betriebe mit wenigen Beschäftigten, aber mehreren Eingängen handelt, helfen Gewerkschafter aus anderen Bereichen beim Streikpostenstehen. Von der Bevölkerung werden diese mit Essen und heißen Getränken versorgt.

Inzwischen gibt es auch die erste Aussperrung. Der Unternehmer von Opel Blitz in Hannover schloß kurzerhand die Tore. Von diesem unternehmerischen Willkürmittel sind die Angestellten und Auszubildenden betroffen, die nicht in den Arbeitskampf einbezogen sind, wohl aber Solidarität praktizieren. Bei Redaktionsschluß war der Arbeitskampf noch nicht beendet. In der November-Ausgabe werden wir ausführlich über Verlauf und Ergebnis berichten. G. M.

3,2 Prozent für Kali-Arbeiter

Ab 1. September erhalten die rund 10 000 Beschäftigten des Kali- und Steinsalzbergbaus um 3,2 Prozent höhere Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages, der von der IG Bergbau und Energie akzeptiert wurde, beträgt 12 Monate.

Forderungen von 4,5 bis 5 Prozent

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat fristgerecht zum 31. August die regionalen Tarifverträge für die rund 50 000 Beschäftigten der papier-, pappe- und zellstoffherstellenden Industrie gekündigt. Die Forderungen nach Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen liegen zwischen 4,5 in Bayern und Westfalen, 4,8 Prozent in Hessen sowie 5 Prozent in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg.

Tarifabschlüsse in der Glasindustrie

In fast allen Bereichen der Glasindustrie ist mit neuen Abschlüssen die Tarifrunde 1983 beendet. Die zuständige Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik vereinbarte Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zwischen 3,1 und 3,2 Prozent bei einer Laufzeit der Tarifverträge von 12 Monaten. Für die noch ausstehende Behälterglasindustrie sind die Tarifverträge zum 30. September gekündigt worden. Die Forderungshöhe liegt hier bei 5 Prozent.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

30. November - 0,06 Mill.

Tischlerhandwerk Niedersachsen, Stadt Bremerhaven (13 300); Ernährungsindustrie Bayern (6200); feinkeramische Industrie Nordwestdeutschland und Hessen (4700); Erfrischungsgetränkindustrie Niedersachsen, Bremen, Bayern (4000); kunststoffverarbeitende Industrie Westberlin (2900).

31. Dezember - 0,7 Mill.

Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg - ohne Schwarzwald/Bodensee - Bayern (183 600); Holzverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin - ohne Hamburg, Bremen, Hessen, Saarland, Bayern (136 200); Tischlerhandwerk Hessen, Saarland, Bayern (37 900); Fleischerhandwerk Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern (72 300); Deutsche Seeschiffahrt (31 700); Hauswirtschaft Bayern (30 000); Deutsche Seehafenbetriebe Lübeck, Hamburg, Cuxhaven, Bremen, Brake, Nordenham, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Emden (18 000); Kfz-Handwerk Rheinland-Rheinessen, Saarland, Westberlin (14 100); Bäckerhandwerk Niedersachsen, Bremen, Saarland (20 400); Elektro-, Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Pfalz (11 100); Tankanlagenbau und Tankschutzgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (10 000); Mittelstandsbrauereien Bayern (10 000); Elektrohandwerk Rheinland-Rheinessen, Saarland (8500); Naßbag-gergewerbe Bundesgebiet (900).

31. Januar - 4,7 Mill.

Metallindustrie Bundesgebiet und Westberlin einschl. Gießereien - ohne VW (3 773 000); papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (107 800); Schlosser- und Schmiedehandwerk Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern (97 100); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen, Nordwürttemberg/Nordbaden/Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden (58 200); Elektrohandwerk Niedersachsen, Bayern (42 400).

29. Februar - 1,0 Mill.

Bankgewerbe und Bausparkassen Bundesgebiet, Westberlin (320 000); Groß- und Außenhandel Hessen, Bayern (270 000); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern (98 100); Sägeindustrie Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Saarland (54 000).

Werftarbeiter setzten Signal gegen Arbeitsplatzvernichtung

Seit längerer Zeit herrscht in den Wertstandorten Angst vor der Existenzvernichtung. Die Strukturkrise, deren Auswirkungen durch die allgemeine Krise verstärkt werden, soll – wie es im Kapitalismus üblich ist – auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden, und bis 1985 sollen insgesamt 15 000 Arbeitsplätze vernichtet werden. In Hamburg sind es vorerst 1354 Arbeiter und Angestellte der zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörenden Howaldtwerke/Deutsche Werft (HDW), die in den nächsten Wochen mit dem „blauen Brief“ zu rechnen haben. 600 weitere Kündigungen sollen dann in Kürze folgen.

Aber dabei bleibt es nicht. In Hamburg spricht man bereits von dem endgültigen Aus für HDW. In 27 Monaten läuft der Pachtvertrag für das HDW-Gelände ab, und bisher machte der HDW-Vorstand keine Anstalten, diesen zu verlängern. Seine Absicht ist es, die Belegschaftszahl unter 2000 zu drücken, dadurch die ohnehin bescheidenen Mitbestimmungsrechte abzuschaffen, um dann die Werft endgültig zu schließen.

Seit die Entlassungspläne ruchbar wurden, kam es immer wieder zu Protestaktionen. So auch am 6. September. An diesem Tage beriet die vom Arbeitsgericht eingesetzte Schlichtungsstelle über vorerst 1354 Entlassungen. 80 Prozent der Fröhschicht traten in einen zweistündigen Streik. Im Kampf wurde die Belegschaft von ihren Frauen unterstützt, die einen mehrtägigen Hungerstreik begannen. Öl ins Feuer gossen bekanntgewordene Pläne der Polizei, auf dem HDW-Gelände eine Notstandsübung durchzuführen.

Am 12. September fand eine außerordentliche Belegschaftsversammlung statt. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Beschluß zur Besetzung von HDW gefaßt. Es begann ein Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen, der alles auf diesem Gebiet bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Für viele HDW-Beschäftigte wurde die Werft für neun Tage und Nächte das Zuhause. Nur die notwendigsten Arbeiten wurden ausgeführt. Durch die mit Blumen geschmückten Tore kamen Frauen und Kinder tagsüber zu Besuch.

Eine große Solidaritätsbewegung entwickelte sich. In Hamburg bildete sich eine breit zusammengesetzte HDW-Solidaritätsgemeinschaft. Sie sammelte u. a. Unterschriften für folgende Forderungen:

- „Alle Entlassungen müssen zurückgenommen werden.“
- Ein Containerschiff aus dem Auftrag der VR China (drei Schiffe) muß in Hamburg gebaut werden.
- Keine Ablehnung von Aufträgen.

• Alternative Produktion (Umweltechnik, Energieeinsparungen usw.) im Auftrag der Bundesregierung und des Senats

• Werfthilfe aus Bonn mit Arbeitsplatzgarantie.“

Solidaritätsschreiben und Spenden aus dem gesamten Bundesgebiet gingen ein, Verpflegung wurde von der Bevölkerung geliefert. Bis zum 20. September wies das Spendenkonto die Summe von 300 000 Mark aus. In mehreren Betrieben kam es zu Solidaritätsstreiks, so bei MAN und HDW in Kiel, bei Vulkan, Hapag Lloyd und SUAG in Bremen.

Auf Antrag der SPD behandelte der Bundestag die Situation. Die Rechtsre-

gierung in Bonn mit ihrem Wirtschaftsminister Lambsdorff und Finanzminister Stoltenberg vertrat das Unternehmerkonzept der geplanten Massenentlassungen. Kaltschnäuzig ließen sie auch eine Delegation von HDW abblitzen. Es fehlte auch nicht an Versuchen, die Besetzer einzuschüchtern. Gedroht wurde mit fristlosen Entlassungen, mit Sperrung des Arbeitslosengeldes und mit dem Verlust von Ansprüchen aus dem Sozialplan. Dieser Druck wurde unerträglich, so daß nach einer neuntägigen Besetzung eine Betriebsversammlung in geheimer Abstimmung mit 1139 zu 680 Stimmen bei 42 Enthaltungen das Ende der Aktion beschloß. In einer Erklärung (siehe Kasten) wurden die Forderungen an die Bundesregierung und an die HDW-Verantwortlichen erneuert und darüber hinaus weitere Aktionen angekündigt, falls die Unternehmensleitung Maßnahmen gegen Mitglieder der Aktionsleitung und gegen an der Besetzung Beteiligte ergreifen sollte.

Mit ihrer Aktion haben die HDW-Beschäftigten das Signal für eine weitere Wertbesetzung gegeben. Am 19. September beschloß die Belegschaft der AG Weser in Bremen-Gröpelingen einstimmig die Besetzung der Werft, die in Kürze dichtgemacht werden soll. Das Faß zum Überlaufen hatte hier Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff gebracht, der in der Betriebsversammlung erklärt hatte, von der Bundesregierung hätten die Werftarbeiter keine Hilfe zu erwarten. Die Arbeitsplätze müßten eben abgebaut werden. Inzwischen wurde die Besetzung ausgesetzt. G. M.

Erklärung der HDW-Belegschaft

Neun Tage hat die Belegschaft die HDW Hamburg besetzt und nicht gearbeitet. Neun Tage haben wir aus Notwehr mit dem Mittel der Betriebsbesetzung um unsere Arbeitsplätze gekämpft. Wir haben für viele Bürger unseres Landes ein Signal gesetzt, endlich überall in allen Betrieben gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung zu kämpfen...

Unsere Geschlossenheit und Solidarität hat dazu geführt, daß viele Bürger aus Hamburg und aus der Bundesrepublik sich mit uns solidarisch erklärt haben. Über 300 000 DM Solidaritätsspenden gingen bisher bei uns ein. Dennoch war der Druck und die persönliche Gefahr für viele unserer Kollegen ausschlaggebend, sich für eine Beendigung der Betriebsbesetzung auszusprechen.

Die Anteilseigner der HDW und der HDW-Vorstand haben brutal und unmenschlich alles darangesetzt, um die Belegschaft der HDW einzuschüchtern, zu verängstigen und zu spalten. Eventuelle fristlose Kündigungen, Sperrungen des Arbeitslosengeldes, Verlust des Anspruchs auf den Sozialplan, die ständige Forderung nach Polizeieinsätzen haben dazu geführt, daß viele Kollegen sich persönlich dafür entschieden haben, die Besetzung der HDW zu beenden.

Die unheilige Allianz der verantwortlichen Politiker in Bonn sowie der Unternehmensverbände hat dazu geführt, daß alles darangesetzt wurde, das Signal, was die HDW-Belegschaft mit neun Tagen Betriebsbesetzung gesetzt hat, auszulöschen. Dies ist ihnen nicht gelungen. Wir erklären hiermit der Hamburger Öffentlichkeit, unseren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben:

Unsere Forderungen an diese Bundesregierung, an die Verantwortlichen der HDW bleiben bestehen:

1. Die Entlassungslisten müssen vom Tisch.
2. Wir brauchen Verhandlungen zwischen Politikern, HDW-Vorstand, Betriebsrat und der IG Metall... (Geringfügig gekürzt.)

Der Aufschwung

Folgt man der Logik der konservativen Wirtschaftswissenschaftler, der „Weisen“ von Sachverständigenrat, Bundesregierung und Bundesbank und ihrer Popularisierer in den Massenmedien, so befinden wir uns in einem rasanten wirtschaftlichen Aufschwung. Schließlich wurde und wird ja behauptet: Wenn die Gewinne steigen, springt der „Investitionsmotor“ wieder an, steigt die Produktion, geht die Arbeitslosigkeit zurück. Und die Gewinne steigen – so kräftig wie lange nicht mehr.

Die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“, die sich schon 1982 um gut 8 Prozent erhöhten, werden 1983 voraussichtlich um fast 10 Prozent steigen und – schenkt man den Prognosen Vertrauen – auch 1984 um fast 9 Prozent. Dies ist übrigens eine die ganze kapitalistische Welt erfassende Erscheinung: In Westeuropa wird der Gewinnanstieg (brutto) für 1982 mit 12 und für 1983 mit 11 Prozent beziffert, in den USA, die 1981 einen Gewinnboom von 17 Prozent erlebten, folgt einem leichten Rückgang um 3 Prozent im Jahre 1982 ein Anstieg um 6 Prozent im laufenden Jahr.

Noch aussagekräftiger sind die Schätzungen, die sich auf die Ertragskraft der börsennotierten großen Aktiengesellschaften beziehen. Grundlage sind dabei die veröffentlichten Gewinnziffern der Bilanzen, die ohnehin nur einen Teil der tatsächlichen Erträge offenlegen. Nachdem für 1982 trotz der verschärften Krise eine im großen und ganzen stabile Ertragslage ermittelt worden war – für 1981 war ein leichter Rückgang um 5 Prozent ausgewiesen worden –, wird für 1983 mit einem durchschnittlichen Anstieg um 20 Prozent, 1984 nochmals um 10 bis 15 Prozent gerechnet. Ausgenommen sind dabei die Banken, die – wie in den INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung (NACHRICHTEN Heft 9/1983) schon dargestellt – in den letzten Jahren ihre Erträge jeweils um ein Drittel gesteigert haben und diesen Trend fortsetzen.

Trotz dieser eindeutigen Indikatoren für die Gewinnentwicklung sind die amtlichen Prognosen und die tatsächliche Entwicklung der Wirtschaft mehr als gedämpft. Zwar ist die zyklische Krise von 1982/83 nach einer außergewöhnlich langen Dauer von drei Jahren Anfang 1983 zu Ende gegangen, die „Belebung“ der Produktion ist jedoch matt. Vor allem steigt die Arbeitslosigkeit – sieht man von Saisonfaktoren ab – weiter an. Selbst optimistische Prognosen erwarten für 1983 nur einen leichten Anstieg des Bruttosozialprodukts um 1 Prozent, für 1984 reichen die höchsten Erwartungen bis auf eine Zuwachsrate von 2 bis 2,5 Prozent. Dies bedeutet, daß die Beschäftigung weiter zurückgehen und die Arbeitslosigkeit

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1976 = 100	Veränderung in v. H. gegenüber		
	Jul 1983	Juni 1983	Jul 1982
Produktion	96,8	-14,7	+5,1
Auftragseingänge ¹⁾	96,0	-10,4	+0,2

¹⁾ nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index: 1976 = 100	Veränderung in v. H. gegenüber		
	August 1983	Jul 1983	August 1982
Lebenshaltung	135,1	+0,3	+3,0
Industriepreise	116,3	+0,6	+1,3
Landw. Erzeugerpreise ¹⁾	105,4	-1,6	-4,5
Importpreise ²⁾	142,1	+1,0	-1,2
Exportpreise ²⁾	128,2	+0,2	+1,4

¹⁾ Juli ²⁾ Juni

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Veränderung in 1000 gegenüber		
	August 1983	Jul 1983	August 1982
Arbeitslose	2196	- 6	+399
Kurzarbeiter	379	- 1	- 16
Offene Stellen	82	- 55	+ 53

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Gewinne je Aktie in DM¹⁾

	1982	1983 ²⁾	1984 ²⁾
Daimler	62,50	67,-	77,-
VW	0	4,-	18,-
Veba	13,-	15,50	18,-
Hoechst	11,50	17,-	18,-
Siemens	36,-	42,-	47,50
Mannesmann	22,-	15,-	17,-
Kaufhof	13,-	16,-	17,-
Hochtief	72,-	72,-	65,-

¹⁾ Je 50-DM-Aktie ²⁾ Schätzung bzw. Prognose

(Quelle: Ertragsschätzung der BHF-Bank vom 31. 8. 83)

weiter ansteigen wird. Auch von einem Anspringen des „Investitionsmotors“ keine Spur: Die industriellen Investitionen stagnieren, die Pläne sind keineswegs expansiv.

Hier soll nur interessieren, daß die amtlichen Wirtschaftsforscher, die nahezu unisono jedes Jahr erneut eine Erhöhung der Unternehmensgewinne fordern, tatsächlich wissen, daß dies keineswegs zu einer Wirtschaftsbelebung führt.

Man kann jedoch sicher sein, daß dieses „Argument“ trotzdem nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden wird. Denn in Wirklichkeit geht es der staatlichen Wirtschaftspolitik und ihren „Beratern“ bei Instituten und Unternehmensverbänden nicht um eine generelle Belebung der Konjunktur und schon gar nicht um weniger Arbeitslose. Mit Blick auf die Weltmarktstellung der führenden Konzerne sind hohe Unternehmensgewinne zum Selbstzweck der Wirtschaftspolitik geworden. J. G.

„Regelrechter Schlammkrieg“ gegen die Gewerkschaften

Interview mit Leonhard Mahlein,
Erster Vorsitzender der IG Druck und Papier

Vom 16. bis 22. Oktober findet in Nürnberg der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier statt. Wichtige tarif- und gesellschaftspolitische Fragen werden im Mittelpunkt der Diskussion und der Beschlußfassung stehen. Darüber hinaus stehen wichtige Personalentscheidungen an. Leonhard Mahlein, der aus Gesundheits- und Altersgründen nicht mehr kandidieren wird, beantwortete unserer Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen.

NACHRICHTEN: Die IG Druck und Papier steht vor ihrem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag. Welche Probleme werden in Nürnberg im Mittelpunkt stehen?

Leonhard Mahlein: Mit dem erklärten Ausscheiden aus der Funktion des 1. Vorsitzenden und damit aus der hauptamtlichen Tätigkeit steht zunächst die Wahl meines Nachfolgers als auch die Neuwahl des Geschäftsführenden Hauptvorstands an. Künftig soll es bei der IG Druck und Papier zwei Stellvertretende Vorsitzende geben, dazu sind entsprechende Satzungsänderungen erforderlich, die mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen sind. Im Mittelpunkt unseres 13. ordentlichen Gewerkschaftstages werden aber dann die Diskussionen und Beschlüsse über die künftigen gewerkschafts- und tarifpolitischen Aufgaben stehen, so zum Beispiel die lebensnotwendigen Fragen der Entspannung, der Abrüstung und der Friedenssicherung, die Probleme der Arbeitsplatzsicherung, der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und damit verbunden der Gesundheits-, Einkommens- sowie ein verbesserter Kündigungsschutz. Ebenso aber auch die Fragen des Schutzes der Persönlichkeit hinsichtlich der technischen Verfahren zur Erfassung, Speicherung und Verwertung von auf Einzelpersonen bezogenen oder beziehbaren betrieblichen Daten.

Anträge gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern sowie Möglichkeiten des politischen Widerstands werden die Diskussionen ebenso beleben wie die Anträge zur baldmöglichen Vollendung der Mediengewerkschaft und zur Medienpolitik selbst. Ich bin überzeugt, daß es ein aktiver und diskussionsfreudiger Gewerkschaftstag sein wird.

NACHRICHTEN: In Ihrer Antwort auf unsere erste Frage haben Sie die 35-Stunden-Woche erwähnt. Welche Auswirkungen wird ihre Durchsetzung im Druck- und Papierbereich haben?

Leonhard Mahlein: Vorweg muß man sich über zwei Grunderkenntnisse im klaren sein. Zum einen, daß sich bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Wo-

che zwei verschiedene Grundinteressen gegenüberstehen: Die Unternehmer wollen überhaupt keine Arbeitszeitverkürzung (in welcher Form auch immer), sie sind gerade in der Wirtschaftskrise daran interessiert, eine möglichst große Reservearmee zu erhalten und hohe Gewinnraten zu erzielen. Die Gewerkschaften sind dagegen daran interessiert, die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit möglichst schnell abzubauen,



neue Arbeitsplätze zu schaffen und die noch bestehenden sicherer zu machen, die Arbeit humaner zu gestalten – kurz gesagt, den sozialen Fortschritt durchzusetzen. Insofern handelt es sich dabei tatsächlich um eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, von deren Ausgang auch die künftigen gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten abhängig werden.

Zum zweiten werden die Unternehmer in noch strafferer Konzentration in diese Auseinandersetzung gehen, unter dem „schützenden Dach des Tabu-Kataloges“ und verbunden mit der veröffentlichten Meinung. Ein regelrechter „Schlammkrieg ihrer Argumente“ wird der Begleiter sein, denn den Unternehmern geht es dabei vorrangig um die Köpfe der Arbeitnehmer, aber ebenso um die der Gesamtbevölkerung. Man kann nur hoffen, daß die Gewerkschaften diese Zeichen begreifen und dem konzentrierten Unternehmertum die konzentrierte Geschlossenheit und Solidarität aller Gewerkschaften gegenüberstellen werden.

Ich bin davon überzeugt, daß die IG Druck und Papier, und hier zunächst die gewerkschaftlich Organisierten der Druckindustrie, dazu ihren eigenständigen und sicher wertvollen Beitrag leisten werden.

NACHRICHTEN: Zu dem Zeitpunkt, zu dem der Gewerkschaftstag stattfindet, sind im Rahmen der UNO-Friedenswoche eine Reihe großer Aktionen der Friedensbewegung vorgesehen. Wird sich Ihr Gewerkschaftstag an den Aktionen beteiligen; wir denken dabei besonders an den „Tag der Betriebe“. Was ist im einzelnen geplant?

Leonhard Mahlein: Die Situation hat sich ja seit dem einstimmigen Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der die Gewerkschaftsmitglieder und alle Beschäftigten in den Betrieben für den 5. Oktober 1983 zu „fünf Mahnminuten“ aufruft, wesentlich geändert. Der 19. Oktober 1983 als „Tag der Betriebe“ steht damit nicht mehr im Vordergrund gewerkschaftlicher Überlegungen. Dennoch wird unser Gewerkschaftstag an diesem Tag von 11.45 bis 12.00 Uhr eine zusätzliche Pause einlegen, die mit erinnernden und mahnenden Aussagen ausgefüllt wird. Darüber hinaus veranstalten die DGB-Kreise Mittelfrankens am Abend dieses Tages in Verbindung mit unserem Gewerkschaftstag eine Protestkundgebung, auf der Bernd Engemann, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS), und ich sprechen werden. Eventuell noch ergänzende Maßnahmen stehen gegenwärtig noch in der Diskussion.

NACHRICHTEN: Der Bundesverband Druck versucht bereits im Vorfeld des Gewerkschaftstages massiv auf bevorstehende Wahlentscheidungen Einfluß zu nehmen. Wie ist Ihre Haltung dazu?

Leonhard Mahlein: In der „Personen-Verteufelung“ sind die Unternehmer vielfach geübt. Ich selbst habe das in der 15jährigen Ausübung meiner Vorsitzendenfunktion ebenso wie andere meiner Kollegen erlebt. Es wird aber ein vergebliches Bemühen bleiben, denn die Delegierten unseres Gewerkschaftstages werden souverän ihre Wahlentscheidungen treffen und sich nicht von Unternehmerrgefäsel beeinflussen lassen. Im Gegenteil, sie werden den Hoffnungen der Unternehmer eine eindeutige Absage erteilen, und sie werden verurteilt sein, sich mit den von ihnen politisch „Verteufelten“ alsbald an einen Tisch, zusammensetzen zu müssen. Ob ihnen das gefällt oder nicht!

NACHRICHTEN: Sie, als Vorsitzender, kennen bereits die Anträge, die die Arbeit der IG Druck und Papier für die kommenden drei Jahre bestimmen werden. Wird sich, diesen Anträgen nach zu urteilen, Ihre Gewerkschaft weiterhin als das „gute Gewürz in der Suppe der DGB-Entscheidungen“ erweisen?

Leonhard Mahlein: Um darauf zu antworten, muß man ein wenig historisch

werden. Eine unserer Vorläuferorganisationen, der Verband der Deutschen Buchdrucker, galt um die Jahrhundertwende auf Grund seiner politischen Haltung und seiner Facharbeitertradition als konservativ. Wegen seiner Tarifgemeinschaftspolitik mit den „Prinzipalen“ wurde gegen diesen Verband sogar der Ausschluß aus dem damaligen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erwogen. Traditionsbeladen und anknüpfend an die tarifpolitischen Erfolge ihrer Vorläuferverbände verfolgte die neugegründete IG Druck und Papier über Jahre hinweg eine ähnliche oder üblichgewordene partnerschaftliche Politik, wenn man die beiden Arbeitskämpfe im Jahre 1952 gegen ein rückschrittliches Betriebsverfassungsgesetz und um höhere Löhne einmal außer Betracht läßt. Selbst in der Rezession der Jahre 1965/66 konnte sie noch den ersten Rationalisierungsschutzvertrag – wenn auch unter Verzicht auf einen höheren Lohnabschluß – vereinbaren. Die zu Ende gegangene Periode des nachträglich vergoldeten „Wirtschaftswunders“ hatte auch dies noch ermöglicht.

Eine völlig andere wirtschafts- und tarifpolitische Situation fanden wir bei den Arbeitskämpfen 1976 und 1978 vor. Der Kampf um die Verteidigung der gewerkschaftlichen Tarifautonomie wie auch die Forderung nach Tarifierung der Einführung und Anwendung neuer Technologien wurde von den Druckunternehmern nicht nur abgelehnt, sondern mit brutalster Aussperrung beantwortet. Wir fanden ein total verändertes Unternehmerverhalten vor, von Partnerschaft war nicht mehr die Rede, die unternehmerischen Gewinninteressen wurden zum alleinigen Bestimmungsfaktor. Im Hintergrund dieses gewechselten Unternehmerverhaltens stehen die Veränderungen der unmittelbaren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Strukturen, aus denen sich reale Gewerkschaftspolitik nicht herauslösen kann. Die Gewerkschaften haben sich von jeher im Zusammenhang mit den Interessenstrukturen der Gesellschaft entwickelt, und dadurch wird letztlich auch ihre Politik bestimmt.

Also nicht Detlef Hensche oder Leonhard Mahlein und andere haben die IG Druck und Papier zur „linken oder linksradikalen Organisation“ umgewandelt, sondern das veränderte Verhalten der Druckunternehmer, und dieses rekrutiert wiederum aus der vollzogenen Veränderung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Verhältnisse. Wenn ich auch die Wirksamkeit von Personen in einer solchen Organisation nicht völlig zu leugnen vermag, sind die aufgezeigten Entwicklungen doch die vorrangigen Ursachen für die Weiterentwicklung einer Gewerkschaft zur Widerstandsorganisation. Dies wird für die IG Druck und Papier weiterhin so bleiben, und ich sehe überhaupt keinen Grund, warum sich ihre „Gewürz-Funktion“ im Reigen der deutschen Gewerkschaften verändern sollte oder könnte.

14. Kongreß der DPG: „Für eine sichere Zukunft“

Vom 23. bis 29. Oktober tagt in Hannovers Congress-Centrum Stadtpark der 14. ordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG). Das Motto „Arbeit für alle – Für eine sichere Zukunft“ formuliert bereits die Schwerpunkte, die die 455 Delegierten im Auftrag von rund 455 000 Postgewerkschaftern diskutieren und dazu auch Beschlüsse fassen werden. Das Antragspaket weist 411 Anträge auf, wozu noch weitere des DPG-Hauptvorstands kommen.

Wenn DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren in dem NACHRICHTEN-Interview (9/83) von einem bevorstehenden „hochpolitischen Kongreß“ sprach, so genügt ein Blick ins Antragspaket, um ihm zuzustimmen. Schwerpunkt dürfte zweifellos der Komplex Frieden, Abrüstung und Entspannung sein, wozu es weit über 20 Anträge gibt. Die darin enthaltenen Forderungen sind in dem Hauptvorstandsantrag 2 a zusammengefaßt, wodurch viele andere Anträge als erledigt erklärt werden sollen.

Wörtlich heißt es in dem Antrag 2 a: „Die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses fordern die Rücknahme des Beschlusses des NATO-



Rats zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und wenden sich gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland.“ Verstärkt soll in den Betrieben, das ist der Tenor dieses und weiterer Anträge, der Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rüstung deutlich gemacht und im Kampf um die Erhaltung des Friedens an alte Traditionen, wie den Antikriegstag, den Östermärschen und den DPG-Friedenswochen, angeknüpft werden.

Der 14. Kongreß wird die bereits erhobene Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich absegnen. Ausgehend von zahlreichen Beschlüssen der gewerkschaftlichen Basis, haben sich die Spitzengremien der DPG bereits auf diese Forderung, die gemeinsam mit anderen DGB-Gewerkschaften durchgesetzt werden soll, festgelegt.

Ausgehend von der Situation der Post, gibt es mehrere Anträge gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und Berufsverbote als die gravierendste Form. Dieses Anliegen verdient einen besonderen Stellenwert, da nach der Bonner Wende Postminister Schwarz-Schilling zur Tabula rasa angetreten ist. Mehrere aktive Postgewerkschafter haben bereits ihre Anschuldigungsschriften mit dem Ziel erhalten, sie aus dem Postdienst zu entfernen. Gefordert wird in mehreren Anträgen, „alle Verfahren und Berufsverbotsmaßnahmen einzustellen“. Dies sei besonders notwendig, da angesichts zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten, bei Sozialabbau und verstärkten Rüstungsanstrengungen von den politisch Verantwortlichen der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten verstärkt betrieben würde, heißt es im Antrag 179 der Bundesjugendkonferenz an den Kongreß.

Mehrere Anträge richten sich auch gegen das Tarif- und Besoldungsdiktat der öffentlichen Unternehmer. Von der Gewerkschaft wird verlangt, daß sie sich „mit Entschiedenheit“ dagegen wendet (A 218). Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich mit den anderen DGB-Gewerkschaften dafür einzusetzen, daß künftig „keine Einbußen beim Reallohn mehr hingenommen“ und „Reallohnverluste der letzten Jahre abgebaut werden“. Abgelehnt werden alle Pläne zur Privatisierung von Bereichen der Post sowie auch alle Rationalisierungsmaßnahmen, die Arbeitsplatzverluste mit sich bringen. Der 14. Kongreß, über dessen Verlauf wir ausführlich berichten werden, wird auch über gemeinsame Seminare mit der IG Nachrichten und Transport der DDR zu entscheiden haben. Ein entsprechender Antrag dazu liegt vor.

Neben Rechenschaftslegung und Beschlußfassung hat der Kongreß auch die Aufgabe, die Spitzengremien zu wählen. Mit einer Ausnahme stellen sich die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder alle zur Wiederwahl. Die Ausnahme ist der stellvertretende DPG-Vorsitzende Heinz Esders, der aus Altersgründen nicht mehr kandidiert. An seiner Stelle hat der DPG-Hauptvorstand den Koblenzer Bezirksvorsitzenden Heinz Spieß nominiert. G. M.

130 000 Stahl- und Werftarbeiter gegen Raub ihrer Arbeitsplätze

Die IG Metall rief angesichts der akuten Gefährdung der Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahl- sowie der Werftindustrie die Arbeiter dieser Industriezweige am 29. September zu einer demonstrativen Großkundgebung in den Bonner Hofgarten. 130 000 kamen mit 1300 Bussen und 21 Sonderzügen aus allen Stahl- und Werftstandorten. Die Führung der IG Bergbau und Energie – die Bergarbeiter befinden sich in einer ähnlich mißlichen Situation wie die Stahl- und Werftarbeiter – beteiligte sich nicht an der Demonstration. Unter den Demonstranten waren aber Bergleute und Bergarbeiterfrauen. Auch die DAG Saarbrücken solidarisierte sich mit dem Protest der IG Metall.

Der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, verwies in seiner Rede auf die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahl- sowie der Werftindustrie. Allein seit Mitte der 70er Jahre seien in der Stahlindustrie rund 100 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Dies sei das Ergebnis einer Politik, „die auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft verweist, obwohl unser Gemeinwesen von den Krankheitskeimen der Unternehmerwirtschaft befallen ist“.

Mayr kam, nachdem er den sozialen Kahlschlag auf der einen und die Begünstigung der Unternehmer auf der anderen Seite detailliert nachwies, zu dem Schluß: „Milliardenopfer für die Arbeitnehmer und Milliardenbeschenke für die Unternehmer verbesserte Rahmenbedingungen für die freie Wirtschaft und verschlechterte Lebensbedingungen für die abhängig Beschäftigten – das sind die Grundlinien dieser Regierung.“ Diese Politik möge zwar Gewinne bringen, sie werde aber Arbeitsplätze kosten. Sie sei unvereinbar mit dem Sozialstaatsprinzip der Verfassung und Nährboden für Sumpflüthen wie das Lambsdorff-Papier, die George-Parolen und die Albrecht-Thesen.

Der Bundesregierung rief Mayr zu, sich gegen die Hochzinspolitik der USA zu wenden. Er bekräftigte die Forderung nach mehr und besserem Wachstum, nach einem neuen Programm für Zukunftsinvestitionen und nach einem Beschäftigungsprogramm im Sinne des DGB.

Am Geld brauche dies nicht zu scheitern. Aktive Beschäftigungspolitik sei finanzierbar durch Ergänzungs- und Arbeitsmarktabgabe, durch den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität und Rüstungswahn in der ganzen Welt.

Hilfe erhofft sich Mayr von einem Stahlausschuß. In ihm sollten sich Bundesregierung, betroffene Landesregierungen, Unternehmer und IG Metall zusammensetzen, um ein gemeinsames Programm zu erarbeiten. Für die Werften forderte er die Einsetzung eines Schiffbauausschusses und ein nationa-

les Schiffbau- und Schifffahrtsprogramm.

An die Demonstranten gewandt, meinte Mayr: „Helft mit, das Menschenrecht auf Arbeit zu verwirklichen.“ Dies sei auch ein Gebot der politischen Vernunft, denn Massenarbeitslosigkeit stärke die Reaktion. Deshalb appellierte er: „Helft mit, daß es nie wieder Fa-

Hans Mayr:

„Wir fordern:

- Standortsicherung bei Stahl und Werften statt Betriebsschließungen;
- Ersatzarbeitsplätze und Beschäftigungsprogramm statt sozialer Demontage;
- Arbeit für alle statt Massenarbeitslosigkeit;
- Recht auf Arbeit und eine gesicherte Zukunft für uns und unsere Kinder.

schismus und nie wieder Krieg geben kann.“

Eine Wende müsse bei der Beschäftigung kommen. Die IG Metall werde mit gutem Beispiel vorangehen. Sie stehe vor dem Kampf um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Das Motto, unter dem diese Auseinandersetzung geführt werde, sei „Arbeitszeitverkürzung für alle statt Arbeitslosigkeit für viele“.

In den Reden von Hans Mayr und dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Rudolf Judith wurde die Politik der Bundesregierung heftig angegriffen. Von ihr wurden Maßnahmen gefordert, wurde verlangt, daß sie Arbeit schaffen müsse und handele. Es fiel allerdings auf, daß die Unternehmer der Stahl- und Werftindustrie keineswegs so in der Schußlinie waren. Sie aber verfügen über die Produktionsmittel, sie besitzten die ökonomische und beeinflussen über diese wesentlich die politi-

sche Macht. Sie sind es, die letztlich die Arbeitsplätze vernichten und sich jedem Reformwunsch der Gewerkschaften widersetzen.

Während auf vielen Transparenten die Verstaatlichung der Stahlindustrie gefordert wurde, konnten sich Mayr und Judith für diese Forderung nicht allzu sehr erwärmen: Mayr meinte, daß die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Stahlindustrie legal und legitim sei und Rückhalt in der Verfassung, im DGB-Grundsatzprogramm und auch in der Satzung der IG Metall fände. Sie könne aber nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gesehen werden. Die IG Metall fordere deshalb jetzt lediglich die Umwandlung staatlicher Subventionen in öffentliche Beteiligungen. Dies sei ein erster Schritt zur längerfristigen Perspektive der Vergesellschaftung.

Diese Ausführungen sind deshalb bemerkenswert, da noch nicht einmal vor eineinhalb Jahren der 12. DGB-Kongreß auf Initiative der IG Metall „die Notwendigkeit und Aktualität“ der gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung, volkswirtschaftlicher Rahmenplanung und Investitionslenkung sowie der Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum unterstrich.

Das Verhältnis von Rüstung und Arbeitsplätzen wurde in den beiden Referaten, ganz im Gegensatz zu zahlreichen Transparenten, nur ganz am Rande behandelt. Hingegen heißt es in dem Flugblatt des Vorstandes der IG Metall „Auf ein Wort, liebe Mitbürger!“, das in Bonn verteilt wurde: „Hilfe kostet Geld. Aber das Geld ist da. Die Bundesregierung muß endlich entscheiden, etwas weniger in die immer wahnsinnigere Aufrüstung zu stecken und dafür etwas mehr für neue Arbeitsplätze auszugeben. Mit dem Geld für einen einzigen Leopard-Panzer können 36 Dreizimmerwohnungen gebaut werden.“

Die mächtige Kundgebung in Bonn zeigt, daß sich in den Betrieben der Widerstand gegen den Arbeitsplatzabbau und den sozialen Kahlschlag zu regen beginnt. Die Betriebsbesetzungen in Hamburg und Bremen sind dafür breiter Beweis. Die Bonner Kundgebung zeigte die Fähigkeit der IG Metall, Massen zu mobilisieren.

Ob allerdings die Orientierung, wie sie auf der Kundgebung gegeben wurde, schon ausreicht, um positive Ergebnisse zu erzielen, kann bezweifelt werden. Es wurde noch vor allem an die Vernunft der Rechtsregierung appelliert und diese zur Besinnung sowie zum Handeln aufgefordert. Es wird offensichtlich noch nicht erkannt, daß diese Regierung weiß, was sie will. Sie handelt auch nach einem klaren Konzept. Sie stabilisiert die Macht des großen Geldes und erhöht dessen Profittaten. Heinz Schäfer

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

GHK gegen Sozialabbau – für 35-Stunden-Woche

Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) am 17. September 1983 in Gelsenkirchen war hauptsächlich wegen der notwendigen Nachwahl für den aus Gesundheitsgründen ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden Karlheinz Schwark einberufen worden. Die Delegierten beschäftigten sich auch mit aktuellen gewerkschaftspolitischen Problemen. Wir dokumentieren zwei einstimmig angenommene Entschlüsse (siehe auch Seite 25).

Gegen Sozialabbau und Lohnpausen, für eine aktive Arbeitnehmerpolitik

Der Hauptvorstand der GHK wird beauftragt, sich gemeinsam mit den im DGB organisierten Gewerkschaften und dem DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, daß die auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragene Rotstiftpolitik der Bonner Regierung beendet wird. Den verantwortlichen Politikern soll mit allem Nachdruck verdeutlicht werden, daß gerade heute eine Politik für 25 Millionen Arbeitnehmer und ihre Familien notwendiger denn je ist.

Bundeskanzler Kohl hat in seiner Regierungserklärung betont: „Wir wollen die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Das gehört zu der geistigen Erneuerung, die wir wollen.“ Die politische Wirklichkeit entspricht dieser Aussage nicht. Im Gegenteil. Die soziale Sicherheit wird systematisch beseitigt. Kennzeichen dafür sind:

- Unterstützungen für Arbeitslose werden gekürzt. So wird für kinderlose Leistungsempfänger das Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld von 60 auf 55 Prozent des Nettoeinkommens gesenkt.

- Für die Schwerbehinderten geht es momentan „nur“ um ei-

nen Eigenanteil bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Aber ein ganzer Katalog weiterer Beschneidungen ist im Entstehen. Es ist traurig und bezeichnend zugleich, daß gerade diese Menschen die „geistig moralische Erneuerung“ bezahlen sollen.

- Das Mutterschaftsgeld soll nicht mehr vier, sondern nur noch drei Monate gezahlt und das Tagegeld von 25 auf 20 DM gekürzt werden.

- Der Mieterschutz wird zugunsten der Vermieter ausgehöhlt.

- Die Renten werden anstatt um 5,1 Prozent zum 1. Januar 1984 nur um 3,4 Prozent am 1. Juli 1984 angehoben. Nach Abzug der 2 Prozent Krankenversicherung bleiben 1,4 Prozent übrig. Auf das ganze Jahr gerechnet sind das nur 0,7 Prozent.

- BAföG-Kürzung erschwert den Zugang zur besseren Bildung für Arbeiterkinder.

- Junge Menschen finden keine Lehrstellen.

- Frauen sollen zurück an den Kochtopf.

- Durch „Vorgaben“ wird die Tarifautonomie ausgehöhlt und den Arbeitnehmern ein Sinken ihrer Realeinkommen zugemutet.

- Mit der Verkabelung wird für die Unternehmer ein Instrument geschaffen, das ihnen neue Rationalisierungsaktionen ermöglicht.

- Die Regierung verzichtet auf eine aktive, Arbeitsplätze sichernde Politik.

- Die Arbeitnehmer werden durch die wachsende Angst um ihren Arbeitsplatz verstärkt in den Leistungsdruck getrieben. Rechte werden eingeschränkt.

- Bei ihrem Kampf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit unterstützt die Regierung die Unternehmer.

Wir verlangen:

1. einen Stopp der unsocialen Politik, die Arme noch ärmer und Reiche noch reicher macht, und

2. ein Beschäftigungsprogramm zur Sicherung der Realeinkommen und zur Verteidigung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Dafür schlagen wir insbesondere vor:

- Wiederauflage des sozialen Wohnungsbaus,

- Investitionen für den Umweltschutz,

- Errichtung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten,

- Ausbau von Gesamt- und Ganztagschulen,

- Einstellung von mehr Lehrern, um endlich die Ausbildung unserer Kinder zu verbessern,

- Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs,

- Investitionen zur Energieeinsparung, zum Beispiel Anlage von Fernwärmenetzen,

- Ausbau sozialer Dienste für alte, kranke und behinderte Mitbürger.

Inhaltsverzeichnis:

Innergewerkschaftliche Demokratie in der GHK	14
So entstand das Buch über Willi Bleicher Interview mit Klaus Pickshaus	16
Appell betrieblicher Friedensinitiativen	17
Mit Sozialdemontage in die Massenarbeitslosigkeit	18
Aktionsziel der IGM: 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich	21

35-Stunden-Woche — Sicherung der Arbeitsplätze

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff sieht ihre tarifpolitische Hauptaufgabe in der Verteidigung und der Verbesserung des Besitzstandes der Arbeitnehmer. Sie fordert alle Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitglieder auf, für die Einhaltung der Tarifverträge einzutreten. Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff bekräftigt die einstimmige Forderung des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages vom Oktober 1981 in Travemünde und des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses 1982, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich auf 35 Stunden zu verkürzen. Die Bemühungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, durch ein abgestimmtes Verhalten der Einzelgewerkschaften die Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchzusetzen, werden begrüßt. Die begonnene Zusammenarbeit muß intensiviert werden, um zu erreichen, daß alle Gewerkschaften gleichzeitig ihre Beiträge zur Erreichung dieses tarifpolitischen Zieles leisten.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff wird

— alle Arbeitskämpfe der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Erreichung der 35-Stunden-Woche aktiv unterstützen,

— sich an der gemeinsamen Abwehr von Aussperrungen solidarisch beteiligen.

Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag fordert alle Mitglieder auf, am Arbeitsplatz und auf Betriebsversammlungen über die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche zu diskutieren. Die steigenden Arbeitsbelastungen können nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen werden. Nur eine wirksame Verkürzung der Wochenarbeitszeit bietet die Chance, die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf, für die Einhaltung der noch geltenden Wochenarbeitszeit aktiv zu werden. Die Mehrarbeit ist einzuschränken, bei unvermeidbaren Überstunden ist ein Freizeitausgleich zu verlangen.

Die gesellschaftliche Verantwortung für zweieinhalb Millionen Arbeitslose gebietet es, schnell tarifpolitische Konsequenzen zu ziehen, bevor weitere Millionen Arbeitslose zu einer unerträglichen Belastung unserer Gesellschaft werden. Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag appelliert deshalb an die Arbeitgeberverbände der Holzwirtschaft, im Sinne ihrer sozialen Verantwortung mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu verhandeln, auch wenn die jeweiligen Tarifverträge noch nicht kündbar sind. Ein Festhalten der Arbeitgeberverbände am kompromißlosen Nein zur Arbeitszeitverkürzung (Tabu-Katalog der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und das damit verbundene Risiko einer sozialen Katastrophe kann auch nicht im Interesse der Unternehmer liegen.

Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff bekräftigt die bewährten Prinzipien der aktiven Tarifpolitik und der innergewerkschaftlichen Demokratie:

- Einbeziehung der Mitglieder in die Tarifbewegungen,
- Verantwortung der Tarifkommissionen für ihren Beitrag zur Verwirklichung der Beschlüsse der Gewerkschaftstage.

Zur Vorbereitung wird der Hauptvorstand weiteres Informations- und Argumentationsmaterial zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit bereitstellen, die innergewerkschaftliche Diskussion in den Seminaren und Schulungen verstärken und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Nur eine mitgliederstarke und finanziell gesunde Gewerkschaft Holz und Kunststoff kann die Arbeitnehmerinteressen auf Dauer wirksam vertreten. Der 1. außerordentliche Gewerkschaftstag appelliert daher an alle Kolleginnen und Kollegen, die bisher noch Unorganisierten für unsere Gewerkschaft zu gewinnen. Stärkt die Kampfkraft der Gewerkschaft Holz und Kunststoff!

Innergewerkschaftliche Demokratie in der GHK

Mit dem Rücktritt des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), Karlheinz Schwark, aus gesundheitlichen Gründen war für die Nachwahl ein außerordentlicher Gewerkschaftstag notwendig, der am 17. September 1983 in Gelsenkirchen stattfand. Im Vorfeld gab es Diskussionen um die Nachfolge. Nachdem mehrere Kandidaten im Gespräch waren, entschied sich der Gewerkschaftsbeirat mit Mehrheit für Willi Schulze, bisheriger Geschäftsführer der Geschäftsstelle Minden. Zahlreiche Delegierte setzten sich für den langjährigen Tarifsachbearbeiter im Hauptvorstand der GHK, Peeter Raane, als Schwark-Nachfolger ein. Im Interesse der Stärkung der Einheit der GHK verzichtete Peeter Raane, wie aus nachfolgender Dokumentation hervorgeht, auf seine Kandidatur.

Brief der GHK-Bezirksleitung Südbayern vom 16. August 1983 an den Betriebsratsvorsitzenden der Firma Ski-Völkl, Rupert Stegbauer, unterschrieben vom GHK-Bezirksleiter Ganz.

Lieber Kollege Stegbauer,

aus Anlaß des bevorstehenden außerordentlichen Gewerkschaftstages und der Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden der GHK in der Hauptabteilung III — Tarif — hat sich der Bezirksvorstand eingehend mit der durch den Hauptvorstand und Beirat beschlossenen Nominierung des Kollegen Willi Schulze, Geschäftsführer der GHK-Geschäftsstelle Minden/Bünde, befaßt.

Der Bezirksvorstand hat mich beauftragt, den Delegierten unseres Bezirkes Südbayern die nachfolgende einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, gefaßte Empfehlung zu übermitteln:

„Der Bezirksvorstand hat die Nachfolge des Kollegen Schwark eingehend diskutiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß im Hinblick auf die kritische Position der GHK im Rahmen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sowie möglicher negativer Auswirkungen in der GHK-Mitgliedschaft eine Wahl des Kollegen Peeter Raane, ohne dessen Qualifikation für dieses Mandat abzusprechen, nicht wünschenswert ist.

Der Bezirksvorstand folgt dem Beschluß des Hauptvorstandes und des Beirates und empfiehlt die Wahl des Kollegen Willi Schulze, GHK-Geschäftsführer in Minden/Bünde, als stellvertretenden Vorsitzenden der GHK für die Hauptabteilung III. Die Delegierten des Bezirkes Südbayern werden gebeten, dieser Empfehlung zu entsprechen.“

Ich bitte um Kenntnisnahme. Sofern gewünscht, besteht die Möglichkeit, daß wir uns vor der Eröffnung des Gewerkschaftstages im dortigen Hotel zu einer kurzen Besprechung zusammenfinden. Ich wünsche Dir eine gute Anreise und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

GEWERKSCHAFT HOLZ UND KUNSTSTOFF
BEZIRKSLEITUNG SÜDBAYERN

Brief von Rupert Stegbauer vom 23. August 1983 an den GHK-Vorsitzenden Horst Morich

Werter Kollege Morich,

betreffend des außerordentlichen stattfindenden Gewerkschaftstages der GHK zur Nachwahl des stellv. Vorsitzenden der Hauptabt. III, Tarif, werde ich Dir als ordentlicher Delegierter durch folgende Stellungnahme meine persönliche Meinung mitteilen. Es steht außer Frage, daß die Nominierung des

Kollegen Schulze, beschlossen durch Hauptvorstand und Beirat, sowie die Empfehlung des Anlehnungsbeschlusses vom Bezirksvorstand Südbayern von mir kritisiert wird. Meine Bedenken sind aber enorm, da festzustellen ist, gleichwohl GHK-unwürdig ist, wenn von hauptamtlicher Seite mit allen Mitteln versucht wird, eine äußerst fadenscheinige Antikampagne wegen der möglichen Kandidatur des DGB-Kollegen Peeter Raane gegen diesen aufgebaut wird. Damit meine ich Äußerungen von hauptamtlichen Kollegen bei Geschäfts- und Verwaltungssitzungen, Gesprächen mit Betriebsräten, Rundschreiben sowie Beeinflussung der Delegierten. Das, Kollege Morich, sehe ich als eine ganz schäbige Masche an und tituliere es als „Hausieren über Land — ohne Gewerbeberechtigung“.

Die Anmaßung des Bezirksleiters Ganz, daß im Hinblick auf die kritische Position der GHK im DGB sowie möglicherweise negative Auswirkungen durch die Person Raane als GHK-Mitglied und seiner evtl. Kandidatur zum stellv. Vorsitzenden nicht wünschenswert sei, entlockt mir ein Lächeln wie einst Mona Lisa, da der letzte Lohntarifabschluß des Bezirksleiters Ganz für Südbayern ja wirklich das „Letzte“ war:

Die kritische Position der GHK im Rahmen des DGB haben meiner Meinung nach der bis jetzt tätige Hauptvorstand und Beirat zu tragen und kann unmöglich dem Kollegen Raane zu Lasten gelegt werden. Negative Auswirkungen sind ein angenommenes Gedankenspiel, das ebensowenig aufrechtgehalten werden kann! Z. B.: Austritte bei der GHK — wenn ich die Mitgliederstatistiken der letzten Monate betrachte, komme ich zu dem Schluß, daß sich die hauptamtlichen Kollegen, die scheinbar enorm viel Zeit für eine Antikampagne der Person Raane aufbringen können, mehr in der äußerst sehr wichtigen Sache der Mitgliederbewegung engagieren sollten! Des weiteren teile ich nicht die Meinung, wie allgemein verbreitet wird, daß eine negative Auswirkung für die GHK zu befürchten sei, weil der Kollege Raane Mitglied der DKP ist, denn die DKP ist eine legitim zugelassene Partei in unserer Demokratie.

Sollte nämlich der Fall vorliegen, daß aus parteipolitischen Gründen solche Ablehnung an den Tag gelegt wird, dann wäre es wünschenswert, auch die Kollegen unserer sogenannten renommierten Parteien abzulehnen und aus allen Gremien unserer Gewerkschaft, der GHK, zu entfernen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den § 3 der GHK-Satzung.

Es ist fast lobenswert, daß man dem Kollegen Raane eine Qualifikation zukommen läßt. Für mich steht fest (Schulungen), daß der Kollege Raane ein hohes Maß an Qualifikation besitzt, und es wäre nur wünschenswert, diesen Peeter Raane bei der GHK bzw. im Hauptvorstand der GHK begrüßen zu können! Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Qualifikation des Peeter Raane zu hoch ist und einige „hauptamtliche Kollegen“ schon jetzt Angstzustände in sich tragen, ihre Spiele sowie Schachzüge nicht mehr so ausführen zu können wie bisher, falls er kandidiert und es zu einem Wahlerfolg käme.

Kollege Morich, in Deiner Eigenschaft als Vorsitzender der GHK hoffe ich, daß Du mit dazu beiträgst, dem Kollegen Raane die gleiche faire Chance zu geben wie dem nominierten Kollegen Schulze, der ja mit sagenhaft unglaublicher Manier von Euch gestützt wird. Sollte diese Antiwelle gegen Peeter Raane weiter geschwommen werden, muß ich mich ernsthaft fragen, ob ich mit meinen organisierten Kollegen in der GHK noch eine Zukunft sehe.

Mit kollegialem Gruß
Straubing, den 23. 08. 83
R. Stegbauer

Schreiben Peeter Raanes vom 5. September 1983 zum Kandidaturverzicht

Am 17. September 1983 findet der außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Gelsenkirchen statt, bei dem ein Nachfolger für den Kollegen Karlheinz Schwark gewählt wird, der bisher als stellvertretender Vorsitzender für die HA III (Tarifpolitik) verantwortlich war. Eine Rei-

he von Delegierten und Betriebsräten hat mich aufgefordert, als Nachfolger des Kollegen Karlheinz Schwark zu kandidieren. Diese Vertrauensbeweise verstehe ich als Anerkennung — für die ich mich herzlich bedanke — und Verpflichtung zugleich.

Die Situation in den Betrieben ist in den letzten Jahren schwieriger geworden und wird sich voraussichtlich in absehbarer Zeit weiter zuspitzen: Auf dem Hintergrund der ansteigenden Arbeitslosigkeit und des Konjunkturrückgangs wälzen sehr viele Unternehmen die verschärften Wettbewerbsbedingungen auf die Belegschaften und Betriebsräte ab. Die Formen des Sozialabbaus reichen vom gesteigerten Leistungsdruck über Lohn- und Gehaltsabbau, Kürzung der Vorgabezeiten, Streichung von betrieblichen Sozialleistungen bis zur Ablehnung von Mitbestimmungsrechten. Der Personalbestand ist wegen der vielen Entlassungen und des Nichtersetzens ausscheidender Kolleginnen und Kollegen in vielen Betrieben zur Zeit unerträglich knapp und führt zu einer unzumutbaren Leistungsverdichtung.

Diese schwieriger gewordenen betrieblichen Auseinandersetzungen zur Erhaltung des sozialen Besitzstandes werden begleitet von einer deutlich verhärteten Haltung der Arbeitgeberverbände bei den Tarifverhandlungen. Die bereits lieferbaren neuen technischen Einrichtungen für die Fertigung und die Büros — z. B. der Einsatz der Mikroelektronik — werden auch in unserem Organisationsbereich weitere Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten und das Millionenheer der Arbeitslosen auffüllen, wenn es uns nicht gelingt, die 35-Stunden-Woche als wirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat den „geschlossenen Widerstand“ aller Arbeitgeberverbände gegen jede Form der Arbeitszeitverkürzung angekündigt. Wir stehen vor härtesten Tarifaufeinandersetzungen und vor äußerst schwierigen Abwehrkämpfen in den Betrieben zur Verteidigung des Besitzstandes. In dieser Situation ist es nach meiner Auffassung dringend geboten, sich auf die Wurzeln der gewerkschaftlichen Kraft und der Erfolge der Vergangenheit zu besinnen: die gemeinsame Vertretung der Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen, das einheitliche gewerkschaftliche Handeln.

In der augenblicklichen Situation ist es nach meiner Überzeugung notwendig, im Interesse der erforderlichen gemeinsamen Anstrengungen alle vermeidbaren internen Auseinandersetzungen zurückzustellen. Die Parteizugehörigkeit dürfte in unserer Einheitsgewerkschaft keine Rolle spielen, wenn es darum geht, geschlossen die Interessen unserer Mitglieder in den Betrieben zu vertreten. Die Diskussion, ob ein Vorstandsmitglied der GHK z. B. Mitglied der CDU, CSU, SPD, DKP, der Grünen oder parteilos sein darf, lenkt von der entscheidenden Frage ab, ob der Kandidat geeignet oder gewillt ist, die Ziele und Beschlüsse unserer GHK möglichst wirksam umzusetzen. Jede Beschäftigung der Organisation mit sich selbst bindet Kräfte, die dringend für die Verteidigung und Verbesserung des Besitzstandes der Kolleginnen und Kollegen vor allem für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche benötigt werden.

Nach gründlicher Abwägung der bisherigen Auseinandersetzungen in der GHK über meine Person und meinem Selbstverständnis, möglichst wirksam für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu arbeiten, habe ich mich entschlossen, auf diesem außerordentlichen Gewerkschaftstag nicht zu kandidieren. Bitte versteht meine Entscheidung, in der gegenwärtigen Situation nicht zu kandidieren, als meinen Beitrag für die Stärkung unserer Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Es gilt, den Besitzstand der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zu verteidigen, sehr harte Tarifaufeinandersetzungen erfolgreich zu bestehen und die 35-Stunden-Woche durchzusetzen.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Mit kollegialen Grüßen

Peeter Raane

So entstand das Buch über Willi Bleicher

Interview mit Klaus Pickshaus

Anfang Oktober ist das Buch „Willi Bleicher – Ein Leben für die Gewerkschaften“ in unserem Verlag erschienen, das gemeinsam von Georg Benz, Kurt Georgi, Leonhard Mahlein und Willy Schmidt herausgegeben wird. Bernhard Keßeler, der diesen Band für den Verlag lektorierte, sprach mit Klaus Pickshaus – wissenschaftlicher Mitarbeiter des IMSF –, der die redaktionelle Arbeit verantwortete, über Konzept und Autoren der Bleicher-Biographie.



NACHRICHTEN: Was war der Anlaß für diese Publikation? Woher kam der Anstoß?

Klaus Pickshaus: Es sind seit dem Tode Willi Bleichers mehr als zwei Jahre verstrichen. Für viele ist er ein Symbol für Glaubwürdigkeit und kämpferische Konsequenz in der Gewerkschaftsbewegung. Sein Erbe und die Tradition marxistischer Gewerkschafter, die er mit repräsentierte, sollten für die immer wieder notwendige Diskussion über das Selbstverständnis gewerkschaftlicher Politik wachgehalten werden. Zu Willi Bleichers Lebzeiten sind in diesem Sinne schon ausgezeichnete Beiträge entstanden.

NACHRICHTEN: Damit meinst Du sicherlich den Film „Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“?

Klaus Pickshaus: Ja, in erster Linie kann dieser bekannte Film von Hannes Karnick und Wolfgang Richter genannt werden, die im übrigen auch zu dem jetzt vorliegenden Buch sehr viel Material und Hilfe gegeben haben. Dann muß noch die Publikation von Detlef Prinz und Manfred Rexin „Beispiele für aufrechten Gang“ (1979) erwähnt werden, die anlässlich der Verleihung der Ossietzky-Medaille entstanden war. Am 13. Juli 1982 ließ Eugen Loderer auf Anfrage in einem Brief an das IMSF mitteilen, daß es die Absicht in der IG Metall gebe, die Reden und Schriften ihres ehemaligen Bezirksleiters zu veröffentlichen. Eine solche Veröffentlichung wäre sicherlich außerordentlich wertvoll.

NACHRICHTEN: Gab es seitdem für ein solches Buch der IG Metall eine weitere konkrete Ankündigung?

Klaus Pickshaus: Bisher leider noch nicht. Das IMSF ergriß dann die Initiative zu der vorliegenden Publikation, da Willi Bleicher seit 1976 zusammen mit Wolfgang Abendroth, Frank Deppe und anderen Mitglied des Redaktionsbeirates der Schriftenreihe „Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF“ gewesen war. Gemeinsam mit Willy Schmidt, der Willi Bleicher sowohl aus der Lagerzeit in Buchenwald als auch aus seiner langjährigen Tätigkeit beim Vorstand der IG Metall kannte, haben wir dann diskutiert, daß das geplante Buch den Charakter einer Biographie erhalten solle. Die beste Hilfe konnten dabei die Kollegen geben, die mit Willi Bleicher selbst in der einen oder anderen Phase seines Lebens zusammengewirkt hatten.

NACHRICHTEN: Willy Schmidt ist ja einer der Herausgeber und Autoren. Wie ist das bei den anderen Mitwirkenden: Kennen sie alle Willi Bleicher persönlich, und was sind ihre Beweggründe für die Mitarbeit?

Klaus Pickshaus: Autoren und Herausgeber kommen aus den unterschiedlichsten Wirkungsbereichen – mehrere aus dem Bezirk Stuttgart wie Helmut Buck, Walter Riestler u. a. Sie alle haben Willi Bleicher gekannt und fühlten sich ihm verbunden. Herausgeber des Buches wie Leonhard Mahlein (IG Druck und Papier), Georg Benz (IG Metall) und Kurt Georgi (Gewerk-

schaft Holz und Kunststoff), aber auch Autoren wie der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Leder, Adolf Mirkes, um nur einige Beispiele zu nennen, stehen alle für die Kontinuität der kämpferischen Tradition der Gewerkschaften. Dies schließt unterschiedliche politische Positionen nicht aus, schließlich sind unter den Mitwirkenden Sozialdemokraten, Parteilose wie Kommunisten. Die Herausgeber unterstreichen deshalb in ihrem Vorwort: „Die bewußte Kontinuität des Antifaschismus und der kämpferischen Gewerkschaftspolitik ist das verbindende Band aller Mitwirkenden an diesem Buch, das über alle möglichen Meinungsverschiedenheiten, die einzelne auch mit Willi Bleicher gehabt haben mögen, steht.“

NACHRICHTEN: Welches sind die inhaltlichen Schwerpunkte des Buches?

Klaus Pickshaus: Die Schwerpunkte werden durch die drei Hauptbeiträge abgesteckt. Leonhard Mahlein zeichnet anhand zahlreicher, zum Teil bisher wenig bekannter Aussagen und Reden Bleichers sein gewerkschaftliches Profil und fragt nach den Lehren für heute. Wolfgang Abendroths Beitrag schildert nicht nur biographische Stationen, sondern zugleich ein Stück der Geschichte des kämpferischen baden-württembergischen Bezirks der IG Metall. Walter Bartel berichtet in eindrucksvoller Weise von den Lebensbedingungen und dem Kampf im Konzentrationslager Buchenwald. Diese Schwerpunkte werden durch zwölf Kurzbeiträge oder Interviews weiterer Kolleginnen und Kollegen und zahlreiche Dokumente ergänzt.

NACHRICHTEN: Gibt es denn durch die Berichte und Dokumente neue Gesichtspunkte zur Biographie Willi Bleichers?

Klaus Pickshaus: Vielleicht ist manches nicht völlig neu, da verstreut schon einiges in Interviews und Artikeln publiziert wurde. Dennoch, würde ich sagen, wird in der Präsentation in neuer umfassender Weise z. B. die Geschichte der Rettung des kleinen jüdischen Kindes Juschu in Buchenwald durch Willi Bleicher, die durch das Buch und den Film „Nackt unter Wölfen“ bekannt wurde, dokumentiert: im Bericht von Walter Bartel, mit eigenen Schilderungen Willi Bleichers, mit Bildern auch aus Buchenwald und durch einen Beitrag von Juschu Zweig selbst, der heute in Wien lebt.

Bisher unbekannt war ein Brief von Willi Bleicher aus dem Jahre 1975 an einen sozialdemokratischen Mithäftling, in dem seine Wertschätzung der kommunistischen Widerstandskämpfer deutlich wird. Durch das Zusammenbringen mehrerer Interviews und die Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Leonhard Mahlein und Willi Bleicher werden heute besonders interessierende Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes in der Krise diskutiert.

Schließlich kann auf eine chronologische Darstellung des Lebens und Wirkens Bleichers hingewiesen werden, die von seiner Frau Anneliese Bleicher durchgesehen und ergänzt wurde und deshalb sicherlich die bisher vollständigste Zusammenstellung bietet.

Appell betrieblicher Friedensinitiativen

Am 11. September fand in Dortmund das erste bundesweite Treffen betrieblicher Friedensinitiativen statt. Die Konferenz, die über 1500 Teilnehmer zählte, verabschiedete folgenden Appell mit dem Motto: „Es ist an der Zeit – Wir sagen nein!“

Politiker sagen: Habt Vertrauen zu uns, wir wollen mit den Raketen nur euer Bestes. Wir sagen: Vertraut eurem eigenen Verstand und eurer eigenen Kraft. Leistet Widerstand gegen den Atomtod. Das Beste für die arbeitenden Menschen ist Abrüstung! Unsere tägliche Erfahrung lehrt uns: Vertrauen in die Regierenden ist unangebracht. Sie geben Milliarden für die totale Überwachung der Bürger und wollen den Gewerkschaften ein Lohndiktat aufzwingen. Wir sagen nein!

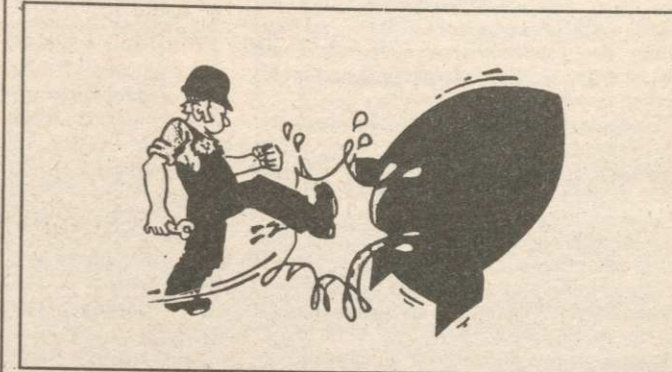
– Nein zu einer Politik, die sich von der Entspannung abwendet und zurückkehrt zum kalten Krieg. Nein zu einer Politik, die unsere Steuergelder in die Rüstung pulvert, die Arbeitslosigkeit steigert und die sozialen Leistungen senkt. Nein zu Rüstungsexporten in diktatorische Regime wie zum Beispiel Chile, Türkei, Philippinen, Südkorea und Südafrika. Wir sagen nein!

– Nein zu Pershing II und Marschflugkörpern, zu Waffen, die einen atomaren Erstschatz von deutschem Boden möglich machen. Nein zu einer Politik, die Europa zu einem atomaren Schlachtfeld machen soll. Nein zu einer Politik, die mit der Stationierung neuer Atomraketen andere Länder militärisch erpressen will. Einige sagen: Rüstung sichert Arbeitsplätze – Wir sagen: Abrüstung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sichern Arbeitsplätze sowie die Durchsetzung des vom DGB geforderten Beschäftigungsprogramms. Wir sagen: Ja! Zu Produktion und Handel mit nützlichen zivilen Gütern, die für Millionen Menschen Arbeit schaffen und den Reichtum unserer Völker vermehren. Dies hilft, das friedliche Zusammenleben der Völker und Nationen weiterzuentwickeln. Wir wollen Arbeit, soziale Sicherheit und eine friedliche Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen. Stoppt das Wettrüsten! Abrüstung in Ost und West. Europa atomwaffenfrei! Der heutige Weg dahin: Keine Stationierung von Cruise-Missiles und Pershing II in Europa. Viele sagen: Man kann ja doch nichts tun. Die da oben machen, was sie wollen: Wir sagen: Die Friedensbewegung ist schon jetzt eine große Kraft. Sie kann denen da oben in den Arm fallen, wenn sie starke Unterstützung aus den Betrieben und Verwaltungen bekommt. Wenn wir dort, wo wir arbeiten, unsere Kraft erkennen und sie in die Waagschale des Friedens werfen, wenn Friedens- und Arbeiterbewegung noch enger zusammenarbeiten. Die betrieblichen Friedensinitiativen aus der ganzen Bundesrepublik appellieren an alle: Macht mit bei der Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober gegen Raketenrüstung, für Abrüstung in Ost und West. Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Beschlüsse und Aufrufe zu Frieden, Abrüstung und gegen die Raketenstationierung, die Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung enger zusammengebracht haben. Der Aufruf des DGB-Bundesvorstandes, am 5. Oktober 1983 von 11.55 bis 12 Uhr die Arbeit ruhen zu lassen, muß ein eindrucksvolles Bekenntnis der Arbeiterbewegung für Frieden und gegen neue Atomraketen werden.

Machen wir den 5. Oktober, den Tag des DGB-Aufrufs für 5-Minuten-Arbeitsruhe, und den 19. Oktober, den Tag der Betriebe in der Aktionswoche der Friedensbewegung, zu Aktionstagen, die uns zum Ziel der Stationierungsverhinderung näher bringen. Sorgen wir dafür, daß viele unserer Kolleginnen und Kollegen an den großen Volksversammlungen am 22. Oktober teilnehmen. Vordringliche Aufgabe ist jetzt, daß in den Betrieben eine breite Informations- und Aufklärungskampagne über die Stationierung der Mittelstreckenraketen beginnt, und daß eine Diskussion darüber läuft, wie auch mit gewerkschaftlichen Mitteln die Stationierung verhindert werden kann.

Mögliche Aktions- und Widerstandsformen in den Betrieben können sein:

- Das Tragen von Aufklebern und Anstecknadeln an Helm und Arbeitsanzug!
- Das Diskutieren mit Kolleginnen und Kollegen!
- Das Verlängern der Arbeitspausen!
- Die Durchführung von Warnstreiks gegen die Raketenstationierung!



- Die Erklärung von Betrieben und Verwaltungen zu atomwaffenfreien Zonen!
- Beteiligung mit Entschließungen, Sammlungen für den Krefelder Appell und Aktionen an der großen Volksbefragung gegen die Raketenstationierung!
- Die Bildung neuer betrieblicher Friedensinitiativen!
- Die Mobilisierung für die Durchführung von Betriebsversammlungen!
- Unterstützung der Betriebe durch örtliche Friedensinitiativen.
- Nehmt den Frieden in die eigenen Hände! Da ist er sicher!

Wenn es uns gelingt, alles Trennende zurückzustellen, wenn wir nicht fragen, ob jemand Anhänger dieser oder jener Partei ist, Christ oder Kommunist, Sozialdemokrat, Grüner oder Liberaler, dann haben wir die Chance, die Stationierung neuer Atomraketen zu verhindern. Dann wird es uns gelingen, den ersten Schritt zur Verwirklichung der Forderungen der Friedensbewegung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu tun, den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Atomraketen durchzusetzen, hin zu einer Welt, die frei ist von allen Massenvernichtungswaffen.

nachrichten-reihe 20:

Abendroth/Guha/Brosius u. a.

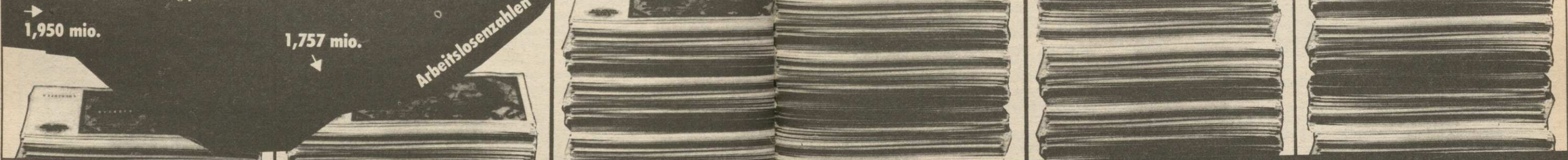
Gewerkschaften und Frieden

Zum Thema Gewerkschaften und Frieden enthält diese Ausgabe der nachrichten-reihe eine ausführliche Dokumentation, in die auch Beschlüsse des DGB aus den 50er und 60er Jahren und Stellungnahmen führender Gewerkschafter Eingang gefunden haben. Dem sind fünf analytische Beiträge vorangestellt zu den Problemkreisen: Historische Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung, Entspannungspolitik oder „Gleichgewicht des Schreckens“, Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung, die aktuelle gewerkschaftliche Friedensdiskussion und die internationalen Kontakte der Gewerkschaften.

2. Auflage, 108 Seiten, 5,- DM, ISBN 3-88367-038-3, Bestell-Nr. 038

Mit sozialdemontage in massenarbeitslosigkeit

Arbeitslosenversicherung	Rentenversicherung	Krankenversicherung	Sozialhilfe und wohngeld	Öffentlicher dienst	Familie
<p>Kürzung von arbeitslosengeld (Alg) und -hilfe (Alhi) unter anderem durch verlängerung der vorversicherungszeit von 6 auf 12 monate, nichtberücksichtigung von mehrarbeitszuschlägen bei Alg/Alhi. Einschränkung der beruflichen bildung unter anderem durch: kürzung des (großen) unterhaltsgeldes (Uhg) von 80 auf 75/68 prozent des letzten nettoentgelts, umstellung des (kleinen) Uhg (58 prozent) auf darlehen. Einschränkung der beruflichen rehabilitation behinderter. Kürzung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch begrenzung auf personen, die Alg/Alhi beziehen. Erschwerung des bezugs von kurzarbeitergeld. Erhöhung des beitragsatzes zur arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 prozent.</p>	<p>Verlängerung des wiederbewilligungszeitraums für kuren auf 3 jahre und einschränkung von kuren für ältere versicherte. Selbstbeteiligung der rentner an ihrer krankenversicherung ab 1. 1. 1985 in höhe von 1 prozent (durch „gemeinschaftsinitiative“ vom februar 1982 auf den 1. 1. 1984 vorgezogen). Kürzung der rentenversicherungsbeiträge für wehr- und zivildienstleistende um 25 prozent. Senkung der beiträge zur rentenversicherung von 18,5 auf 18 prozent (bei gleichzeitiger erhöhung in der arbeitslosenversicherung). Streichung von bundesgeldern für das altersruhegeld von schwerbehinderten sowie für die beitragszahlung bei mutterschaft.</p>	<p>Erhöhung der rezeptgebühr von 1 DM auf 1,50 DM je arzneimittel. Kostenerstattung bei brillen nur noch jahre. Selbstbeteiligung bei fahrten (zum beifahrer) von 5 DM. Begrenzung des krankenhausaufenthaltsentbindung auf 6 tage. Reduzierung der kostenerstattung bei technischen leistungen. Einschränkung von kuren „auf das notwendige maß“. Leistungsausgrenzung von sogenannten gatellarzneimitteln.</p>	<p>Die regelsätze der sozialhilfe werden 1982 und 1983 um lediglich 3 prozent angehoben. Mehrbedarfszuschläge (für ältere, behinderte etc.) werden um 10 prozentpunkte gekürzt. Einkommensfreibeträge beim wohngeld entfallen.</p>	<p>Kürzung der bezüge für die ab 1. 1. 1982 eintretenden beamtenanwärter zwischen 5,8 und 15,3 prozent. Verschiebung der besoldungsanpassung gegenüber dem tarifbereich um 3 monate. Einschränkung im beihilferecht des bundes.</p>	<p>Verschärfung der anspruchsvoraussetzungen beim mutterschaftsurlaub und mutterschaftsgeld. Absenkung des kindergeldes für das 2. und 3. kind um jeweils 20 DM. Einschränkung der sparförderung.</p>
<p>Kürzung der Leistungsdauer beim Alg von 26 auf 17 wochen bei einjähriger und von 52 auf 35 wochen bei zweijähriger beitragszeit. Einschränkung der beruflichen rehabilitation behinderter. Senkung von Alg, Alhi und Uhg durch neu festsetzung der tabellenwerte für diese lohnersatzleistung. Senkung der bemessungsgrundlage der rentenversicherungsbeiträge für arbeitslose auf die höhe der lohnersatzleistung. Erhöhung des beitragsatzes zur arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,6 prozent.</p>	<p>Verschiebung der rentenanpassung um ein halbes jahr auf den 1. 7. eines jeden jahres. Vorzeitige einföhrung des krankensicherungsbeitrags der rentner zum 1. 7. 1983 und stufenweise anhebung auf 3 prozent in 1984 und 5 prozent in 1985. Senkung der beiträge für wehr- und zivildienstleistende um 5 prozentpunkte. Selbstbeteiligung der versicherten in höhe von 10 DM pro tag bei medizinischer rehabilitation. Senkung der rentenversicherungsbeiträge, die die arbeitslosenversicherung für ihre geldleistungsempfänger zu zahlen hat, vom bisherigen bruttoeinkommen auf die höhe der unterstützungsleistungen.</p>	<p>Erhöhung der rezeptgebühr von 1,50 DM auf 2 DM pro arzneimittel. Selbstbeteiligung der versicherten bei krankenhausaufenthalt von 5 DM pro tag. Nochmalige leistungsausgrenzung von gatell-arzneimitteln. Rentenversicherung kürzt einmalig ihre beitragszahlung an die krankenversicherung für ihre rentner.</p>	<p>Verschiebung der regelsatzanpassung bei der sozialhilfe vom 1. 1. auf den 1. 7. eines jeden jahres. Erhöhung der regelsätze in 1983 nur um 2 statt um 3 prozent. Freibeträge bei der einkommensermittlung des wohngeldes werden nochmals für die hälfte der wohngeldempfänger gekürzt.</p>	<p>Senkung der anpassung von dienst- und versorgungsbezügen auf 2 prozent und verschiebung der anpassung auf den 1. 7. 1983. Kappung der vorsorgepauschale für beamte.</p>	<p>Einkommensabhängige kürzung des kindergeldes. Einschränkung beim schüler-Bafög und umstellung der studentenförderung auf darlehen.</p>
<p>Kürzung von Alg, kurzarbeitergeld und schlechtwettergeld bei kinderlosen von 68 auf 63 prozent des letzten nettoentgelts. Kürzung der Alhi bei kinderlosen von 58 auf 56 prozent des letzten nettoentgelts. Senkung des Alg für jugendliche, die nach ihrer ausbildung arbeitslos werden. Einschränkung der beruflichen bildung: durch kürzung des (großen) Uhg von 75/68 auf 70/63 prozent des letzten nettoentgelts, umstellung des (kleinen) Uhg auf eine reine „kann“-leistung. Einschränkung der beruflichen rehabilitation behinderter. Beschränkung beim einarbeitungszuschuß und der förderung der arbeitsaufnahme. Erhöhung des beitrags zur arbeitslosenversicherung durch: stärkere einbeziehung von einmahlzahlungen in die beitragspflicht.</p>	<p>Renten kürzung durch aktuellere anpassung der renten an die lohnentwicklung. Verschärfung beim bezug von berufs- und erwerbsunfähigkeitsrenten. Kürzung der rentenversicherungsbeiträge für behinderte in werkstätten. Kürzung des kinderschusses für rentenempfänger mit versorgungspflichtigen kindern. Erhöhung des beitrags zur rentenversicherung durch stärkere einbeziehung von einmahlzahlungen (zum beispiel weihnachtsgeld) in die beitragspflicht.</p>	<p>Vom Krankengeld werden beiträge zur ten- und arbeitslosenversicherung abgezogen. Die kosten für Tbc-maßnahmen werden der renten- auf die krankenversicherung lagert. Die krankenversicherungsbeiträge knappschaftlichen rentenversicherung den zu lasten der gesetzlichen krankenversicherung gekürzt. Erhöhung des beitrags zur krankenversicherung durch stärkere einbeziehung von einmahlzahlungen in die beitragspflicht.</p>	<p>Die kosten der wohnung werden von der sozialhilfe nur noch bis zur mietobergrenze nach dem wohngeldgesetz getragen. Großeltern und enkel werden unterhaltspflichtig für verarmte familienangehörige.</p>	<p>Kürzung der eingangsbesoldung für berufsanfänger während der probezeit und 2 jahre danach. Kürzung der beamtenanwärterbezüge ab 1. 1. 1984. Entsprechende regelungen sollen in den tarifverhandlungen auch für arbeiter und angestellte durchgesetzt werden.</p>	<p>Kürzung des bezahlten mutterschaftsurlaubs von 4 auf 3 monate und des tagessatzes von 25 auf 20 DM.</p>



1982
Sozialabbau 14,6 milliarden DM

1983
Sozialabbau 41,7 milliarden DM
16,6 milliarden DM bereits 1982 beschlossen,
25,1 milliarden DM 1983 beschlossen.

1984
Sozialabbau 62,6 milliarden DM
davon 21,6 milliarden DM 1982,
25,3 milliarden DM 1983 beschlossen,
15,7 milliarden DM 1983 für das kommende jahr beschlossen.

Mit freundlicher Genehmigung der Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, „Der Gewerkschafter“, Nr. 9/83, entnommen.

DGB-Argumente für die Arbeitszeitverkürzung

Auf einer Pressekonferenz Ende August hat der DGB-Bundesvorstand eine Broschüre der Öffentlichkeit vorgestellt, in der in drei Komplexen Argumente für die Arbeitszeitverkürzung zusammenggetragen sind (siehe auch NACHRICHTEN 9/83). Aus Platzgründen müssen wir uns auf Auszüge beschränken, wobei Auslassungen mit drei Punkten gekennzeichnet sind.

1. Arbeitszeitverkürzung – wichtiges Instrument der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

... Wenn seit dem Beginn der 60er Jahre durchschnittlich eine größere Arbeitsproduktivität besteht, so müßte man annehmen, daß bereits seit Beginn der 60er Jahre Arbeitslosigkeit entstehen müßte. Dies wäre in der Tat der Fall gewesen, wenn nicht die in dieser Zeit stattgefundenen Arbeitszeitverkürzungen einen entsprechenden Ausgleich geschaffen hätte. Von 1961 bis 1981 ist z. B. die tarifliche Wochenarbeitszeit im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 44,6 Stunden auf 40 Stunden verkürzt worden, der Jahresurlaub wurde von durchschnittlich 16 Arbeitstagen auf 28 Arbeitstage erhöht, das Rentenalter wurde für die Männer von 65 Jahre auf wahlweise 63 Jahre herabgesetzt, zusätzliche Freischichten wurden eingeführt und anderes. Ohne Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit wäre daher in der Tat schon eher Arbeitslosigkeit entstanden, und die Höhe der Arbeitslosigkeit wäre noch bedeutend höher, als sie bisher schon ist. Interessant ist dabei eine Feststellung: In den letzten Jahren ist das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung geringer geworden, und zugleich sind die Wachstumsraten der Produktivität erheblich höher geblieben als die Wachstumsraten der Produktion. Daher konnte die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr in dem Ausmaß kompensierend wirken wie noch in den Jahren zuvor...

Es bleibt daher dabei: Bei der Verwirklichung des Vollbeschäftigungszieles können sich die Gewerkschaften nicht an den Empfehlungen konservativer wirtschaftswissenschaftlicher Lehrmeinungen orientieren. Ein Lohnverzicht zur Investitionsförderung schafft keine Arbeitsplätze – im Gegenteil: Wenn die Kaufkraft der Arbeitnehmer noch weiter absinkt, können noch weniger Produkte abgesetzt werden mit der Folge, daß weitere Arbeitsplätze gefährdet werden. Dementsprechend garantieren auch Gewinnsteigerungen keine Erweiterungsinvestitionen. Doch selbst wenn Erweiterungsinvestitionen mit neuen Arbeitsplätzen getätigt würden, reicht dies keinesfalls zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung aus.

Die Arbeitszeitverkürzung kann in dieser Situation zu einer gleichmäßigeren Verteilung der noch vorhandenen Arbeitsplätze auf alle Arbeitnehmer führen. Sie durchbricht damit eine gefährliche Entwicklung: Während die Arbeitsbelastung der noch Beschäftigten ständig zunimmt, werden gleichzeitig immer mehr Arbeitnehmer arbeitslos. Daher ist es nicht nur notwendig, sondern auch vernünftig, die noch vorhandenen Arbeitsplätze und die damit verbundenen Arbeitsbelastungen gleichmäßiger zu verteilen. Auf diesem Weg kann folgendes erreicht werden.

● Die 35-Stunden-Woche ermöglicht es, daß mindestens 1,2 bis 1,3 Mill. Arbeitslose einen Arbeitsplatz finden.

● Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit für alle Männer und Frauen auf 58 Jahre ermöglicht es, daß mindestens 500 000 Arbeitslose einen Arbeitsplatz finden.

Obwohl diese Zahlen bereits vorsichtig geschätzt sind, wird deutlich, daß durch die Arbeitszeitverkürzung ein enormer Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet werden kann. Entsprechendes gilt auch für andere Formen der Arbeitszeit-

verkürzung, die allerdings gegenwärtig nicht so stark im Zentrum der arbeitsmarkt- und zeitpolitischen Auseinandersetzungen stehen.

Geht man jedoch auf der anderen Seite von der Prognose aus, daß im Jahre 1990 4 Mill. Arbeitslose und zuzüglich die „stille Reserve“ und Kurzarbeiter zu erwarten sind, so bedeutet dies, daß – abgesehen von der Notwendigkeit der Beschleunigung des qualitativen Wachstums und der sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung – die 35-Stunden-Woche und die Lebensarbeitszeitverkürzung nicht als gegenseitig ausschließende Ansatzpunkte zu betrachten sind, sondern als sich ergänzende. Sowohl die Verkürzung der Wochenarbeitszeit als auch die der Lebensarbeitszeit ist arbeitsmarktpolitisch notwendig. Man kann sogar einen Schritt weiter gehen: Wenn es richtig ist, daß die Arbeitslosigkeit ohne Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 4 Millionen ansteigt – und der DGB hält dies für eine sehr wahrscheinliche Entwicklung –, sind noch weitere Arbeitszeitverkürzungen notwendig. Zumindest aber gilt in mittelfristiger Sicht, daß die 35-Stunden-Woche und die anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung nur Zwischenschritte zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen sind. Technischer Wandel und steigender Lebensstandard werden mittel- bis langfristig bewirken, daß wir alle eines Tages nur noch 20 oder noch weniger Stunden pro Woche arbeiten werden und zugleich einen längeren Urlaub, einen Bildungsurlaub oder weitere Verkürzungen der Lebensarbeitszeit genießen werden.

2. Arbeitszeitverkürzung: Beitrag zur Humanisierung der Arbeit

Angesichts dieser weitreichenden Veränderungen der Arbeitsbedingungen, die für viele Arbeitnehmer zu verstärkten psychischen und physischen Belastungen, vielfach auch zu Einkommensminderungen infolge von Abgruppierungen in niedrigere Lohngruppen führten, haben die Gewerkschaften die Forderung nach einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitsplätze erhoben und die Humanisierung der Arbeit verstärkt zum Inhalt ihrer allgemeinen Bemühungen und ihrer Politik gemacht. Dabei zielen diese Forderungen darauf ab, die Belastungen zu vermindern und in ihrer zeitlichen Dauer zu reduzieren sowie die Arbeitnehmer vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen.

Die Berechtigung dieser Forderungen kann u. a. daran abgelesen werden,

● daß durch den ständig zunehmenden Einsatz computerisierter Informationssysteme häufig eine Intensivierung und Kontrolle der individuellen Arbeitsleistung einhergeht;

● daß die Einführung neuer kapitalintensiver Technologien für eine immer größere Anzahl von Beschäftigten eine Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit bewirkt. Schichtarbeit hat von 2,6 Mio. (1959) auf knapp 3,7 Mio. Arbeitnehmer (1975) zugenommen. Nachtarbeit ist von 2,4 Mio. (1965) auf 3,0 Mio. Arbeitnehmer (1972) angestiegen, bis 1975 jedoch wieder auf 2,5 Mio. zurückgegangen. Die regelmäßige Sonn- und Feiertagsarbeit weitete sich von 2,1 Mio. (1965) auf 3,2 Mio. Arbeitnehmer (1975) aus. Neben den allgemeinen Arbeitsanforderungen sind Nacht- und Schichtarbeiter zusätzlichen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt, insbesondere durch einen weniger erholsamen Tagesschlaf sowie durch einschneidende soziale Beeinträchtigungen im Bereich von Familie und Freizeit;

● daß die Zahl der chronischen Erkrankungen zunimmt, wobei sich die Betroffenheit in zahlreichen Krankheitsgruppen zugleich in jüngere Altersklassen verschiebt;

● daß der Anteil vorzeitiger Verrentungen infolge von Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit an der Gesamtzahl der Rentenneuzugänge enorm gestiegen ist: bei Männern in der Arbeiterrentenversicherung von 35,8 im Jahre 1973 auf 56,7 im Jahre 1979, bei Frauen in der Arbeiterrentenversicherung von 47,9 im Jahre 1973 auf 54,4 im Jahre 1979. Dies bedeutet eine zunehmende

de und insgesamt erschreckend große Zahl von Fällen frühzeitigen Gesundheitsverschleißes infolge Arbeitsbelastungen.

● Sozialmedizinische und industriesoziologische Untersuchungen belegen darüber hinaus, daß von arbeitsbedingten Erkrankungen die Angehörigen einzelner Berufsgruppen und Schichten höchst ungleich betroffen sind: Angehörige unterer Einkommensgruppen weisen – was eng mit den beruflichen Bedingungen ihrer Berufstätigkeit und ihres Arbeitslebens zusammenhängt – überproportional häufig Merkmale arbeitsbedingter Gesundheitsbeeinträchtigungen auf.

Vor diesem Hintergrund wird die gewerkschaftliche Forderung nach einer nachhaltigen Arbeitszeitverkürzung nicht allein unter beschäftigungspolitischen Aspekten begründet, sondern ihr gleichzeitiger Beitrag zur Humanisierung der Arbeit herausgestellt...

3. Arbeitszeitverkürzung: Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität

Wenn die Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit in so hohem Ausmaß reduziert und zugleich Beiträge zur Humanisierung der Arbeit leistet, kann man dies bereits als eine Verbesserung der Lebensqualität der Arbeitnehmer insgesamt auffassen. Die Arbeitszeitverkürzung leistet aber noch mehr. Die Arbeitszeit bestimmt durch ihre Dauer und Lage und durch die während der Arbeitszeit auftretenden Arbeitsbelastungen wesentlich über Umfang und Qualität der Freizeit der Arbeitenden. Wenn man von 10 Stunden als grobem Durchschnittswert für die arbeitsbedingte tägliche Abwesenheit der Arbeitnehmer von zu Hause ausgeht (8 Stunden Arbeit, 1 Stunde Pause, 1 Stunde Wegezeit), so verbleiben ihnen an den Werktagen noch 14 Stunden. Davon geht die Zeit für Schlafen (im Durchschnitt ca. acht Stunden täglich) ab. Die verbleibende Zeit von sechs Stunden täglich ist nicht beliebig verwendbar und daher nicht als eigentlich freie Zeit für den einzelnen anzusehen. Neben notwendigen Zeiten zur Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Haushaltsführung und Hausarbeiten sowie Vorbereiten und Einnehmen von Mahlzeiten, Körperpflege, Pflege und Betreuung von vorhandenen Kindern und eventuell anderen Angehörigen, Einkäufen und Behördengängen usw. verbleibt kaum Zeit zur notwendigen Regeneration der Arbeitskraft, zur Erholung und Entspannung von den während der Arbeit auftretenden körperlichen und nervlichen Belastungen und Leistungsanforderungen.

Dies bedeutet, daß die verbleibende Zeit vor allem bei den besonders stark belasteten Arbeitnehmergruppen kaum zur Wiederherstellung der Kräfte ausreichen dürfte. Tatsächlich erklärten 1972/73 immerhin 51 Prozent der un- und angelernten Arbeiter und 46 Prozent der Facharbeiter, daß sie in den letzten Jahren nicht ausreichend Zeit gehabt hätten, um sich zu erholen. Die Belastungen durch die Arbeitssituation, die Arbeitszeit und die verbleibende zu geringe „freie“ Zeit schlagen sich selbstverständlich in den zwischenmenschlichen Beziehungen nieder. Insbesondere von der Erwerbsarbeit erschöpfte Mütter, aber auch Väter, haben durch die Belastung aus Familien- und Haushaltsaufgaben keine oder kaum Zeit für sich selber. Auch Verwandtschafts- oder Freundschaftsbeziehungen können von ihnen während der Phase der aktiven Elternschaft kaum gepflegt werden. Eine Verringerung der Arbeitszeit würde besonders ihnen Erleichterungen bringen. Dies gilt zur heutigen Zeit in einem besonders großen Maße für die erwerbstätigen Mütter, denen weitgehend allein die sogenannte Doppelbelastung, die Ausübung von Erwerbstätigkeit und Familien-/Haushaltstätigkeit zugemutet und übertragen wird.

Weiterhin ist es nur bei einem ausreichenden Freizeitbudget denkbar, die Benachteiligung der Arbeitnehmer im öffentlichen, politischen und kulturellen Leben abzubauen. Die Mitarbeit in Parteien, Vereinen oder auch in Parlamenten, der Besuch von Sportstätten, Bildungsveranstaltungen, Theatern usw. setzt – neben Motivation und Einkommen – auch voraus, für solche Aktivitäten über freie Zeit zu verfügen.

Aktionsziel der IGM: 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich

Hans Janßen, das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall, hielt auf der Arbeitstagung seiner Gewerkschaft am 24. August in Sprockhövel zu den „Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung“ ein bemerkenswertes Referat (siehe auch NACHRICHTEN 9/83). Ausgehend von der Beschluslage seiner Gewerkschaft und des DGB, konzentrierte sich Janßen, wie auch die Mehrzahl der eingeladenen Sozialwissenschaftler, auf das konkrete Aktionsziel: 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Unsere Dokumentation beschränkt sich auf Auszüge der Rede von Hans Janßen.

... Die gegenwärtige Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung, um 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, erfolgt auf dem Hintergrund einer unzweideutigen historischen Tatsache: Die Verkürzung der täglichen, wöchentlichen und schließlich auch jährlichen Arbeitszeit der Arbeitnehmer ist so alt wie die industrielle Entwicklung selbst, so alt wie die Industriegesellschaft. Kürzere Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers ist eine normal zu nennende Begleit- und Folgeerscheinung organisierter Industriearbeit. Jede Phase, in der neue Technik und Arbeitsorganisation in der Wirtschaft, in den Betrieben eingesetzt wurde, hat zur Arbeitszeitverkürzung geführt und auch führen müssen. Und in zwei historisch bedeutsamen Situationen – nämlich zur Mitte des vorigen Jahrhunderts sowie nach der Revolution 1918 – sind Arbeitszeitverkürzungen ausdrücklich mit dem Ziel gefordert und durchgesetzt worden, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Ohne ständige Verkürzung der Arbeitszeit, und das heißt, ohne Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf mehr Arbeitnehmer, ohne gesundheitliche Entlastung des einzelnen durch kürzere Arbeitszeit und ohne Ausweitung der Freizeit-, Kultur- und Konsummöglichkeiten mit allen ihren positiven ökonomischen Wirkungen wäre die Entfaltung und Entwicklung der industriellen Gesellschaft mit ihrem Wohlfahrts- und Wohlstandsniveau überhaupt nicht möglich gewesen. Im Grundsatz gilt diese Erkenntnis und Erfahrung aus der Geschichte auch für heute und für die Zukunft.

Nur in zwei historischen Situationen ist die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit entgegen dem erreichten Stand des 10- bzw. 8-Stunden-Tags wieder bewußt verlängert worden; jeweils unter den Bedingungen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft im Vorfeld und im Verlauf des ersten und zweiten Weltkrieges. An dem Erbe aus der Vorbereitungsphase des zweiten Weltkrieges, nämlich an der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938, haben wir noch heute zu tragen...

Wie keine andere Forderung ist die nach kürzerer Arbeitszeit, sind die Forderungen nach dem 10-Stunden-Tag und dem 8-Stunden-Tag mit Streiks verbunden gewesen. Und wesentlich öfter als zum Beispiel bei Lohn- und Gehaltsforderungen haben die Arbeitgeber hier von allen ihren Machtmitteln, einschließlich der Aussperrung, Gebrauch gemacht, um Forderungen der Arbeitnehmer abzuwehren. Aus der Geschichte und aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung wird deutlich, welch zentralen gewerkschafts-, gesellschafts- und tarifpolitischen Stellenwert die Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung hat. Dies wird auch bei der bevorstehenden Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche so sein.

Soziale und gesellschaftliche Vernunft auf der einen Seite und ökonomisches und politisches Herrschaftsinteresse der Unternehmer auf der anderen Seite zeigen sich bei dem Thema Arbeitszeitverkürzung besonders klar in ihrem grundlegenden Widerspruch. Gerade deshalb ist aber die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche kein isoliertes tarifpolitisches Thema. Sie

ist ein Brennpunkt der sozialen und politischen Auseinandersetzungen, mit denen wir es heute und in naher Zukunft zu tun haben...

Der Sachverhalt, daß wir bis Ende dieses Jahrzehnts auf jeden Fall mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, wenn der gegenwärtige Zustand fortgeschrieben wird, ist unumstößlich. Ob wir es letztendlich mit vier bis fünf oder sechs bis sieben Millionen Arbeitsuchenden zu tun haben werden, ist der gleiche Skandal und unerträgliche Zustand für unsere Gesellschaft. Offenkundig befinden wir uns schon mitten in einem Prozeß gesellschaftlicher Gewöhnung an steigende Massenarbeitslosigkeit, als daß — wenn überhaupt — noch größere und höhere Zahlen prognostizierter Arbeitsloser aufzurütteln vermögen...

Das sozial- und wirtschaftspolitische Konzept der Konservativen heißt: Senkung der Arbeitslosen, Senkung der Löhne und Gehälter und der sogenannten Lohnnebenkosten und Abbau des Systems der sozialen Sicherung. Arbeit soll wieder billiger werden, weil es an Arbeit in unserer Gesellschaft nicht mangelte, sie werde lediglich zu hoch bezahlt. Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit, die Angst des einzelnen und immer größer werdender Teile der Arbeitnehmerschaft insgesamt um die materielle und soziale Existenz ist für die konservativen politischen Kräfte eine wesentliche Voraussetzung, diese politische Entwicklung vorantreiben zu können.

In solch ein gesellschaftspolitisches Bild paßt es, wenn neben den Forderungen nach Abbau des Sozialstaates und der sozialen Leistungen, nach fortschreitender Senkung der Realeinkommen auch Vorschläge gemacht werden, die grundsätzlich das tarifvertragliche und gewerkschaftliche Schutzsystem auflösen wollen. Dazu gehören die Vorschläge, wie sie von Heimo George und Dieter Kirchner gemacht worden sind, daß Tarifverträge nicht mehr Mindestbedingungen regeln. Dazu gehört aber auch die Überlegung des FDP-Politikers Cronenberg, daß letzten Endes die Höhe des gewerkschaftlichen Streikfonds nach oben begrenzt werden soll, um die Gewerkschaften nicht zu „streikfreudig“ werden zu lassen!

Es ist schon grotesk, daß diese konservative Tendenzwende unter anderem zum Motto hat: „Leistung muß sich wieder lohnen.“ In Wirklichkeit ist doch das Ziel und Ergebnis dieser Politik eine Pervertierung jeder sozialen Form von Leistungsgerechtigkeit, eine Rückkehr zur Ellenbogengesellschaft, eine Politik nach dem Motto: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Vorschläge, zum Beispiel jüngeren Arbeitnehmern und Arbeitnehmern in Regionen hoher Arbeitslosigkeit geringere Entgelte zu zahlen, stellen letzten Endes den Anspruch einer Leistungsgesellschaft total auf den Kopf. Wieso leisten diejenigen, die durch Arbeitslosigkeit mehr bedroht sind, eigentlich weniger?

Verkürzung der Arbeitszeit, das heißt kürzerer Anteil an organisierter gesellschaftlicher Arbeit für den einzelnen, wird auch über die 35-Stunden-Woche hinaus gesellschaftspolitisches Thema sein bzw. überhaupt erst werden müssen. Sie muß als Ansatz gesehen und begriffen werden, nicht nur für die Überwindung einer heillosen Spaltung zwischen denen, die noch einen Arbeitsplatz haben, und denen, die schon arbeitslos sind, sondern auch zwischen jenen, die für die industrielle Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung eintreten, und jenen, die meinen, eine solche Gesellschaftsentwicklung in Bausch und Bogen ablehnen zu müssen.

So wie die Forderung nach qualitativem Wachstum, z. B. in den Bereichen Umweltschutz, Energieeinsparung und soziale Dienstleistung, so könnte auch die Forderung nach umfassender und weitreichender Arbeitszeitverkürzung ein Anknüpfungspunkt für den Dialog jener gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte sein, die eine andere, alternative Organisation der Arbeitsgesellschaft mit immer weniger organisierter Erwerbsarbeit wollen. Arbeitszeitverkürzung ist heute in der innen- und sozialpolitischen Diskussion ein hochrangiges Thema. Doch auch das breitere Interesse dafür hat bislang den Widerstand auf Arbeitgeberseite gegen Arbeitszeitverkürzung nicht verringern können. Sie wissen nämlich, daß es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung letzten Endes um eine gesellschaftspolitische Macht- und Ver-

teilungsfrage geht. Der Handlungsbedarf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, einer unsocialen Sparpolitik und einer arbeitnehmerfeindlichen Wirtschaftspolitik hat sich vergrößert.

In dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit sieht die IG Metall grundsätzlich und praktisch die wichtigste innenpolitische Aufgabe in der gegenwärtigen Situation. Das Eintreten für die 35-Stunden-Woche ist der tarifpolitische Ansatz für eine offensive Politik der Krisenbewältigung. Sie ist Zentrum tarifpolitischer Mobilisierung in Ergänzung zur gesellschaftspolitischen Mobilisierung gegen Sozialabbau und Rotstiftpolitik.

Arbeitszeitverkürzung darf dabei nicht isoliert, als lästige „Notstandsmaßnahme“ betrachtet werden, mit der nun einmal die weniger werdende Arbeit anders verteilt werden müsse. Die Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche soll gleichzeitig Ausgangspunkt auch für gewerkschaftliche Diskussionen über die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung angesichts der grundlegenden Veränderungen des gesamten Produktionsprozesses sein...

Für die IG Metall sind aber — wie in der Vergangenheit —, wenn auch sicherlich mit anderer Gewichtung, nach wie vor auch humanisierungs- und sozialpolitische Gründe für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche maßgebend. Über den quantitativen Aspekt hinaus verändert sich die Arbeit in der Produktion und in der Verwaltung unter dem Einfluß neuer Techniken und neuer Formen der Arbeitsorganisation auch qualitativ. Das macht ein Mehr an Freizeit als Ausgleich für die veränderten und gestiegenen Belastungen im Arbeitsleben und durch den Arbeitsprozeß notwendig. Arbeitszeitverkürzung ist aber sicherlich nur eine Seite und ein Teil von Forderungen zur Humanisierung der Arbeit, wie wir sie in den nächsten Jahren auch weiterhin tarifpolitisch angehen müssen.

Die wichtigsten Forderungen auf diesem Gebiet sind

1. die verbesserte Einflußnahme der Arbeitnehmer auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen und

2. ein System der Eingruppierung und Entlohnung, das dem unsinnigen Vorantreiben von Arbeitsteilung, der dauernden Zerlegung der Arbeit und der Entwertung der Qualifikation einen Riegel vorzuschieben versucht.

Die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung selbst wirft die Frage nach den Leistungsbedingungen, nach der Leistungsverdichtung und ihrer Abwehr auf...

Wir sehen in der 35-Stunden-Woche nicht das Allheilmittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Es bleibt bei unseren Forderungen an den Staat nach einem Beschäftigungs- und Investitionsprogramm, nach einer beschäftigungssichernden Wirtschaftspolitik. Und wir erneuern unsere Forderung an den Gesetzgeber nach Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit und nach Änderung der Arbeitszeitordnung zur Einschränkung der Mehrarbeit. Nimmt man die enorme finanzielle Belastung durch die Arbeitslosigkeit selbst, nämlich ca. 55 bis 60 Milliarden im Jahr schon heute, so läßt sich nicht nur die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche, sondern auch eine weitere Senkung der flexiblen Altersgrenze durchaus „rechnen“ und damit auch politisch verwirklichen.

Von Gesetzgebungsplänen, die die Frage der Lebensarbeitszeit in irgendwelchen Modellen wieder den Tarifvertragsparteien zuspielen, aber den Eindruck erwecken, der Gesetzgeber habe etwas getan, halten wir nichts. Diese Überlegungen sind — und man muß hier nur auf die offiziellen Äußerungen des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Arbeit, Voigt, achten — sozial höchst problematisch, weil sie einen sehr niedrigen Rentenanspruch zur Folge haben werden. Sie sind beschäftigungspolitisch weitgehend wirkungslos, weil eine Wiederbesetzungsgarantie von dieser Bundesregierung sicherlich weder gewollt noch durchgesetzt werden wird. Und sie sind auch ausdrücklich darauf gerichtet, die IG Metall in ihrem Eintreten für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich als die wirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung zu isolieren...

Aufgaben gewerkschaftlicher Klassenpolitik

Mit diesem Beitrag setzen wir die Artikelserie des IMSF zum Karl-Marx-Jahr fort. Autor dieses Artikels ist der Publizist Klaus Pickshaus.

Sollte jemand geglaubt haben, daß die im DGB herausgebildete gewerkschaftliche Einheit in der Bundesrepublik sich als unerschütterbarer Schutzwall erweisen würde, so vermitteln spätestens seit den letzten Krisenjahren die Ereignisse neue Erfahrungen. Gefährdungen der Einheit zeigen sich auf verschiedenen Ebenen: Belegen nicht die Kämpfe zur Verteidigung der Arbeitsplätze, wie erst im September 1983 auf der Hamburger Werft HDW, wie kompliziert es ist, die politischen und gewerkschaftlichen Differenzen in der Aktion der Betriebsbesetzung zu überwinden und zugleich gegenüber dem mächtigen Druck von Staat und Kapital die Einheit der verschiedenen sozialen Gruppen der Belegschaft, also auch der Angestellten, der Ausländer usw., aufrechtzuerhalten?

Ein weiteres Beispiel: Im Vorfeld der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, die die Mobilisierung der gesamten Gewerkschaftsbewegung erfordern wird, brachen gewerkschaftspolitische Differenzen innerhalb des DGB auf, als einzelne Gewerkschaften wie die IG Chemie aus der gemeinsamen Front ausscherten und Sonderregelungen nur für kleine Gruppen der Beschäftigten abschlossen.

Die immer wieder geschürten Kampagnen einer „kommunistischen Unterwanderung“, die Forderungen der CDU-Kräfte nach Proporzanteilen in den gewerkschaftlichen Führungsgremien und in den Betriebsräten zeigen eine weitere Dimension der Bedrohung der Gewerkschaftseinheit, die immer dann, wenn klassenorientierte Tendenzen stärker werden, erneut angefacht werden.

Die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Einzel- und Gruppeninteressen innerhalb der Arbeiterklasse, die Einigung auf ein gemeinsames gewerkschaftspolitisches Kampfprogramm und auch die Herstellung der Einheit aller politischen Strömungen in den Gewerkschaften ist schwieriger geworden, weil in der Krise die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen, und damit auch die Grundlage für bewußt geschürte Spaltungsversuche, stärker geworden ist.

Karl Marx machte darauf aufmerksam, daß dieses Wirken der Konkurrenz ein Grundproblem der Existenzweise der Arbeiterklasse im Kapitalismus darstellt, ein Prozeß, dem nur durch immer festeren Zusammenschluß der Arbeiter entgegengewirkt werden kann. Der industrielle Konzentrationsprozeß hat zu einer räumlichen Zusammenballung der Arbeiter geführt. Jedoch: „Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können.“ (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, in: MEW Bd. 4, S. 180.)

In den Klassenauseinandersetzungen bilden sich immer größere und mächtigere Organisationen heraus; die Ziele der Gewerkschaften erweitern sich. „Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maße, wie die Kapitalisten ihrerseits sich berufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen (Gewerkschaften, d.V.) notwendiger für sie als die des Lohnes.“ (ebenda)

Dieser Prozeß der gewerkschaftlichen Vereinheitlichung umfaßt eine lange historische Periode; er schließt die Entwicklung von Berufs- zu Industriegewerkschaften ebenso ein wie die Überwindung der Richtungsgewerkschaften in einer Einheitsgewerkschaft. Dennoch — dies wurde eingangs gezeigt — garantiert allein die Existenz gewerkschaftlicher Massenorganisationen mit starken zentralisierten Apparaten — so notwendig diese auch sind — noch nicht ein für allemal die „Aufhebung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander“. Die Auswirkungen der Krise, der Druck einer industriellen Reservearmee und verstärkte Angriffe auf gewerkschaftliche Errungenschaften haben zur Zeit neue Anforderungen geschaffen.

Eine Vereinheitlichung der Interessen der verschiedenen Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse, des arbeitslosen wie des (noch) beschäftigten Teils, der unterschiedlichen Branchen usw. gelingt um so eher, je stärker gemeinsame Grundinteressen aller Lohnabhängigen zum Inhalt von gewerkschaftlichen Kampfprogrammen gemacht werden.

In der gegenwärtigen Situation kann die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung eine solche vereinheitlichende Funktion einnehmen, da sie die notwendige Reaktion auf Arbeitsintensivierung, auf Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung wie eine Klammer zusammenfaßt. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche kann ein wichtiges Instrument werden, das eine Dynamik in Richtung auf umfassendere gesellschaftspolitische Forderungen (erweiterte Mitbestimmungs- und Kontrollrechte, alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik) in Gang setzen und halten kann.



Für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik wird es wichtig sein, ob sich die innere Entwicklung in den Einzelgewerkschaften und im gesamten DGB in Richtung auf eine derartige Vereinheitlichung der Interessen auf höherem Niveau bewegt oder ob die Betonung von jeweiligen Sonderinteressen zunehmen und auf deren Basis die Formulierung einer gemeinsamen klassenorientierten Politik nicht möglich sein wird.

Gewerkschaftliche Klassenautonomie — dies kann aus Marx' Argumentation geschlußfolgert werden — entwickelt sich im Prozeß der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Interessen, also in dem Maße, wie „aus den vereinzelt ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor(wächst), d. h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Kraft besitzt“. (Karl Marx an Friedrich Bolte, 23. Nov. 1871, in: MEW Bd. 33, S. 333.) „Im Gegenfall“ — so Marx' eindringlicher Hinweis — „bleibt sie ein Spielball in der Hand“ der herrschenden Klasse. (ebenda)

Leonhard Mahlein Gewerkschaften heute

In unserem Verlag ist jetzt die nachrichten-reihe 27 mit dem Titel „Gewerkschaften heute, Anregungen – Erfahrungen“ erschienen. Autor ist der langjährige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein. Um unseren Lesern einen Eindruck von dieser Schrift zu vermitteln, dokumentieren wir nachfolgend Auszüge aus dem einleitenden Kapitel.

Es liegt heute für jeden Gewerkschafter auf der Hand, daß sich die Gewerkschaftsbewegung in einer neuen Situation befindet. Die Gefahren, die die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten empfindlich bedrohen, werden größer. Die technische Entwicklung ermöglicht den Unternehmern, in den Betrieben scharfe Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Aus dem Netz der sozialen Sicherheit, das in mehr als 30 Jahren geknüpft wurde, werden immer größere Stücke herausgeschnitten. Dafür werden in die Rüstung mehr und mehr Milliarden hineingepumpt, statt sie für die Schaffung von Arbeitsplätzen auszugeben.

Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Und der des Unternehmers ist grenzenlos. Die Unternehmer glauben, und nach den Wahlen vom 6. März 1983 gibt es auch einen gewissen Anschein dafür, daß die Arbeitnehmerschaft gegen grundlegende demokratische Umgestaltungen immunisiert sei. Das Kapital nimmt daher an, daß nunmehr seine Macht uneingeschränkt gesichert sei und daher keinerlei Rücksicht mehr auf Massenstimmungen genommen werden müsse.

Wurde in den 70er Jahren die eine oder andere soziale Leistung verschlechtert, so wird jetzt alles unternommen, um das ganze soziale Sicherungssystem aufzubrechen. Fuhr noch unter der sozialliberalen Koalition der „Mährescher über soziale Leistungen hinweg“, so hat die Rechtskoalition – um beim Bild zu bleiben – die Fahrt des Mähreschers enorm beschleunigt.

Man kann ohne zu übertreiben oder zu dramatisieren feststellen, daß sich die deutschen Gewerkschaften – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf die veränderte Lage noch nicht klar genug eingestellt haben. Sie sind in die Defensive geraten. In weiten Bereichen, auch in vielen Betrieben, breitet sich Furcht aus, Lähmungserscheinungen sind nicht zu übersehen. Es gibt zwar verbale Erklärungen, einige sind sogar radikal, aber Presseerklärungen und auch Beschlüsse, und sind sie noch so gut, ersetzen keine praktische Politik, ersetzen nicht das aktive Handeln. Und letztlich zählt in der sozialen und politischen Auseinandersetzung nur dies und sonst gar nichts.

Die neue Situation wird noch nicht von allen erkannt. Viele Kolleginnen und Kollegen hoffen, daß alles noch einmal so werden könnte wie in den nachträglich vergoldeten 50er und 60er Jahren. Dieser Irrtum kann, wenn er nicht bald korrigiert wird, für die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes gefährliche Folgen haben. Ist es nicht an der Zeit, eine gründliche Analyse der ökonomischen und politischen Situation vorzunehmen, zu hinterfragen, ob denn die Massenarbeitslosigkeit und das Sinken der Realeinkommen nur eine vorübergehende Erscheinung ist, ob der Abbau sozialer Leistungen und demokratischer Rechte nur eine Episode bleibt oder ob die Gewerkschaften sich darauf einrichten müssen, für eine längere Periode mit solchen Erscheinungen zu leben?

Ist es nicht an der Zeit zu fragen, was denn nun die Ursachen dieser Erscheinungen sind? Ist sozialpartnerschaftliches Verhalten, ist gar eine bedenkenlose Hinwendung zu den Unternehmern und zur Rechtskoalition die richtige gewerkschaftliche Antwort, um in naher Zukunft die Abwärtsbewegung im Lebensstandard aufhalten zu können oder gar wiederum, wie in der Vergangenheit, Verbesserungen zu erreichen?

nachrichten-reihe 27, 96 Seiten, Preis 6,- DM

Wer sich über Medienpolitik informieren will ...



An: IG Druck und Papier, HA V, Postfach 12 82, 7000 Stuttgart 1

- Hiermit abonniere ich _____ Exemplar(e) Ihrer Zeitschrift „die feder“ ab _____ zum Bezugspreis von 48,-DM im Jahr einschließlich Versandkosten.
- Zunächst möchte ich Ihre Zeitschrift „die feder“ kennenlernen. Bitte senden Sie mir unverbindlich ein Probeheft.

Name _____

Unterschrift _____

Anschrift _____

... der liest „die feder“ – die Zeitschrift der IG Druck und Papier für Journalisten und Schriftsteller und für alle, die wissen wollen, welche Meinungen und Standpunkte die Gewerkschaften vertreten.

Erziehung zum Frieden muß handlungsorientiert sein

Auch an den Schulen und Hochschulen der Bundesrepublik wird die weltweite UN-Abrüstungswoche vom 15. bis 22. Oktober mit vielfältigen Aktionen begangen. Dies ist das Fazit des 2. bundesweiten Pädagogenfriedenskongresses, veranstaltet von den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und den Initiativen „Lehrer für den Frieden“ sowie „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ am 10. und 11. September in der Kölner Gesamtschule Holweide, auf bereits atomwaffenfreiem Gebiet.

Mehr als 2500 Erzieher aus allen schulischen Bereichen, Elternvertreter und Schüler aus der ganzen Bundesrepublik, doppelt so viele wie beim ersten Kongreß vor einem Jahr, tauschten Erfahrungen über die pädagogische Friedensarbeit aus, sie diskutierten Fragen der aktiven Vorbereitung des Widerstandstags der Schulen und Hochschulen am 20. Oktober und der Mobilisierung zu den Demonstrationen am 22. Oktober.

Unmöglich darzustellen, was in 13 Foren mit etwa 60 Workshops, Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussionen alles an Themen und konkreten Aktionsvorschlägen erarbeitet wurde. Doch waren sich die Teilnehmer am Ende der Konferenz darin einig, den Widerstandstag – wie auch in der Abschlußerklärung formuliert – vor allem mit der Aktion „100 000 Briefe an Helmut Kohl“, kollektiv abgeschickt, der Erklärung der Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu atomwaffenfreien Zonen und aktiven Warnstreiks zu gestalten. Aber auch andere Aktionen sollten nicht ausgeschlossen werden, wie Mahnwachen, Schweigekreise oder die verschiedensten Formen alternativen Unterrichts, gemeinsam vorbereitet von Lehrern und Schülern.

Verständlicherweise nahmen Fragen der Friedenserziehung und der Abwehr von Bestrebungen zur Militarisierung des Bildungswesens einen breiten Raum ein. Dies auch im Hinblick darauf, daß die Friedensarbeit auch nach den Herbstaktionen unter der Losung „Nachverhandeln statt Nachrüsten“ kontinuierlich weitergeführt werden muß. Unterstützung erhielten die Teilnehmer dabei vom Hamburger Schulsekretar Joist Grolle, der in seinem Eröffnungsbeitrag ausführte: „Wer darauf besteht, alternative Wege der Friedenserziehung offen und unzensuriert mit seinen Schülern zu erörtern, hat das Grundgesetz auf seiner Seite.“ Und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau hatte in seinem schriftlichen Grußwort betont: „Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg! Deshalb muß auch die Erziehung zum Frieden handlungsorientiert sein.“

Um so unverständlicher empfanden die Teilnehmer die Haltung des nordrhein-westfälischen Kultusministers Jürgen Girgensohn. Er verteidigte in einer Podiumsdiskussion seinen Brief zu Anfang des Schuljahrs, in dem er eine Unterrichtsbefreiung für Schüler und Lehrer am 22. Oktober abgelehnt hatte. Die Schüler und ihre Vertretungen, nicht nur in diesem Bundesland, reagierten darauf mit der Losung: „Schulfrei oder wir schwänzen“.

Im Abschlußplenum betonten Vertreter beider Friedensinitiativen und der GEW den großen ermutigenden Effekt, den dieser Kongreß unter dem Motto „Voneinander lernen – Miteinander kämpfen“ für alle Teilnehmer gehabt habe. Jetzt aber beginne erst die Hauptarbeit, die Umsetzung des Gelernten. Ein erster Schritt dazu war eine sich direkt anschließende Aktion der Kongreßteilnehmer auf dem Domplatz in Köln, die der Öffentlichkeit signalisieren sollte: Pädagogen machen Ernst. Sie lassen sich nicht als Handlanger einer Rüstungspolitik mißbrauchen, die unser aller Zukunft bedroht. B. K.

Grundgesetz erfüllen!

Zwei Anliegen führten die Delegierten der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) zum 1. außerordentlichen Gewerkschaftstag am 17. September 1983 in Gelsenkirchen zusammen. Zum einen ging es um den 90. Gründungstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes (1893 in Kassel) und zum anderen um die Wahl des Nachfolgers für den aus Gesundheitsgründen ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden Karlheinz Schwark. Zugleich verabschiedeten die Delegierten drei Resolutionen zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Aufgaben.

Seinen Festvortrag zum Thema „GHK – 90 Jahre Tradition und Fortschritt“ beschränkte der Vorsitzende Horst Morich nicht nur auf den historischen Rückblick, sondern zog Lehren aus der Geschichte und sprach auch zu aktuell-politischen Problemen. Als eine der Lehren aus der Geschichte nannte er: „Als Gewerkschafter stehen wir in der uns selbst auferlegten Pflicht, unseren Beitrag zu leisten, daß niemals wieder von deutschem Boden aus Haß und Zwietracht unter den Völkern verbreitet werden.“

Diese Aussage konkretisierten die Delegierten in einer einstimmig angenommenen Resolution, die erneut die Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik eindeutig ablehnt. Wörtlich heißt es: „Die neuen, präzise lenkbaren Raketen sind für den Ersteinsatz von Atomwaffen entwickelt und sollen auf Europa begrenzte Atomkriege ermöglichen. Ein solcher ‚begrenzter‘ Atomkrieg aber führt unweigerlich zur völligen Vernichtung Mitteleuropas.“ Darüber hinaus rief der außerordentliche Gewerkschaftstag alle Beschäftigten der Holzwirtschaft auf, sich mit der DGB-Aktion am 5. Oktober 1983 „Es ist fünf Minuten vor zwölf“ solidarisch zu zeigen und sich an den Kundgebungen und Demonstrationen des 22. Oktober gegen die Stationierung neuer Atomraketen zu beteiligen.

Ausführlich nahm Morich zum tarif- und gesellschaftspolitischen Schwerpunkt der nächsten Zeit Stellung, zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Aufgabe habe auch eine große gesellschaftliche Bedeutung: Mit der „35-Stunden-Woche kämpfen wir auch um den Erhalt dieser Bundesrepublik; um die Erfüllung des Anspruchs unseres Grundgesetzes: den sozialen Rechtsstaat und die demokratische Gestaltung dieser Gesellschaft weiter auszubauen“ (der Wortlaut der zu diesem Thema angenommenen Resolution und eine Protesterklärung gegen den Sozialabbau sind im Einhefter dieser Ausgabe dokumentiert).

Zum Nachfolger für Karlheinz Schwark wählten die Delegierten den bisherigen Geschäftsführer von Minden in Westfalen, Willi Schulze. Der 52jährige gelernte Tischler erhielt 125 von 153 abgegebenen Stimmen. Bevor der neue stellvertretende Vorsitzende 1968 in der GHK eine hauptamtliche Tätigkeit aufnahm, war er sieben Jahre lang Betriebsratsvorsitzender in einer Möbelfabrik mit 350 Beschäftigten. Der ebenfalls vorgeschlagene Peeter Raane, Tarifsekretär im Hauptvorstand der GHK, hat im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaft auf eine Kandidatur verzichtet. Näheres verdeutlichen ein Brief von Peeter Raane an die Delegierten und weitere Dokumente, die ebenfalls im Einhefter wiedergegeben sind.

Werner Petschick

Dickes Lob vom Bundeskanzler für die IG Bergbau und Energie

Vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf lobte Bundeskanzler Kohl am 13. September die IG Bergbau und Energie (IGBE) „für ihre verständnisvolle Haltung bei der Behebung der Probleme im Steinkohlenbergbau“. Er hob hervor, daß es seitens der Gewerkschaft keine Besitzstandsforderungen gebe. Kohl hatte dabei den Verlauf und die Ergebnisse des 15. Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie im Auge, der am 9. September in der Oberhausener „Luise-Albertz-Halle“ stattfand. Dort hatte der 1. Vorsitzende der IGBE, Adolf Schmidt, über „die Lage im Steinkohlenbergbau“ gesprochen. Die Grundgedanken seines Referats wurden dann von den 300 Delegierten in der „Entschließung zur Kohlepolitik“ bestätigt.

Das Referat Schmidts teilte sich in die Problemkreise Analyse, Grundsätze und Vorschläge. In seinem analytischen Teil ging Schmidt auf die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht ein, er unterließ auch jede Kritik an der Politik der jetzigen Bundesregierung und meinte: „Mit den Problemen aus der allgemeinen Weltwirtschaftskrise und dem geringer gewordenen Energieverbrauchszuwachs wäre unser Steinkohlenbergbau fertig geworden.“ Schuld an den riesigen Kohlenhalden seien die Krise in der Stahlindustrie und die Importkohle. Was denn aber nun die Ursache der Stahlkrise ist, darüber verlor Schmidt kein Wort.

Klagen, anklagen oder wehklagen seien kein Weg. Die IGBE mache Politik. „Wir modellieren“, sagte Schmidt. Gesucht werde das Modell, das am Ende des 20. Jahrhunderts anwendbar sei, „das Problemlösungen – auch Anpassungen –“ ermögliche, wobei der Gewerkschaftsvorstand kein geschlossenes ganzes Modell vorlege. Dies sei „nicht seines Amtes“.

Dieses Teilmodell könne nur zustande gebracht werden „in einer großen Gemeinschaftsanstrengung aller: der Regierung und Parlamente in Bund und Ländern, der Bergbauunternehmen in allen Regionen, der Bergbaubesitzer und natürlich auch der IG Bergbau und Energie“. Das Wort konzertierte Aktion vermied Schmidt. Er entwickelte dann vier Grundsätze.

● Es gibt keine totale Stilllegung eines Bergwerks.

● Die in der jetzigen Situation unumgänglichen Teilmaßnahmen sind mit dem vorhandenen sozialen Instrumentarium nicht beherrschbar, darum muß es ergänzt werden.

● Alle wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten zur Verbesserung des Absatzes müssen voll und schnell eingesetzt werden.

● Trotz der jetzt notwendigen Anpassung müssen zeitgleich Maßnahmen auch investiver Art ergriffen werden, durch welche die Voraussetzungen für die Erhöhung des Fördervermögens in der Zukunft verbessert werden (Kohle-Entwicklungsplan).

Schmidt fuhr dann fort: „Und weil wir eine anständige Gewerkschaft sind, die mit anständigen Mitteln für anständige Menschen anständige Politik macht, dürfen wir die Einsichten in unvermeidbare und unausweichbare Zwänge besonders dann weder verbergen noch verhehlen, wenn sie eine Last sind.“

Aus diesen Grundsätzen ergibt sich, daß der Hauptvorstand „unvermeidbare und unausweichbare Zwänge“ sieht und daher sogar Teilstilllegungen von Bergwerken zustimmt. Aus Schmidts Ausführungen ist auch zu entnehmen, daß er davon ausgeht, daß der anständigen Gewerkschaft ebenso anständige Unternehmer und eine ebenso anständige Bundesregierung gegenüberstehen werden.

Die Gewerkschaft bietet von sich aus sogenannte „Anpassungsschichten“ an. „Danach“, so Schmidt, „soll in den kommenden Jahren der notwendige Ausgleich zwischen Förderung und Absatz, wenn überhaupt nicht anders möglich, durch Kurzarbeit herbeigeführt werden“. Darüber hinaus solle nach dieser Idee in allen Bergwerken an weiteren 20 Tagen in jedem der nächsten fünf Jahre, also an insgesamt 100 Tagen, die Förderung ruhen. Die IG Bergbau und Energie erwartet hierbei finanzielle Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit. Sie besitze aber keine „Garantiekarte für den Erfolg“, und keiner wisse, „was wir am Ende mit nach Hause bringen“.

Es gebe eine große Anzahl von wichtigen Persönlichkeiten „in unserem Lande“, die die Überlegungen des Hauptvorstandes der IGBE grundsätzlich und prinzipiell als einen Schritt in die rich-

tige Richtung ansehen. Bundeskanzler Kohl, siehe oben, gehört offensichtlich dazu. Die Redlichkeit gebiete es zu sagen, erklärte Schmidt, daß auch Vertreter der Anteilseigner des Bergbaues der Gewerkschaft „ihr Verständnis signalisiert haben“. Er sprach von „unserem Steinkohlenbergbau“, von „unseren Verkäufern“ und von der „Risiko-Gemeinschaft ‚Steinkohlenbergbau‘“.

Es ist unschwer zu erkennen, nicht nur am sprachlichen Ausdruck, daß es sich bei der Konzeption des Hauptvorstandes der IGBE um eine sozialpartnerschaftliche handelt. Die Krise soll mit den Unternehmern und mit der Bundesregierung überwunden werden, von eigenen Aktivitäten – analog der der Stahl- und Werftarbeiter – ist keine Rede. Man handelt „anständig“.

Deshalb werden auch weitere Einkommenseinbußen – siehe Kurzarbeit und Anpassungsschichten – sowie ein weiterer Beschäftigungsabbau – siehe die Zustimmung zu Teilstilllegungen – hingenommen.

Schmidt sagte zwar, daß ein Patentrezept, mit dem alles zu aller Zufriedenheit gelöst werden könne, bisher nirgendwo gefunden worden sei. Er verlor aber nicht ein einziges Wort über das Beschäftigungspolitische Programm des DGB, über die Vorstellungen, die im Grundsatzprogramm des DGB enthalten sind oder gar zum Beschluß des DGB zur 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

An demselben Tag, an dem in Bonn die Kohlerunde ursprünglich stattfinden sollte, am 29. September, demonstrierten dort mehr als hunderttausend Stahl- und Werftarbeiter gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

Bergarbeiter sollen nicht dabei sein. Ob diese Demonstration als „anständiges Mittel“ eingeschätzt wird, war aus den Ausführungen nicht zu entnehmen.

Wenngleich die überwiegende Mehrheit der Delegierten die Politik des Hauptvorstandes trägt, so war der Diskussion auf dem 15. Gewerkschaftstag zu entnehmen, daß an der gewerkschaftlichen Basis die Unzufriedenheit wächst. Schon jetzt schmalere Blockurlaub und Kurzarbeit den Geldbeutel, hieß es. Es sei nicht sicher, ob die Basis den Plan der Gewerkschaft ebenso beurteilen werde wie der Gewerkschaftstag. Schon jetzt müßten Ersparnisse angegriffen werden. Es herrsche eine Stimmung, die „mehr als bedrohlich“ sei.

Ob Ganz- oder Teilstilllegung, auf jeden Fall werde dies auf dem Rücken der Belegschaften ausgetragen. Ein widerstandsloses Hinnehmen der Stilllegungen ermuntere nur die andere Seite. Wer kämpfe, könne verlieren, wer aber nicht kämpfe, habe verloren.

Wenn diese Stimmen auch in der Minderheit waren, zu überhören waren sie nicht.

Heinz Schäfer

DAG will „Ordnungsfaktor“ im Kapitalismus sein

Der 13. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) verabschiedete in Hamburg ein „Gesellschaftspolitisches Programm“, mit dem sich diese ständisch orientierte Organisation außerhalb des DGB in die freiwillige Abhängigkeit von Staat, Regierung und Unternehmerschaft begibt. Das jedenfalls ist die Konsequenz eines darin festgeschriebenen Gesellschafts- und Rollenverständnisses der DAG, das den starken CDU-Einfluß in dieser Gewerkschaft spüren läßt. Andererseits aber förderte der Kongreß in den fünf Tagen vom 26. bis 30. September auch Positionen eigenständiger und kämpferischer Politik zutage, wie sie in vielen Bereichen der DAG-Basis offenkundig vertreten werden.

In dem gesellschaftspolitischen Programm, das vom Bundesvorstand neu formuliert wurde und das bisherige abgelöst, bekennt sich die DAG „uneingeschränkt zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat“, den es zu erhalten, auszubauen und gegen seine Feinde zu verteidigen gelte, was ein „wesentlicher gewerkschaftlicher Auftrag“ sei. Sie bejaht das Widerstandsrecht gegen jeden, der es unternehmen sollte, diese Ordnung zu beiseitigen.

Die DAG lehnt (wie ja auch der DGB) „den Streik und den Widerstand gegen rechtsgültige demokratische Entscheidungen der Verfassungsorgane ab“. Sie versteht die Bundesrepublik, wie es im Programm heißt, als eine „pluralistische Gesellschaft, in der Übereinstimmung darüber besteht, daß Interessenkonflikte nach vereinbarten oder verfassungsrechtlich institutionalisierten Regeln mit dem Ziel des Kompromisses ausgetragen werden“. Da Unternehmer und Gewerkschaften den Verfassungsauftrag hätten, autonom die Arbeitsbedingungen zu regeln, „haben die Gewerkschaften auch eine Ordnungsfunktion“. Jedoch: „Sie sind aber zugleich Kampfverbände, denn der Arbeitskampf ist ein vom Grundgesetz geschütztes und somit legitimes Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen.“

In der Wirtschaftsordnung soll es beim Kapitalismus bleiben, denn „Produktivität und das Wachstum unserer Wirtschaft basieren auf der privatwirtschaftlichen Produktionsweise“ und auf Wettbewerb. Gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik wolle nicht zerstören, sondern verändern. Deshalb „muß sie auf dem Bestehenden aufbauen“. So soll „unsere Wirtschaftsordnung zu einem System entwickelt werden, das auf dem privaten und möglichst breitgestreuten Eigentum an Produktionsmitteln beruht“. Folgerichtig beschloß der Kongreß ein „Vermögensbildungskonzept“ für die Tarifpolitik, das auf der Basis des Investivlohngedankens zur

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionskapital und zur Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen führen soll.

Am deutlichsten wurde der Widerspruch der DAG-Politik, die in dem

Wahlergebnisse

	ja	nein	Enth.
Hermann Brandt, 61, SPD, Vorsitzender	177	21	6
Walter Quartier, 55, CDU, stellv. Vors.	144	42	15
Roland Issen, 45, SPD, stellv. Vors. ¹	104	–	5
Ursula Konitzer, 45, SPD	153	34	17
Dr. Herbert Nierhaus, 54, SPD	171	23	9
Rudolf Weingärtner, 59, CDU	154	33	16
Gerhard Halberstadt, 56, SPD ²	137	–	13
Hans-Georg Kuhn, 59, CDU	154	39	8
Karl Kaula, 55, SPD	154	39	8

¹ Der Gegenkandidat Karl Kaula unterlag mit 93 Stimmen.

² Der Gegenkandidat Peter Stumph unterlag mit 52 Stimmen.

Bei der geheimen Wahl wurden jeweils zwischen 202 und 204 Stimmzettel abgegeben.

Wollen der Führung, zur Stabilität des bundesdeutschen Kapitalismus beizutragen und dem Willen der Basis, konkrete Angestellteninteressen gewerkschaftlich zu vertreten, ihren Ursprung hat, in der Abrüstungsfrage. In den Wochen vor dem Kongreß hatte der wiedergewählte Vorsitzende, Hermann Brandt, sich von den fünf Mahnminuten des DGB für den Frieden mit der Be-

merkung abzusetzen versucht, dadurch würde die Grenze zum politischen Streik verwischt. Unter dem Druck der Mitgliedschaft und der vielen DAG-Mitglieder, die auch in örtlichen Friedensinitiativen mitarbeiten, sowie angesichts der Kongreßanträge gegen die Raketenstationierung, sahen sich der Bundesvorstand, der Beirat und der CDU-beeinflußte Gewerkschaftsrat am Tag vor Kongreßbeginn genötigt, zur Beteiligung an den Mahnminuten aufzurufen.

Während jedoch der DGB diese Aktion so versteht, daß Druck ausgeübt werden sollte auf die Verhandlungen in Genf, damit keine neuen Raketen stationiert werden, fügte die DAG einen eigenen Aspekt ihrer Beteiligung hinzu: „Mit diesem Appell wird gleichzeitig die Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages unterstützt.“

Anders als in Fragen der aktuellen und Gesellschaftspolitik, wo bei den meisten Delegierten demokratische Blauäugigkeit und der unerschütterliche Glaube an das Gute in Kohl und Flick überwogen, zeigten sich in solchen Bereichen wie Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht, Betriebsverfassung, Tarif- und Betriebspolitik, Bildung und Satzungs- bzw. Organisationsfragen viel Realismus bis hin zu kämpferischen Positionen, mit denen auch eine DGB-Gewerkschaft bestehen könnte. Neben den 750 Programmanträgen lagen den 205 Delegierten noch 1200 Anträge und Initiativanträge vor. Ohne Ermüdungserscheinungen wurde bis zur letzten Stunde intensiv diskutiert und um Positionen gerungen.

Mehrmals mußte auch der Vorstand Abstimmungsniederlagen hinnehmen. So bei dem Beschluß, ein generelles, nicht nur bedingtes, gesetzliches Aussperrungsverbot zu fordern, daß sich die Vorstandskandidaten mit ihrer gewerkschaftspolitischen Konzeption, nicht bloß mit persönlichen Daten, vorstellen mußten, oder bei der Ablehnung jeder Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung. Bemerkenswert war auch die Aufforderung an alle DAG-Mitglieder im Stahl- und Werftenbereich, sich an der Protestaktion der IG Metall am 29. September in Bonn zu beteiligen.

Die Forderungen nach Priorität für die 35-Stunden-Woche, nach acht Wochen Urlaub, Aufnahme des Rechts auf Arbeit ins Grundgesetz, die Ablehnung der Verschärfung des Demonstrationsrechts oder die Forderungen nach höherer Besteuerung der Großverdiener und der Unkündbarkeit bei längerer Betriebszugehörigkeit sowie viele andere Beschlüsse machten deutlich, daß auch in der DAG gewerkschaftliches Potential steckt, das allerdings noch der stärkeren Entfaltung bedarf. Alles in allem ist die DAG mit ihrem 13. Kongreß jedoch noch ein Stück weiter von gewerkschaftspolitischen Positionen abgerückt, wie sie den Konsens im DGB bilden.

Gerd Siebert

Protest, Reden, Disteln und ein paar Stiefmütterchen

Nach der Bonner Wende sehen sich die berufstätigen Frauen einem verstärkten Angriff auf ihre sozialen Rechte ausgesetzt. Die Rentenreform soll zu ihren Lasten gehen. Kürzungen beim Mutterschaftsurlaubsgeld sind fest eingeplant. Der Frauenarbeitsschutz wird weiter amputiert. Hinzu kommen der Abbau und die Verteuerung von Kindertagesstätten sowie Angriffe beim Paragraphen 218. Diese Streichungspalette führte bereits zu Protesten. Das Faß zum Überlaufen brachte schließlich die vom Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff zur Diskussion gestellte Heraufsetzung des Rentenalters auf 63 Jahre.

Auf Drängen der Gewerkschaftsfrauen rief der DGB-Bundesvorstand zu einer Demonstration und Kundgebung am 18. September in Bonn auf. Statt der erwarteten 20 000 kamen an diesem Sonntag 30 000, darunter auch Kollegen, um gegen die soziale Kahlschlagpolitik der Kohl/Genscher-Regierung zu protestieren. In zwei kilometerlangen Demonstrationen zogen es zum Münsterplatz. Auf zahlreichen Transparenten wurden Arbeitsplätze, Kindergärten und Wohnungen statt Raketen verlangt. Buh-Rufe ertönten, als Irmgard Blättel, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Frauenarbeit verantwortlich, auch eine Vertreterin der CDU begrüßte.

In ihrer Rede bezeichnete Irmgard Blättel die Massenarbeitslosigkeit als die „Hauptursache der finanziellen Schwierigkeiten“ und die anstehende Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes um 40 Prozent als „frauen- und familienfeindliche Maßnahme“. Es läge auch kein Trost in dem Versprechen der Bundesregierung, ab 1987 allen Müttern ein Erziehungsgeld zu gewähren.

Mehr oder weniger beließ es die DGB-Spitzenfunktionärin jedoch bei einer Situationsschilderung. Und ob das Körbchen Stiefmütterchen mit der einen Distel und den Redetexten der Kundgebung, von Irmgard Blättel ins Bundeskanzleramt „als Tischdekoration für die nächste Kabinettsitzung“ gebracht, Kohl und seine Mannen beeindruckt hat, bleibt fraglich.

Zu den 30 000 sprach auch DGB-Vorsitzender Ernst Breit. Der von der Bundesregierung versprochene und mit Steuergeldern in Millionenhöhe vorfinanzierte wirtschaftliche Aufschwung sei nicht in Sicht. „Was in Sicht ist, ist der Abschwung des Sozialstaates“, und die vielzitierte Wende, „die Wende nach rückwärts“. Die Demonstration und Kundgebung zeige, „die Arbeitnehmer haben erkannt, daß es einen Widerspruch gibt zwischen den Worten und den Taten der Bundesregierung“.

Ernst Breit ging auch auf den weiteren Sozialabbau ein, der bereits vorbereitet

werde. Denkanstöße und Thesen in diese Richtung gebe es genug. Wörtlich sagte er: „Wir müssen sehr ernst nehmen, was die CDU-Herren Heimo George und Ernst Albrecht vorschlagen. Zu oft haben wir erleben müssen, daß heute bereits bittere Realität ist, was gestern noch als Denkanstöße und Thesen bezeichnet wurde.“

Der DGB-Vorsitzende erneuerte die gewerkschaftlichen Forderungen nach „Beschleunigung des qualitativen Wachstums“, nach „Arbeitszeitverkürzung“ und „Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft“. An die 30 000 appellierte er, sich nicht spalten zu lassen und sich auch nicht zu ducken. Keiner dürfe sich in der falschen Hoffnung wiegen, „es würde schon alles an ihm vorübergehen“. „Von alleine wird der Druck in den Betrieben nicht nachlassen. Wenn wir uns nicht wehren, ermuntert dies unseren Gegner nur.“

So richtig die Aussagen von Irmgard Blättel und Ernst Breit auch waren, so fehlte doch ein wichtiger Aspekt, der von beiden mit keinem Wort erwähnt

wurde. Das holte eine der betroffenen Kolleginnen – insgesamt sprachen vier – nach, Jutta Wysk, die bald ein Kind erwartet. An die Adresse von Bundeskanzler Kohl gewandt, erklärte sie unter lautem Beifall: „Wenn Sie schon sparen müssen, Herr Bundeskanzler, dann bitte an der richtigen Stelle. Kürzen Sie den Rüstungsetat an Stelle des Sozialtats. Wenn sie Geld benötigen, holen sie es bei denen, die genug davon haben: von Reichen und Unternehmern.“

Die Gelder für den Rüstungsetat und die Steuergeschenke an Unternehmer, so Kollegin Wysk weiter, fehlten beim Bau von Schulen und Kindergärten, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. „Und sie fehlen auch zur Finanzierung eines Elternurlaubs.“ Sie rief die Teilnehmer auf, dafür zu kämpfen, daß ihr bald zur Welt kommendes Kind und alle Kinder in Frieden und sozialer Sicherheit leben können. Gerade jetzt sei es notwendig, überall für den Frieden zu kämpfen.

Elisabeth Schnittge, die kurz vor dem Rentenalter steht und nach einem Arbeitsleben eine Rente von 900 DM zu erwarten hat, stellte, ebenfalls an Helmut Kohl gerichtet, die Frage, ob er auch mit 900 Mark Pension zufrieden sein würde. Die Frauenpolitik der Bundesregierung sei kein Schritt ins Jahr 2000. „Wir gehen zurück in die Unterdrückung.“

Demonstration und Kundgebung am 18. September in Bonn haben gezeigt, daß die Gewerkschafterinnen gegen Sozialdemontage und Hochrüstung vorgehen wollen. Diesen Willen haben sie gemeinsam mit den Beschäftigten vieler Bereiche, z. B. der Stahl- und Werftarbeiter, die elf Tage später ebenfalls in Bonn demonstrierten. Die DGB-Spitze ist nun gefordert, diesen Protest in eine gemeinsame Bahn zu lenken, damit er die beabsichtigte Wirkung zu erzielen vermag. Gisela Mayer

GdED sieht „Negativpunkte“

Im Vorfeld des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) im Mai kommenden Jahres fand am 28. und 29. September in Duisburg eine Bundesarbeiterkonferenz statt. 174 Delegierte vertraten die rund 40 000 Arbeiter des Verkehrs-, Betriebs- und Verwaltungsdienstes der Bahn. In erster Linie ging es den Delegierten darum, ihre Vorstellungen und Forderungen für das neue tarifpolitische Programm zu formulieren, das der Gewerkschaftstag verabschieden wird.

Der Konferenz lagen insgesamt 115 Anträge vor, die überwiegend tarifpolitische Fragen zum Inhalt hatten. Gefordert werden Arbeitszeitverkürzungen

bei vollem Lohnausgleich in all ihren Formen: von der 35-Stunden-Woche, über die Herabsetzung des Rentenalters bis zur Verlängerung des Jahresurlaubs. Weiterhin wird der Hauptvorstand aufgefordert, „sich mit allem Nachdruck für die Sicherung der Arbeitsplätze und des Einkommens“ einzusetzen. Widerstand wird von der Gewerkschaft aber verlangt gegen alle „Versuche, die Tarifpolitik unter die Gesamtstrategie des Staates zu stellen bzw. die Tarifvertragsfreiheit durch einseitige tarifwidrige oder außertarifliche Maßnahmen auszuhehlen“. Attackiert wird in einem weiteren Beschluß die Aussperrung. Sie sei ein Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften und „deshalb von allen Gewerkschaften durch

Gericht entschied: BSE-Wahlen unwirksam

Am 16. September hat die 2. Zivilkammer des Frankfurter Landgerichts entschieden, daß die Wahlen zum Bundesvorstand der IG Bau – Steine – Erden (IGBE) auf ihrem Gewerkschaftstag vom 19. Oktober 1982 unwirksam sind. Damit wurde der Klage des IGBE-Mitglieds Werner Röhm stattgegeben. Nach Meinung des Gerichts war den Delegierten nicht ordnungsgemäß angekündigt worden, daß der Gewerkschaftsvorstand einen Initiativantrag vorlegen werde, wonach Satzungsänderungen mit einfacher Stimmenmehrheit durchgesetzt werden können. Durch die dann auf diese Weise erfolgte Satzungsänderung wurde das Spitzengremium von neun auf sieben Mitglieder verkleinert. Wie NACHRICHTEN damals berichteten, bewirkte diese Satzungsänderung, daß der damalige Stuttgarter Bezirksleiter Schramm nicht gewählt wurde. Er ist mittlerweile unter fragwürdigen Begründungen entlassen worden.

Strangulation von Verfassungsrechten

„Als Mißbrauch des staatlichen Unternehmens und Abwürgen verfassungsmäßig garantierter Freiheitsrechte“ hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, Mitte September Pressionsversuche des Bundesinnenministeriums angeprangert. Zimmermann und Spranger hatten versucht, Druck auf die Bundesbahn mit dem Ziel auszuüben, Teilnehmer an Friedensdemonstrationen

gemeinsame Aktionen solidarisch zu bekämpfen.“

Daß die Eisenbahner allen Anlaß haben, sorgenvoll in die Zukunft zu schauen, wurde an den Aussagen des Bundesbahnvorstandsvertreters Wiedemann sichtbar. Tenor war der weitere Personalabbau und der Rückzug der Bahn aus der Strecke. So ist vorgesehen, bis 1990 rund 7000 Kilometer im Personen- und 5600 Kilometer im Güterverkehr stillzustehen, verbunden mit Entlassungen, denn bei den 100 000 seit 1974 verlorengegangenen Arbeitsplätzen wird es nicht bleiben.

Die Ausführungen des Bundesbahnvertreters wurden von Hubert Vomberg, stellvertretender Vorsitzender der GdED, attackiert. Durch Steckenstilllegungen und Personalreduzierungen werde die Talfahrt der Bahn nicht gestoppt, sondern wesentlich beschleunigt. Und statt eines Konzeptes zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sehe seine Gewerkschaft „nur Negativpunkte und geplante Einschnitte beim Personal“.

Fahrpreismäßigungen zu verweigern. Nach Auffassung Haars kommt das einer Strangulation von Rechten jener Bürger gleich, die ihrer Sorge um die Erhaltung des bedrohten Friedens besonderen Nachdruck verleihen wollten.

IGM: Gutes Ergebnis bei Aufsichtsratswahl

Bei den 1982/83 stattgefundenen Aufsichtsratswahlen in 144 Unternehmen mit rund 1,7 Millionen Beschäftigten hat die IG Metall, wie ihr geschäftsführendes Vorstandsmitglied Georg Benz am 21. September erklärte, „einen hervorragenden Erfolg“ erzielt. Die Gewerkschaft errang fast 93 Prozent aller Mandate und stellt nun 748 von 845 Aufsichtsräten.

IG Metall und DPG für 35-Stunden-Woche

Die IG Metall und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) haben Anfang September die Unternehmer aufgefordert, ihre Blockadepolitik gegen die 35-Stunden-Woche aufzugeben. Sie sei zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zur Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen notwendig, erklärten die Vorsitzenden beider Gewerkschaften, Loderer und Volkmar, nach einem Gespräch. Wie weiter angekündigt wurde, wollen IGM und HBV die angekündigte solidarische Tarifpolitik im nächsten Jahr in die Praxis umsetzen und gemeinsam für die 35-Stunden-Woche kämpfen.

Vomberg setzte sich auch mit der „Geheimwaffe zur Sanierung der Finanzen der Bahn“, der betriebswirtschaftlichen Meßlatte, auseinander. Diese würde zur Keule für die Beschäftigten. Das Einkommen der Arbeiter bei der Bahn gehe stark zurück, und immer mehr Arbeitsplätze würden vernichtet. Gerade im Bereich des Stückgutverkehrs bestünde die Absicht, wesentliche Teile der Bahn zu privatisieren. Es liefen bereits jetzt Versuche unter dem Modewort „Pilotprojekt“, um die wahren Absichten zu tarnen.

Ausführlich beschäftigte sich der stellvertretende GdED-Vorsitzende auch mit Lohnfragen und forderte in diesem Zusammenhang, daß keine weitere Verminderung der Kaufkraft eintreten dürfe. Wer bei jeder Gelegenheit auf die Grenzen der Belastbarkeit der Arbeitnehmer hinweise, so erklärte er an die Adresse von Wirtschaftsminister Lambsdorff gerichtet, müsse endlich zur Kenntnis nehmen, daß die „Grenzen der materiellen Belastbarkeit bei den Arbeitnehmern längst überschritten“ seien. G. M.

PERSONALIEN

Dieter Brumm, 54, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier und Vorsitzender der DJU im Landesbezirk Nordmark, übernahm am 1. Oktober die Funktion des Medienreferenten beim Hauptvorstand der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU). Er tritt damit die Nachfolge des verstorbenen Klaus Winckler an. Eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der DJU wird voraussichtlich Ende März einen neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählen.

Ernst Eisenmann, 55, erster Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart, soll Nachfolger des Bezirksvorsitzenden **Franz Steinkühler**, 46, werden, der auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für den 2. Vorsitz kandidiert.

Friedel Hahn, 47, Leiter des Berufsbildungswerks des DGB, starb Ende September nach schwerer Krankheit. Der gelernte Former besuchte im Anschluß an seine langjährige Tätigkeit als Vertrauensmann und Mitglied des Betriebsrats den 37. Lehrgang der Akademie der Arbeit in Frankfurt. In diesem DGB-Kreis arbeitete er mehrere Jahre als Sekretär, bevor er die Leitung des Berufsbildungswerks übernahm. Friedel Hahn war für sein gewerkschaftliches Engagement weit über die Grenzen Frankfurts hinaus bekannt.

Rudolf Heiligen, 47, Mitglied im Bezirksvorstand Saar der IG Bergbau und Energie und im Hauptangestelltenausschuß, wurde auf dem 15. Gewerkschaftstag neu in den Hauptvorstand gewählt. Er ist Mitglied der CDU. Ebenfalls neu im Hauptvorstand ist **Gregor Passmann**, 50, Mitglied des Bezirksvorstands Ruhr-Mitte. Er ist Mitglied der SPD. Die Wahl wurde notwendig, da die bisherigen Hauptvorstandsmitglieder **Albert Schmitt** und **Kurt Karnitzki** ausschieden.

Werner Köhler, 39, Redakteur und stellvertretender Pressesprecher der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, wird ab 1. Dezember als Leiter der Pressestelle beim Bundesvorstand der IG Bau – Steine – Erden arbeiten.

Günter Schröder, 46, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wurde auf dem Kongreß der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP) in Stockholm zum Präsidenten gewählt. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende **Manfred Bienert**, 43, übernahm die Funktion des Generalsekretärs dieser Organisation.

HBV: In Sachen Frieden viele Möglichkeiten

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat in einem längeren Rundschreiben „Rechtshinweise zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktionen für Frieden und Abrüstung“ gegeben. Anlaß dazu waren zahlreiche Anfragen von HBV-Orts- und -Bezirksverwaltungen über die Rechtslage bei Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Betriebe. Da die in dem Material aufgezeigte Problematik für alle Bereiche Bedeutung hat, veröffentlichen wir nachfolgend Auszüge.

Diskussionen über und Aktionen für Frieden und Abrüstung finden auch und gerade in den Betrieben statt. Gewerkschaftliche Informationen und Aktionen gegen Aufrüstung wie Flugblätter und Plakate, Unterschriftensammlungen und Resolutionen haben Tradition. Ist diese Tradition rechtswidrig, verstößt Friedenspolitik gar gegen den Betriebsfrieden?

Von Arbeitgebern wird in der Tat behauptet, das Thema habe im Betrieb nichts zu suchen, gehöre auch nicht zu den Dingen, mit denen Gewerkschafter sich im Betrieb befassen dürfen (so z. B. die BDA während der DGB-Aktion „Frieden durch Abrüstung“ 1981). Gewerkschaftliche Betätigung soll sich nach dieser Auffassung auf bloße tariflich regelbare Ziele reduzieren, während alles andere als „Parteilpolitik“ und „Störung des Betriebsfriedens“ difamiert wird.

Diese unsinnige Trennung ist von den Gewerkschaften nie akzeptiert worden. Gewerkschaftliche Information und Betätigung sind die konkrete Umsetzung der im Grundgesetz garantierten Meinungsfreiheit (Artikel 5 GG) und der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG). Das Grundgesetz vollzieht die Einschränkung auf Tarifverträge gerade nicht, sondern spricht allgemein von „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“. Fragen des Arbeitslebens sind nicht völlig zu trennen von allgemeinerpolitischen Fragen. Die Erhaltung des Friedens ist die notwendige Voraussetzung für die vom Grundgesetz gewollte aktive soziale Gestaltung des Arbeits- und Wirtschaftslebens. Zudem besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen (Ab-)Rüstung einerseits, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik andererseits. Jede Mark für Rüstung fehlt für die DGB-Beschäftigungsinitiative! ...

Plakate am Schwarzen Brett oder an besonderen Stellen gehören zu dem traditionellen Recht auf Information und Betätigung, das die Rechtsprechung jedenfalls noch bis zur Entscheidung des BAG vom 14.2. 1978 (AP Nr. 26 zu Artikel 9 GG) anerkannt hatte. Zur rechtlichen Absicherung sollten je-

weils Schwarze Bretter verwandt werden, an denen die Organisation Eigentum oder zumindest Besitz hat („Hier spricht die Gewerkschaft HBV“). Reißen Arbeitgeber gewerkschaftliche Flugblätter, Anschläge und Plakate von diesen Brettern ab, begehen sie eine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verbotene Eigenmacht (§ 858 BGB), so daß die Gewerkschaft die Beseitigung der Besitzstörung und Wiedereinräumung des Besitzes, zu deutsch die Wiederanheftung des abgerissenen Plakates am Schwarzen Brett gemäß §§ 861, 862 BGB verlangen kann (LAG

HBV im DGB

Frankfurt vom 16.1. 1973 – 5 Sa 611/72). Existiert kein eigenes Schwarzes Brett, ist Flexibilität angebracht. Werden Informationen abgerissen, ist es sinnvoller, sie wieder – möglichst fest – aufzuhängen und den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ politisch zu diskutieren, als Grundsatzprozesse anhängig zu machen.

Nicht nur die Organisation, sondern auch der einzelne organisierte Arbeitnehmer nimmt das Recht auf Koalitionsfreiheit in Anspruch, um sich gewerkschaftlich im Betrieb zu betätigen (BAG vom 23.2. 1979, AP Nr. 29 zu Artikel 9 GG). Dazu gehören Informationen, Flugblattverteilung und Plaketten (LAG Hamburg vom 26.4. 1978 – 5 Sa 127/77 – ASP Nr. 33). Das LAG stützt die Plakettenentscheidung auf „Koalitionsfreiheit“ und „Meinungsfreiheit“. Gleiches gilt für Unterschriftensammlungen. Nach Auffassung dieses Ge-

richts überschreitet eine Arbeitnehmerin durch das Anheften einer gewerkschaftlichen Meinungsplakette weder ihre Rechte als Mitglied des Betriebsrates, noch ergibt sich hieraus eine konkrete Gefährdung des Betriebsfriedens. Die Plakette kann deshalb auch im Verkaufsraum eines Einzelhandelsbetriebes getragen werden. Ein entsprechendes Verbot des Arbeitgebers ist unwirksam.

Deswegen sind Arbeitnehmer auch berechtigt, im Betrieb oder in der Öffentlichkeit Aufrufe durch ihre persönliche Unterschrift unter informatorischer Nennung ihrer Funktionen und ihrer Beschäftigung zu unterstützen. Das Verbot des Arbeitgebers, sich – auch in Form einer Unterschriftensammlung – als Arbeitnehmer-Gewerkschafter oder Betriebsrat öffentlich zu äußern, verstößt gegen das Grundgesetz und ist unwirksam (Arbeitsgericht Heidelberg vom 3.7. 1981 – 5 Ca 13/81).

Auch auf Betriebsversammlungen kann das Thema Frieden und Abrüstung behandelt werden. § 45 BetrVG und § 74 Abs. 2 BetrVG sprechen von „Angelegenheiten einschließlich solcher tarifpolitischer, sozialpolitischer, wirtschaftlicher Art, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen“. Nicht zulässig nach dem Gesetz ist wiederum die Behandlung sogenannter parteipolitischer Themen. Frieden ist kein parteipolitisches Thema. Die Diskussion wird quer durch alle Parteien geführt. Auch Mitglieder der Regierungsparteien engagieren sich in der Friedensbewegung, wie das Beispiel des Fernsehjournalisten Franz Alt beweist. Der vom Gesetz geforderte konkrete Bezug ergibt sich einmal aus der Tatsache, daß im Falle eines Atomkrieges weder Betrieb noch Arbeitnehmer (und Arbeitgeber) weiter existieren. Zum anderen ergeben sich für den Betrieb bzw. die Arbeitnehmer konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Bezüge durch die Kosten der Aufrüstung. Durch sie fehlen Gelder für sozialpolitische Maßnahmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für Maßnahmen zum Abbau von Arbeitslosigkeit usw. ...

Die Verabschiedung von Resolutionen zum Thema Frieden und Abrüstung ist ebenso wie die Diskussion auf der Betriebsversammlung rechtlich zulässig. Sie ist eine kollektive Inanspruchnahme des Rechts auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 GG. In der Resolution sollte der konkrete Bezug zum Betrieb zum Ausdruck kommen. Eine Resolution stellt keine Verletzung arbeitsvertraglicher Pflichten dar, weil die Erbringung der Arbeitsleistung hier nicht betroffen ist. Es liegt auch keine Störung des Betriebsfriedens vor, da niemandem eine Meinung aufgezwungen wird. Insofern gilt hier nichts anderes als bei Resolutionen, die von Gewerkschaften in Tarifrunden oder anderen sozialen Auseinandersetzungen eingebracht werden.

Wohnzimmer drohen durch BTX Büroräume zu werden

Großen Zuspruch fand eine Fachtagung des DGB Hessen am 24. September in Marburg zum Thema Bildschirmtext, auch kurz BTX genannt. Das Motto lautete „Chancen oder Gefahren für die Arbeitsplätze?“. Dazu referierte Siegfried Bleicher, im DGB-Bundesvorstand für Technologiefragen verantwortlich. Nachdem in den letzten Monaten von den Bundesländern ein Staatsvertrag unterzeichnet und ratifiziert wurde, soll BTX ab April 1984 bundesweit eingeführt werden.

Technisch ist Bildschirmtext in jedem Privathaushalt und natürlich auch in jedem Betrieb mittels Anschluß an ein zentrales Computersystem schon heute möglich, sofern ein Fernsehgerät mit einem modernen Recorder, ein Modem (Umwandler) und ein Telefon (als Kabel) vorhanden ist. Mit dieser Technik wird es künftig möglich sein, sich nicht nur Informationen vermitteln zu lassen, sondern auch beispielsweise Bestellungen im Versandhandel zu tätigen, Bankanweisungen vorzunehmen oder Reisen zu buchen.

Vor allem aber können mit dieser BTX-Technik die Unternehmer massenhaft Büro- und Dienstleistungsarbeiten in Heim- oder Fernarbeitsplätze verlagern. Dazu sagte Bleicher: „Diese Privatisierung des Arbeitslebens und die Kapitalisierung des Privatlebens sehe ich als die Hauptgefahren beim Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Diese technischen Entwicklungslinien geben den Kapitalbesitzern Instrumente in die Hand, gesellschaftlich gewachsene Arbeitsstrukturen und Arbeitsbeziehungen und die daraus entwickelten und erkämpften kollektiven Schutzrechte dadurch zu untergraben, daß die Arbeit zunehmend in die arbeitsrechtlichen Freiräume der privaten Lebensbereiche verlagert wird.“

Zusätzlich übernehmen die privaten Nutzer von Bildschirmtext Tätigkeiten, die bisher von Angestellten in den Betrieben ausgeführt werden. Entgegen der Unternehmerbehauptung werden mit der Einführung von BTX nach Bleicher einerseits kaum neue Arbeitsplätze geschaffen, während aber andererseits infolge der Anwendung dieser neuen Technologien im Profitinteresse Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Eine weitere Gefahr ergibt sich, „daß durch die modernen Informations- und Kommunikationstechniken die Frage der Macht, Machtausübung und Machtkontrolle innerhalb der Gesellschaft sich in Richtung auf eine einseitige Macht- und Wissenskonzentration zu verschieben droht, durch die die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft erheblich gefährdet werden“. Einigkeit herrschte bei den Diskussio-

nen auf der Tagung – sowohl in vier Arbeitskreisen als auch im Plenum –, daß der DGB Heim- bzw. Fernarbeitsplätze mit BTX prinzipiell ablehnen muß, zumal das Kapital die Betroffenen zu Pseudounternehmern ohne Produktionsmitteln und ohne jeglichen sozialen Schutz machen möchte. Unterschiede in den Auffassungen zwischen der Masse der Teilnehmer und Siegfried Bleicher bestanden in der generellen Haltung der Gewerkschaften zur Anwendung neuer Technologien im Profitinteresse. Die Frage lautete: Bleiben wir bei dem seit Jahrzehnten praktizierten Ja zur neuen Technik und

werden dagegen erst aktiv, wenn negative soziale Folgen eintreten oder sagen wir auch einmal nein, wenn von vornherein negative soziale Gefahren sichtbar und abgewendet werden müssen?

Keine Meinungsverschiedenheiten herrschten in der Ablehnung von Personalinformationssystem durch die Gewerkschaften und auch darüber, daß mit der 35-Stunden-Woche der drohenden Arbeitslosigkeit von weiteren Millionen Beschäftigten entgegengewirkt werden kann. Mit Zustimmung der Konferenz forderte Bleicher einen Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen, die auch „Vetorechte gegenüber sozial unakzeptablen Techniken“ zum Inhalt haben müßte.

Bleicher setzte sich dafür ein, daß „tariflich abgesicherte Technikvereinbarungen abgeschlossen werden, in denen die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer bei der Technikplanung und dem Technikeinsatz festgeschrieben sind“. Weiterhin sprach er sich für eine verbesserte Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Hochschulen aus und hielt es für unverzichtbar, daß die Gewerkschaften in den nächsten Jahren systematisch den Sachverstand ihrer Mitglieder mobilisieren, die in den natur-, technik- und ingenieurwissenschaftlichen Bereichen tätig sind.

W. P.



nachrichten-reihe
26

neu bei nvg

Harry Ebinger **neue medien**

Strategien von Staat und Kapital



Nachrichten-Verlags-Gesellschaft

96 Seiten, 6 DM
ISBN 3-88367-048-0

Diese Schrift versteht sich als Einstieg für Gewerkschafter und andere Interessierte in die scheinbar unüberschaubare Materie der Medienpolitik. Der Flut von Literatur zum Thema soll kein neues Fach-Chinesisch hinzugefügt werden. Es kommt dem Autor vielmehr darauf an, aus der Fülle der medienpolitischen Ereignisse der letzten Jahre dem Leser die Grundzüge der strategischen Entscheidungen und Interessen des Staates und der verschiedenen Kapitalfraktionen an den neuen Medientechnologien darzulegen. Deutlich wird, daß es in erster Linie um Rationalisierung in vielen Bereichen, erst in zweiter, aber nicht unwichtiger Hinsicht um Kabelfernsehen, also mehr Programme, Privatfunk usw. geht. Abschließend werden Ansätze für gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen entwickelt.

Nachrichten-Verlags-GmbH
Glauburgstraße 66 · Telefon (06 11) 59 97 91
Postfach 18 03 72
6000 Frankfurt am Main 1

Ein Jahr Rechtskoalition in Bonn – ein Jahr sozialer Kahlschlag

Seit einem Jahr regiert in Bonn die Rechtskoalition. Für die soziale Entwicklung der Bundesrepublik war es ein schwarzes Jahr. Mit dem realen Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Rentner ging es beschleunigt weiter bergab, mit der Zahl der Arbeitslosen aufwärts. Ende August gab es rund 2,2 Millionen registrierte Arbeitslose, 400 000 mehr als ein Jahr zuvor. Durchschnittlich waren 1,83 Millionen Arbeitslose in der amtlichen Statistik erfaßt, in den ersten acht Monaten dieses Jahres mit annähernd 2,3 Millionen eine halbe Million mehr. Tatsächlich ist die von dem sozialen Krebschaden der Arbeitslosigkeit betroffene Zahl der Arbeiter, Angestellten und Jugendlichen weit höher.

Die von der Schmidt/Genscher-Regierung schon eingeleitete unsoziale Haushaltsoperation '83 und Verschlechterung des Mietrechts wurden von der Kohl/Genscher-Regierung nicht nur übernommen, sondern ausgeweitet und drastisch verschärft. Kein sozialer Bereich blieb von diesem sozialen Kahlschlag verschont. Die zum Januar 1983 fällige Erhöhung der Beamtenbesoldung wurde verschoben und auf 2 Prozent begrenzt. Dadurch waren nicht nur die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst negativ vorprogrammiert, sondern generell die Tarifautonomie untergraben. Verschlechtert wurden für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auch die Beihilferegelungen.

Seit Juli dieses Jahres ist die Mehrwertsteuer um 1 auf 14 Prozent erhöht und das Mietrecht schon zu Beginn des Jahres durch eine Neubestimmung der „Vergleichsmiete“, Einführung von Zeitmietverträgen, der „Staffelmiete“ und der Verpflichtung des Mieters zur Duldung von Modernisierungsmaßnahmen verschlechtert. In drei Jahren darf die Miete jetzt um bis zu 30 Prozent gesteigert werden. Zugleich wurde das Wohngeld, vor allem für Schwerbehinderte und Mieter mit Kindern, gekürzt.

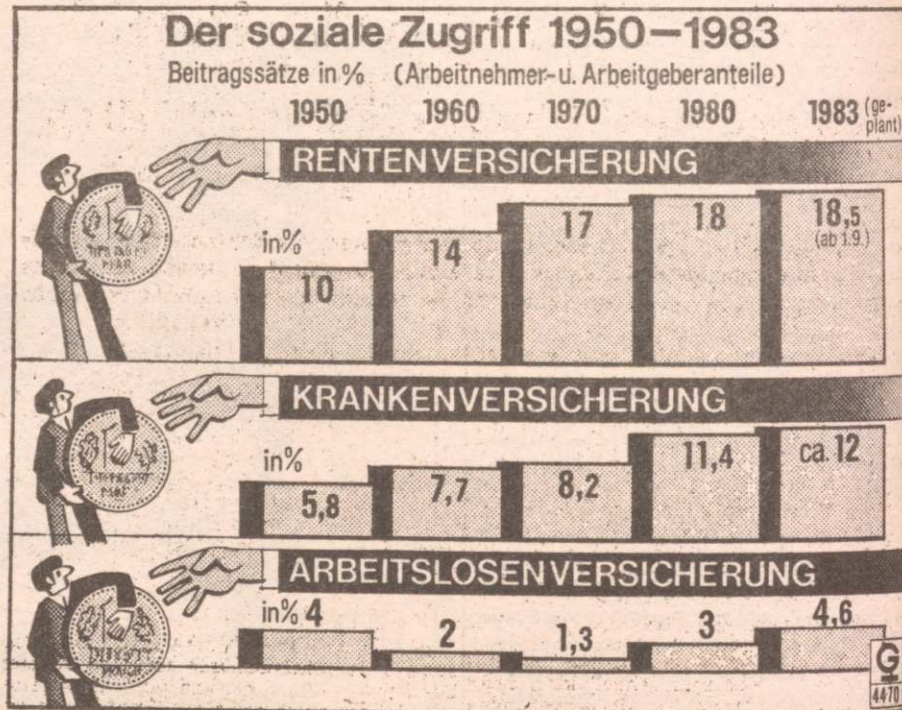
Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung stieg ab Beginn des Jahres von 4 auf 4,6 Prozent, der Beitrag zur Rentenversicherung ab 1. September von 18 auf 18,5 Prozent. Für Arbeiter und Angestellte bedeutet das eine weitere Kürzung ihres Nettoverdienstes um 0,55 Prozent („Arbeitnehmeranteil“). Die „Anwartschaftszeiten“ für das Arbeitslosengeld wurden verlängert. Viele Arbeitslose haben dadurch jetzt nur noch für eine kürzere Zeit Anspruch auf Arbeitslosengeld und werden früher auf die weit niedrigere Arbeitslosenhilfe abgeschoben. Ab Beginn des Jahres wurde auch der von der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung zu zahlende Beitrag um mehr als 50 Prozent reduziert und damit für viele Arbeitslose ihr Rentenanspruch herabgedrückt.

Umfangreich sind die zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen Verschlechterungen im Bereich der Kranken- und Gesundheitssicherung: Die Zuzahlung zu den Arznei-, Verband- und Heilmitteln wurde von 1,50 auf 2 DM erhöht. Neu eingeführt wurde die Zuzahlung bei Krankenhausbehandlungen (pro Tag 5 DM bis zu 14 Tagen) und bei Kuren (10 DM pro Tag) sowie die volle Selbstzahlung sogenannter Bagatellarzneien durch die Kranken. Die „Kon-

derung wurde für 1983 um 900 Millionen DM reduziert.

Die zum 1. Januar fällige Rentenanpassung wurde auf den 1. Juli für die Renten der Renten- und Unfallversicherung, der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der Landwirtschaftlichen Alterskassen und nach dem Lastenausgleichsgesetz verschoben. Mit Ausnahme der Unfallrenten wurde zusätzlich diese Rentenanpassung um 1 Prozent, deklariert als Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung, von 5,6 auf 4,6 Prozent herabmanipuliert. Ab Juli 1984 und 1985 soll dieser „Krankenversicherungsbeitrag der Rentner“ um je 2 auf 3 und 5 Prozent steigen. Seit Beginn des Jahres müssen die Sozialrentner schon von ihrem sonstigen Einkommen (Betriebsrente u. a.) durchschnittlich annähernd 6 Prozent Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Für die Berechnung von Neurenten wurde die Höchstbewertung der Ausbildungsausfallzeiten und im ersten Halbjahr die allgemeine Bemessungsgrundlage verschlechtert. Für Kriegervitwen wurde bei Zahnersatz der zusätzliche Zuschuß zu den Leistungen der Krankenversicherung gestrichen.

Für Behinderte, die an Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation teilnehmen, wurde im Abstand eines Jahres das Übergangsgeld zum zweitenmal, von 75



trollfunktion“ der Vertrauensärzte wurde verschärft. Den Ärzten drohen höhere Geldstrafen für „Gefälligkeitsatteste“.

Auch für Wehrdienst- und Zivildienstleistende kürzte der Bund seinen zu zahlenden Beitrag zur Rentenversicherung – schon zum zweitenmal, und zwar von 75 auf 70 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten. Der Rentenanspruch für die Betroffenen wird damit geringer. Der gesetzliche Bundeszuschuß zur Rentenversi-

auf 70 Prozent, und für Behinderte mit mindestens einem Kind oder Behinderte, die selbst oder deren Ehefrau pflegebedürftig ist, von 90 auf 80 Prozent des Bemessungsbetrages beschnitten.

Die meisten Schüler erhalten ab Herbst dieses Jahres kein BAföG, für Studenten wird es nur noch als Vollkredit erhalten. Für Bezieher mit höherem Einkommen wurde ab dem zweiten Kind das Kindergeld gekürzt. Durch den Kinderfreibetrag bei der Einkommenssteuer aber werden die Bezieher höherer

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT: Schutzschriften gegen einstweilige Verfügungen

In einer großangelegten bundesweiten Aktion wurden in der Tarifrunde der Metallindustrie 1981 sogenannte Schutzschriften gegen einstweilige Verfügungen der Unternehmerseite von den DGB-Rechtsstellen bei allen Arbeitsgerichten eingereicht. Die IG Metall wollte damit Versuche zunichte machen, die geplanten Warnstreiks durch einstweilige Verfügungen zu unterlaufen. Nach den Massenklagen gegen die Aussperrungen war dies ein weiterer wichtiger Schritt, um arbeitsrechtliche Möglichkeiten kollektiv anzuwenden.

Zugleich wurde damit jedoch ein juristisches Instrument bekanntgemacht, das gerade bei Arbeitskämpfen, aber auch bei den Auseinandersetzungen zwischen Betriebsrat und Unternehmen eine erheblich größere Rolle spielen sollte, als dies bisher der Fall ist. Einstweilige Verfügungen sind ein beliebtes und häufiges Druckmittel der Unternehmerseite.

Das Problem für die betroffene Arbeitnehmerseite, Betriebsrat oder Gewerkschaft, besteht darin, daß einstweilige Verfügungen in der Mehrheit der Fälle ohne mündliche Verhandlung erlassen werden und die betroffene Gegenseite daher keine Möglichkeit hat, vor Erlass der einstweiligen Verfügung Einwände zu erheben. Die Arbeitgeberseite muß durch eine eidesstattliche Erklärung lediglich glaubhaft machen, daß ein sogenannter Verfügungsgrund, also z. B. ein Unterlassungsanspruch, gegeben ist und daß die Angelegenheit eilbedürftig ist. Da die einstweilige Verfügung eine vorläufige Regelung darstellt, muß hinzukommen, daß die Hauptsache nicht vorweggenommen

Einkommen wieder begünstigt. Auch die Anpassung der ohnehin nur das unterste Existenzminimum deckenden Sozialhilferegelungen wurde auf den 1. Juli verschoben und von 3 (Festlegung durch Haushaltsoperation '82) auf 2 Prozent herabgedrückt.

Während für Rüstung und Konzernsubventionen immer mehr Milliarden bereitgestellt werden, will die Rechtskoalition den im ersten Jahr ihrer Regierung verstärkten Sozialabbau mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 durch noch tiefere Einschnitte in das schon arg durchlöchernte „Netz sozialer Sicherungen“ fortsetzen. Höchste Zeit, dem Einhalt zu gebieten!
Arthur Böppele

wird, also durch die einstweilige Verfügung keine Fakten geschaffen werden, die später nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Gegen dieses gesetzliche Kriterium wird in der Praxis von den Gerichten häufig verstoßen. Außerdem stellt jede einstweilige Verfügung bereits bestimmte Weichen, die den Konflikt entscheidend beeinflussen können. Gegen jede einstweilige Verfügung kann nach ihrem Erlass Einspruch eingelegt werden. In diesem Fall muß das Gericht dann eine mündliche Verhandlung anberaumen. Ehe jedoch eine solche mündliche Verhandlung angesetzt und die einstweilige Verfügung eventuell wieder aufgehoben wird, sind bereits so viele Fakten geschaffen worden und ist so viel Zeit verstrichen, daß der nachträgliche juristische Sieg oft nicht mehr allzuviel nützt, zumal die Verfügung in der Zwischenzeit – trotz Einspruch – beachtet werden muß.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Die vorsorglich eingereichte Schutzschrift stellt die Möglichkeit dar, im Vorfeld bereits die Gegenpositionen detailliert zu erläutern. Sie ist letztlich ein Ausfluß des grundgesetzlich geschützten Rechtsgrundsatzes des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Grundgesetz). Ursprünglich wurde das Instrument der Schutzschrift im Wettbewerbsrecht entwickelt. Inzwischen wird jedoch in der juristischen Literatur und Praxis die Zulässigkeit von Schutzschriften gegen einstweilige Verfügungen auf allen Rechtsgebieten bejaht.

Grundlage hierfür war nicht zuletzt der Aufsatz eines Richters am Bundesgerichtshof, Teplitzky (Die „Schutzschrift“ als vorbeugendes Verteidigungsmittel gegen einstweilige Verfügungen), der 1980 in der juristischen Zeitschrift NJW erschienen ist und der die Bedeutung der Schutzschrift als vorbeugendes Verteidigungsmittel bei allen zu erwartenden einstweiligen Verfügungen her-

vorhob. Die IG Metall hatte diesen Artikel auch ihren jeweiligen Schutzschriften beigeheftet und auf diese Ausführungen verwiesen. Sie begründete in der Schutzschrift sehr ausführlich und detailliert, warum Warnstreiks zulässig sind.

In der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis sollte bei jeder von Arbeitgeberseite angedrohten einstweiligen Verfügung überlegt werden, ob es nicht sinnvoll ist, bereits im Vorfeld den Arbeitsgerichten gegenüber, bei denen die Schutzschrift niedergelegt wird, die eigene Position zu erläutern. Selbst wenn die Unternehmerseite ihre Drohungen nicht wahrmacht, „schadet“ eine solche Schutzschrift kaum etwas. Sie bringt vielmehr den Betriebsrat in die Offensive und zwingt ihn, seine Gegenposition zu formulieren und auch juristisch zu untermauern. Der Gegenseite wird die Schutzschrift erst dann bekanntgemacht, wenn tatsächlich ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung eingeleitet.

Droht die Unternehmerseite z. B. bei betrieblichen Friedensaktivitäten im Herbst einstweilige Verfügungen an, um zu verhindern, daß die Raketenfrage auf Betriebsversammlungen zum Thema gemacht wird oder aber, daß Arbeitsniederlegungen oder betriebliche Aktionen stattfinden, so wäre die Schutzschrift eine der Möglichkeiten zur Gegenwehr. In der Schutzschrift muß der Antrag gestellt werden, daß die einstweilige Verfügung zurückgewiesen werden soll, hilfsweise ist zu beantragen, daß nicht ohne vorherige mündliche Verhandlung entschieden wird. Tatsachenbehauptungen sind durch eidesstattliche Versicherungen glaubhaft zu machen.

Anspruch auf Kurzarbeitergeld bei Warnstreik

Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit (BA-RdErl. vom 18. März 1983 – III a 5 – 7070/7116): „Der Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht auch für die Dauer eines einstündigen Warnstreiks, an dem alle an diesem Tag von der Kurzarbeit nicht betroffenen Arbeitnehmer des Betriebs teilgenommen haben. Bei Anwendung des § 116 AFG i. V. m. der Neutralitäts-Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit vom 22. März 1973 ruht in diesen Fällen der Leistungsanspruch nicht, weil die Kurzarbeit nicht durch den Arbeitskampf verursacht worden ist. Da die Arbeitszeit bereits vorher wegen Arbeitsmangels rechtswirksam vermindert wurde und von den Kurzarbeitern am Tage des Warnstreiks keine Arbeitsleistung zu erbringen war, haben sie schon aus diesem Grunde weder selbst die Arbeit niederlegen noch von einer eventuellen Aussperrung betroffen werden können. Es widerspricht im übrigen den Grundgedanken der Kurzarbeitergeld-Regelung für den Arbeitskampf, sie auf einzelne Ausfallstunden und damit auf Bagatellfälle auszudehnen.“
-Florett

In der DDR: Jeder, der will, bekommt eine Lehrstelle

So schnell wird in unserem Land nicht vergessen werden, daß es Bundeskanzler Kohl war, der Mitte Februar 1983 versicherte, daß jeder Schüler einen Ausbildungsplatz bekommen könne, wenn er nur wolle. Im Bundestagswahlkampf überschlug sich die CDU und erklärte: „Kanzler-Initiative schafft 30 000 Ausbildungsplätze. Für jeden ist eine Lehrstelle da. Dieser Kanzler schafft Vertrauen.“ Lügen haben aber bekanntlich kurze Beine. Ein neues Ausbildungsjahr hat begonnen, und Zehntausende haben keinen Ausbildungsplatz. In der in unseren Medien verteuflten DDR hingegen ist das ganz anders.

Am 1. September 1983 haben in der DDR 197 000 Lehrlinge mit ihrer Ausbildung begonnen. Ausgebildet wird in rund 300 Facharbeiterberufen mit mehr als doppelt so vielen Spezialisierungsrichtungen. Zusammen mit den Berufsanfängern werden nunmehr 441 000 von 60 000 Lehrkräften und 100 000 Lehrfacharbeitern in einem Facharbeiterberuf ausgebildet.

Wer sich in der DDR schon einmal umgeschaut hat und auch mit Auszubildenden diskutierte, weiß, daß auch dort nicht alle ihren Traumberuf erlernen können, da auch dort gesellschaftliche Interessen und persönliche Wünsche nicht immer in Übereinstimmung zu bringen sind. Aber es kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, daß jedem Schüler, schon lange bevor er aus der Schule entlassen wird, verbindlich eine Ausbildung zugesagt wird, die weitgehend seinen Vorstellungen entspricht. Niemand, der sich in unserem Land deshalb ernsthaft mit der Berufsausbildung beschäftigt, kann deshalb an den Erfahrungen der DDR vorbeigehen.

Wenn die DDR heute jedem Schüler eine Lehrstelle garantieren kann, so ist dies nicht frommen Wünschen oder Sprüchen zuzuschreiben. Dazu mußten Voraussetzungen geschaffen werden, wenn man nicht erst im nachhinein auf Entwicklungen des Marktes reagieren wollte. Wesentlich sind hier die volkswirtschaftliche Planung und das staatliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln. Lehrstellen und Arbeitsplatzgarantie sind sicherlich kein einfaches Unterfangen, denn in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch in den Anforderungen an die berufliche Qualifikation sind immer Unwägbarkeiten objektiver und subjektiver Art vorhanden. Planung, wenn sie ihren Namen verdienen will, muß folglich in der Lage sein, auf nicht voraussehbare und nicht vorausgesehene Entwicklungen flexibel zu reagieren. Dazu müssen alle an einem Strang ziehen, Betriebe und Staat.

Eine besondere Rolle kommt bei der Berufsvorbereitung der Schule zu. In der DDR ist der polytechnische Unterricht in den Klassen sieben bis zehn integrierter Bestandteil der schulischen Ausbildung. Natürlich gibt es auch dort immer wieder Wünsche nach sogenannten Modeberufen, die nicht erfüllt werden können. Aber man beläßt es nicht bei einem sturen Nein. Eine freie Entscheidung setzt eine umfassende Information voraus. Diese Informationen werden über die Massenmedien,



Dem engagierten Jugendvertreter, Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär wird mit dieser Nachrichten-Reihe eine Informationsquelle in die Hand gegeben, die Anregungen für die eigene Arbeit gibt.

84 Seiten, 5,- DM, Bestell-Nr. 036

die Lehrer für Berufsberatung und nicht zuletzt über die mehr als 200 Berufsberatungszentren vermittelt. Dadurch werden rund vier Fünftel der von den Schülern ausgedrückten Erstwünsche befriedigt. Mit den übrigen kann dann intensiver über mögliche Ausweichberufe beraten werden.

H. Sch.

TUC koppelt sich von Labour ab

Der Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC Mitte September in Blackpool hat eine grundsätzliche Weichenstellung vorgenommen. Mit Mehrheit beschloß der Kongreß, den TUC aus der automatischen Mitgliedschaft in der Labour Party herauszuführen. Somit entfallen künftig Stimmrecht in und Finanzhilfe für Labour. Diesem Beschluß zur Abkoppelung war eine lange und heftige Debatte vorausgegangen.

Der Schritt aus der historisch gewachsenen Verbindung (in England haben die Gewerkschaften die Partei gegründet) hat in erster Linie ein nach rechts gewandeltes gewerkschaftspolitisches Selbstverständnis der TUC-Führung zur Ursache. Die für bundesdeutsche Gewerkschafter auf den ersten Blick als sinnvoll erscheinende Auflösung des Abhängigkeitsverhältnisses von Partei und Gewerkschaften resultiert jedoch aus der Tatsache, daß den maßgebenden TUC-Funktionären heute Labour als zu links erscheint. Sie wollen „neutrale“ Gewerkschaften, die zu einer Tory-Regierung ein ebenso „sachliches“ Verhältnis haben wie zu einer Labour-Regierung.

Sb.

Belgien: Streik gegen Sozialabbau

In Belgien hat sich Mitte September ein Streik im öffentlichen Dienst entwickelt, der an Breite und Heftigkeit schnell zunahm und mit einem Kompromiß endete. Erfaßt waren von dem Streik der öffentlich Bediensteten die Post, die Eisenbahnen, der Nahverkehr, Müllabfuhr, Zoll, Rundfunk und Fernsehen, Schulen, Schleusen und andere Bereiche. Übergesprungen war der Funke des Streiks auch auf die Privatindustrie, wo sich Solidaritätsaktionen häuften.

Das Besondere bei diesem Massenstreik in Belgien war, daß er mit spontanen Arbeitsniederlegungen begann, weil die Gewerkschaften nicht energisch genug gegen die Regierungspläne Front machten. Die beiden Gewerkschaftsbünde, der sozialistische und der christliche, reagierten sehr schnell und setzten sich gemeinsam an die Spitze der Streikbewegung. Kurz vor Streikende machten sich die Streikwirkungen in Form fehlenden Materialnachschiebs auch in der privaten Wirtschaft bemerkbar. Durch den Streik ist die Regierung in eine Lage geraten, in der es ihr schwer möglich sein dürfte, ihr unsoziales „Sparkonzept“ aufrechtzuerhalten.

G. S.

Kulturarbeit in einem DGB-Kreis

Kulturarbeitskreis des DGB Marburg/Biedenkopf, Arbeitsweise, Erfahrungen, Gruppen; Marburg 1983, 55 Seiten, 4 DM.

Mit dieser Broschüre will der Herausgeber Einblick in die Arbeitsweise seines Kulturarbeitskreises geben, aber auch Schwierigkeiten und Probleme aufzeigen. Sieht man sich die Ergebnisse an, so muß man festhalten, daß der im Herbst 1979 gegründete Arbeitskreis, der sich aus Vertretern verschiedener Kulturgruppen und Einzelpersonen zusammensetzt, trotz Fluktuation bisher Beachtliches geleistet hat, das sicher den Vergleich mit der Kulturarbeit größerer DGB-Kreise nicht zu scheuen braucht.

Aber damit sind die Probleme nicht vom Tisch. Schon eingangs wird festgestellt, daß gewerkschaftliche Kulturarbeit zwar in den letzten Jahren zugenommen habe, aber noch weit davon entfernt sei, „Bestandteil von Gewerkschaftsarbeit“ zu sein, wie in den DGB-Richtlinien zur Kulturpolitik gefordert wird. Allzuoft betrachte man Kulturarbeit als „verschönernde Girlande“ oder als „fröhliche Zutat zum ernsten Geschäft der Gewerkschaftsarbeit“, die dann wirkungslos verpufft.

Demgegenüber wird der Anspruch erhoben, mit Kulturarbeit Einsicht in die Notwendigkeit und Ermutigung zum gemeinsamen Handeln zu vermitteln. Daß dies nicht einfach ist, versteht sich von selbst. Nicht selten scheitern Ansätze fortschrittlicher Kulturarbeit schon an materiellen Bedingungen, geeigneten Proberäumen, Arbeitsmitteln usw. Käthe Dinnebiel, Vorsitzende des DGB-Kreises Marburg/Biedenkopf, spricht ein ähnliches Problem für ihren Kreis im Geleitwort an: „Weil Kulturarbeit mittlerweile zu solch einem wesentlichen und unverzichtbaren Bestandteil örtlicher Gewerkschaftsarbeit geworden ist, muß auch darüber nachgedacht werden, ob auf längere Sicht nicht eine

hauptamtliche Betreuung mindestens auf Landesbezirksebene möglich ist.“

Der Broschüre, die sicher zur weiteren Belebung und Diskussion über gewerkschaftliche Kulturarbeit beitragen kann, ist eine weite Verbreitung zu wünschen. Sie kann direkt vom Kulturarbeitskreis des DGB-Kreises Marburg/Biedenkopf bezogen werden.

Fritz Michael: Spitze Federn, scharfe Scheren oder: Wie man Journalist wird und Selbstzensur erlernt. Steidl Verlag, Göttingen 1983, 181 Seiten, 9,80 DM.

Dieses Buch kann nicht nur jedem Journalisten und demjenigen, der es werden will, dringend zur Lektüre empfohlen werden, es gibt auch dem Leser im bürgerlichen Blätterwald erschreckend deutlich zu verstehen, warum er so schlecht mit Informationen über ihn interessierende Probleme versorgt wird. Fritz Michael, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier, hat hier seine langjährigen Erfahrungen in der journalistischen Praxis wiedergegeben. In Interviews und Gesprächen mit bekannten Publizisten und jungen Journalisten wird deutlich, warum inhaltsreiche Information zur Mangelware wird. Schlechte Ausbildung, Arbeitshetze und Selbstzensur bestimmen die Arbeit der Zeitungsschreiber, die aus Verlegersicht nur dazu nötig sind, das „Blatt“ zu füllen, die Ware Zeitung verkaufen zu können. Die in ihrer Ursprünglichkeit belassenen Interviews belegen aber auch, daß immer mehr gerade junge Journalisten dieses Spiel so nicht mehr mitmachen wollen. Voraussetzung dafür ist, so Eckart Spoo, Vorsitzender der DJU, in seinem Nachwort, daß Journalisten ihre Vereinzelung überwinden. B. K.

VERLAGSINTERNES

Auf sehr reges Interesse ist die Ausgabe 23 der Nachrichten-Reihe – Horst Zöller/Jörg Wiedemuth: Konzerne beherrschen den Handel. Rationalisierung und Gegenwehr – gestoßen. Gewerkschaftsgliederungen, vor allem der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, haben die Broschüre in größeren Stückzahlen bei uns angefordert, wohl wissend, daß wir ihnen wie anderen Organisationen bei einer Abnahme ab 10 Exemplaren Organisationsrabatt einräumen. Dieser Organisationsrabatt steigert sich noch bei der Bestellung von größeren Mengen. Für Interessierte: Eine Anfrage beim Verlag lohnt sich daher immer.

Gleiches gilt für die jetzt vorliegenden Ausgaben der Nachrichten-Reihe, Nr. 26 „neue Medien. Strategien von Staat und Kapital“ von Harry Ebinger, und Nr. 27 „Gewerkschaften heute, Erfahrungen, Anregungen“ von Leonhard Mahlein. Beide Broschüren greifen Themen auf, die für die Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung sind: die Arbeitsplatzbedrohung durch die Anwendung der sogenannten Neuen Medien in fast allen Branchen und Überlegungen zu gewerkschaftlichen Handlungsorientierungen unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen, wie sie der langjährige Vorsitzende der IG Druck und Papier entwickelt.

Unser Organisationsrabatt – das sei hier noch angefügt – erstreckt sich natürlich auch auf unsere Bücher. Die jüngste Neuerscheinung des Nachrichten-Verlages, das Buch über Willi Bleicher, herausgegeben von Georg Benz, Kurt Georgi, Leonhard Mahlein und Willy Schmidt, bietet sich neben der eigenen Lektüre auch als ideales Geschenk für alle diejenigen an, die das gewerkschaftspolitische und antifaschistische Erbe des ehemaligen IG-Metall-Bezirksleiters in Stuttgart weitervermitteln wollen. Einige interessante Informationen zu diesem Buch mit dem Titel „Willi Bleicher. Ein Leben für die Gewerkschaften“ vermittelt unser Interview mit Klaus Pickshaus, der die redaktionelle Betreuung des Bandes innehatte, im Einheitsheft dieser Ausgabe.

Abschließend noch ein Hinweis: Am 19. und 20. November findet im Frankfurter Haus der Jugend das nunmehr 7. NACHRICHTEN-Seminar zum Thema „Tarifpolitik unter den Bedingungen der Krise und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit“ statt. Unsere Leser, vor allem die in der Tarifpolitik aktiven, möchten wir recht herzlich zur Teilnahme einladen, um gemeinsam über neue Wege in der Tarifpolitik zu beraten. Weitere Einzelheiten dazu auf Seite 3. jaco

Bestellschein

10/83

Hiermit bestelle ich

Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

Senden Sie mir bitte noch ein kostenloses Probeheft.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

Terminkalender

- **16. bis 22. Oktober**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Nürnberg
- **19. Oktober**
Widerstandstag der Betriebe im Rahmen der UNO-Abrüstungswoche vom 15. bis 22. Oktober
- **19. bis 21. Oktober**
5. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Essen
- **22. Oktober**
Demonstration und Großkundgebungen gegen den NATO-Raketenbeschluß in Bonn, Hamburg und Stuttgart/Neu-Ulm
- **23. bis 29. Oktober**
14. ordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hannover
- **30. Oktober bis 3. November**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mannheim
- **9. bis 11. November**
Bildungspolitische Konferenz des DGB in Freiburg
- **16. bis 18. November**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Köln
- **18. und 19. November**
Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
- **19. und 20. November**
Seminar unserer Zeitschrift NACHRICHTEN zum Thema „Tarifpolitik unter den Bedingungen der Krise“ in Frankfurt
- **23. bis 24. November**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Wiesbaden
- **6. bis 8. Januar 1984**
7. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Nürnberg
- **26. bis 29. Februar 1984**
15. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr. Der Veranstaltungsort ist noch nicht bekannt.
- **31. März bis 1. April 1984**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Willingen (Sauerland)
- **28. bis 29. April 1984**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Leverkusen
- **17. bis 23. Juni 1984**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in München

D 3476 E

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 83.010 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VERM. OTTO-SUHR- INSTITUT
IFNESTR. 21
1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Geißlers Nähe zum Faschismus

Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär, Bundesminister und Intimfreund von Bundeskanzler Kohl, hat wieder einmal zugeschlagen. Diesmal ist das Ziel seiner Angriffe die SPD. Die Sozialdemokraten würden, so behauptet er, „in der geistigen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu einer fünften Kolonne der anderen Seite“, d. h. Moskaus. Mit dem Begriff „fünfte Kolonne“ hat Geißler Anleihe beim spanischen Faschismus aufgenommen. Als dieser im spanischen Bürgerkrieg mit vier Kolonnen auf das spanische Madrid vorrückte, eröffneten die in dieser Stadt verbliebenen Anhänger Francos, dessen „fünfte Kolonne“, die Offensive. In allen Ländern, die Hitler überfiel, hat er seine „fünfte Kolonne“ gehabt, wie beispielsweise die Henleins in der Tschechoslowakei oder die Quislings in Norwegen.

Hermann Heinemann, der SPD-Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen, charakterisierte Geißlers Diffamierungen als „Nazimethoden“. Wer diese aber anwende, müsse es sich schon gefallen lassen, „als Faschist in diesem Lande bezeichnet zu werden“. Bei den ungeheuerlichen Ausfällen Geißlers handelt es sich nicht um eine sprachliche Entgleisung. Dahinter stecken Gesinnung und Methode.

Wer erinnert sich nicht daran – es ist gerade vier Monate her –, als der Minister für Jugend und Familie, eben derselbe Geißler, am 15. Juni im Bundestag den Pazifismus der 30er Jahre für Auschwitz verantwortlich machte. Er sagte damals: „Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.“ Auch hier ist – wie bei der Äußerung von der „fünften Kolonne“ – die sprachliche und gedankliche Nähe zu den Nazis und Neonazis unverkennbar.

Geißler und seine Gesinnungsfreunde haben offenbar niemals auf dem Boden des Grundgesetzes gestanden.

H. Sch.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 30. Sept. 1983

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main